

Kommune 21

E-Government, Internet und Informationstechnik

21

Serviceportale

OZG bringt Dynamik



E-Government

- **Normenkontrollrat:**
Empfehlungen zur Digitalisierung der Verwaltung

Titel

- **Portale:**
Zuständigkeitsfinder erleichtert OZG-Umsetzung

Informationstechnik

- **Blockchain:**
govdigital entwickelt sichere Lösung für Verwaltungen



Praxis

- **Weßling:**
Sitzungen per Videokonferenz-Tool gemäß DSGVO

Spezial

- **Finanzwesen:**
Haushaltssteuerung durch intelligentes Daten-Management

»Also, ich sehe kommunale Software mit KI.«

Und was sehen Sie? Wir arbeiten schon heute an den KI-Lösungen für die digitale Kommune von morgen. Damit Sie eine Welt voller intelligenter Möglichkeiten sehen.

z.B. Automatisierungspotenziale nutzen

Kommunen brauchen intelligente Automatisierungslösungen für repetitive Vorgänge. Software-Roboter leisten einen sinnvollen Beitrag zur Verwaltungsdigitalisierung. Wir unterstützen Sie dabei, Effizienz und Bürgernähe zu steigern!

*Möglichkeiten
überall*

AKDB

Liebe Leserinnen und Leser,

kurz vor der Bundestagswahl hat Andreas Scheuer, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, eine neue IT-Anwendung präsentiert: Über die App ID Wallet könne jetzt der digitale Führerschein online erstellt werden, versprach der CSU-Politiker. Wenn Scheuer geglaubt hat, mit der ID Wallet die Wählerinnen und Wähler noch schnell von der Digitalkompetenz der Union überzeugen zu können, so ging dies gründlich schief.



Die App funktionierte nicht, schlimmer noch: Es wurden auch Sicherheitsbedenken laut. Sie verschwand nach kurzer Zeit wieder aus den App Stores. Wieder einmal hatte sich der Bund mit einem digitalen Projekt blamiert. Das will die neue Bundesregierung besser machen. Denn Digitalisierung ist in der nächsten Legislaturperiode eine zentrale Aufgabe einer Koalition jeglicher Couleur.

Der Nationale Normenkontrollrat hat der neuen Regierung schon mal Empfehlungen gegeben, wie insbesondere die Verwaltungsdigitalisierung vorangebracht werden kann (Seite 12). Für einen Schub bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes soll auch eine Initiative der Länder Baden-Württemberg und Sachsen sorgen. In deren Auftrag hat das Software-Haus Seitenbau einen OZG-Hub nach dem Einer-für-Alle-Prinzip entwickelt. Der Clou dabei: Die kleinste Einheit ist nicht die digitalisierte Verwaltungsleistung, es sind die einzelnen Bausteine, die nötig sind, um Services digital abzubilden (Seite 14). Ob das reicht, damit der OZG-Zeitplan bis Ende 2022 eingehalten werden kann, muss sich noch zeigen.

Ihr

Alexander Schaeff



ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt
die Verwaltungsarbeit !**

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**



CC e-gov GmbH
www.cc-egov.de

www.cc-egov.de
info@cc-egov.de



E-Government

- Interview:** Hamburgs CDO Christian Pfromm und MACH-Vorstand Stefan Mensching erläutern, welche Auswirkungen die Coronapandemie auf das Arbeiten in der öffentlichen Verwaltung hat 10
- Digitalisierung:** Empfehlungen des Nationalen Normenkontrollrats für die neue Bundesregierung 12
- OZG-Hub:** Plattform für digitale Verwaltungsleistungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip 14

Titel

- Portale:** Bundesländer im Verbund Linie6Plus sind für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes gewappnet 16
- Interview:** Advantic-Geschäftsführerin Katrin Wiese-Dohse blickt zurück auf 20 Jahre kommunale Website-Entwicklung 18
- Kropp:** Vollintegrierte Portale sorgen für umfassende Digitalisierung 20
- Nordwestmecklenburg:** Vorgehensraum im Serviceportal ermöglicht digitalen Bauantrag 22

Informationstechnik

- Blockchain:** Lösung von govdigital wird für digitale Schulzeugnisse und Corona-Testzertifikate genutzt 24
- Projekt ONCE:** Sichere digitale Identität in der Smartphone-App 26
- Bauwesen:** Was bei der Auswahl einer Software fürs virtuelle Bauamt zu beachten ist 28

Ratsinformationssysteme:

Offenbach an der Queich ist ein Anwender der ersten Stunde 30

Wedel: Positive Zwischenbilanz der papierlosen Gremienarbeit.. 32

Maulbronn: Sitzungsmanagement-Lösung spart Zeit und Papier 34

Fachverfahren: Beim Meldewesen ist die Digitalisierung ins Stocken geraten 36

Meldewesen: Voraussetzungen für einfach nutzbare digitale Identität schaffen 38

Praxis

Weßling: Bürgerinfoveranstaltungen per Videokonferenz-Tool 40

Main-Tauber-Kreis: Landrat Christoph Schauder und BBV-Geschäftsführer Manfred Maschek über das ambitionierte Breitband-Projekt der Kommune 42

Delitzsch: IT-Lösung erleichtert Spielplatzinspektion 44

Spezial

Finanzwesen: Analyse-Instrumente helfen, aus Daten die richtigen Schlüsse zu ziehen 46

KDO: Finanzlösung auf SAP S/4HANA umgestellt 48

Flensburg: Projekt Business Intelligence Flensburg 2022 kommt voran 50

Hüttenberg: Mit dem Integrierten Berichtswesen Plus Investitionen überwachen 52

Ettlingen: Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft hat die aktuelle Budgetsituation im Blick 54

VOIS: Neue Lösung für die Darlehensverwaltung 56

Rubriken:

- Editorial 3
- News 6
- IT-Guide 58
- Vorschau, Impressum 66



Wappnen für das OZG

Kommunale Websites haben in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung erfahren. Dazu beigetragen haben etwa die gewachsene Bedeutung mobiler Endgeräte oder das Thema Barrierefreiheit. Aktuell nimmt vor allem das Onlinezugangsgesetz (OZG) großen Einfluss auf die Gestaltung der Portale. ab Seite 16



Die Leitveranstaltung für Deutschland
im digitalen Aufbruch

8. Zukunftskongress

Staat & Verwaltung | 2021

13.–15. Dezember, Berlin, bcc

 [zukunftskongress.info](https://www.zukunftskongress.info)

 [#zuko21](https://twitter.com/zuko21)

 [/wegweiserberlin](https://twitter.com/wegweiserberlin)

Zutritt unter 2G Bedingung (Geimpft, Genesen)



twitter.com/k21news

DLT: Breitband-Ausbau nur mit Förderung
Der Deutsche Landkreistag fordert weitere Fördermittel des Bundes für den Breitband-Ausbau, um Versorgungslücken in den ländlichen Räumen zu schließen.
• www.landkreistag.de

Düsseldorf: Neue Grundwasser Web-App
Eine vom kommunalen IT-Dienstleister ITK Rheinland entwickelte App ermöglicht die Überwachung des Grundwasserspiegels im Stadtgebiet von Düsseldorf.
• www.duesseldorf.de/umweltamt.html

Gelsenkirchen: Modellregion für NRW
In Gelsenkirchen unterstützt ein Open Innovation Lab die Stadt dabei, sich als Smart City zur Modellregion für ganz Nordrhein-Westfalen zu entwickeln.
• <https://openinnovationlab.gelsenkirchen.de>

Chemnitz: Gebäude dem Vergessen entreißen
Mit der App Chemnitz.ZeitWeise können verschwundene Gebäude in Chemnitz per Augmented Reality samt zusätzlichem Informationsmaterial angezeigt werden.
• www.smac.sachsen.de

München

Sicherer Datenaustausch

Die Stadt München hat eine neue Datenaustauschplattform in Betrieb genommen. Durch eine Zwei-Faktor-Authentifizierung ist die Übermittlung vertraulicher Daten problemlos möglich. Dabei wird die Identität der Empfänger von sensiblen Dateien wie beispielsweise Verträgen oder Genehmigungen durch die Kombination zweier voneinander unabhängiger Faktoren nachgewiesen. Ist dies erfolgreich, erhält man Zugang zu den übermittelten Daten. Die Plattform unterstützt damit aber nicht nur stadtinterne Referate und Fachbereiche beim Datentransfer. Vor allem auch Architektur- und Ingenieurbüros, der Stadtrat und die Stadtgesellschaft sollen profitieren. Die Nutzung der Datenaustauschplattform ist kostenfrei, lediglich eine Registrierung ist erforderlich. Einmal hochgeladene Inhalte sind auf der Plattform 30 Tage lang online verfügbar. In diesem Zeitraum können die Informationen heruntergeladen und lokal abgelegt werden.

www.muenchen.de

FITKO

FIT-Store ist startklar

Auf dem FIT-Store steht das erste Angebot zur Nachnutzung bereit. Nach Angaben der Förderalen IT-Kooperation (FITKO) kann der von Brandenburg entwickelte Online-Dienst „Aufenthaltstitel, Aufenthaltskarten und aufenthaltsrelevante Bescheinigungen“ von anderen Ländern nachgenutzt werden. Interessierte Länder müssten hierfür einen entsprechenden Vertrag schließen. „Die Bereitstellung des Online-Dienstes über den FIT-Store erfolgt aktuell nach dem Modell Software as a Service (SaaS). Das bedeutet, dass die Dienste zentral durch die umsetzenden Länder betrieben und als Dienstleistung in Anspruch genommen werden können“, sagt Mareike Banaszak, die in der FITKO als Juristin den FIT-Store betreut.

www.fitko.de/fit-store

Brandenburg

Mehr Funktionen im Portal

Brandenburg hat sein Landesportal einem Relaunch unterzogen. Das unter service.brandenburg.de erreichbare Portal erhielt eine neue Nutzeroberfläche und erweiterte Funktionen. Neu ist die zentrale Suchfunktion für Verwaltungsleistungen und die jeweils zuständige Behörde. Dadurch müssen Bürger nicht mehr recherchieren, welche Behörde zuständig ist, sondern finden die entsprechenden Informationen gebündelt im Portal. Für Verwaltungsleistungen werden umfassende Informationen bereitgestellt, zum Beispiel zu Voraussetzungen, Fristen, Gebühren oder erforderlichen Unterlagen. Der direkte Blick auf die zuständige Behörde bietet auch Informationen zu Adressen, Ansprechpartnern und Öffnungszeiten.

<https://service.brandenburg.de>

Bund

Zwilling von Deutschland

Das Bundesamt für Kartographie und Geodäsie (BKG) hat es sich zum Ziel gesetzt, ganz Deutschland hoch aufgelöst und dreidimensional abzubilden. So soll ein digitales Abbild Deutschlands entstehen, der so genannte Digitale Zwilling. Kürzlich startete im Rahmen eines Demonstrationsprojekts erstmals das Messflugzeug, das bis Ende dieses Jahres eine Fläche von rund 8.000 Quadratkilometern in der Metropolregion Hamburg in 3D erfassen wird. In diesem Projekt arbeitet das BKG mit dem Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung der Stadt Hamburg und der Metropolregion Hamburg zusammen. Entstehen soll ein dreidimensionales Oberflächenmodell

mit einer Bodenauflösung von mindestens 30 Zentimetern, in dem alle relevanten Objekte auf der Erdoberfläche enthalten sind – vom Baum über die Verkehrsampel bis zum Hochhaus. Der Aufbau für den gesamtdeutschen Digitalen Zwilling soll nach Abschluss des Demonstrationsprojekts im Jahr 2022 beginnen. Ein erster bundesweiter 3D-Datensatz ist für das Jahr 2024 anvisiert. Insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels soll der Digitale Zwilling als Grundlage für Simulationen zu möglichen Handlungsalternativen und Szenarien dienen. Unter anderem kann im Digitalen dargestellt werden, welche Auswirkungen unterschiedliche Entscheidungen auf die reale Welt haben werden.

www.bkg.bund.de

SIE SORGEN DAFÜR, DASS DAS

ÖFFENTLICHE LEBEN FUNKTIONIERT.

WIR BEGLEITEN SIE DABEI MIT SMARTEN

LÖSUNGEN IN DIE DIGITALE ZUKUNFT.

In der Verwaltung sind digitale Lösungen der Weg, um den öffentlichen Auftrag optimal zu erfüllen. DATEV bietet dafür leistungsstarke und rechtssichere Software für Finanz-, Personalwesen und Verwaltungsprozesse. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu verlässlichen Partnern an Ihrer Seite.



Mehr Informationen unter datev.de/public-sector
oder kostenfrei anrufen: **0800 0114348**



Zukunft gestalten.
Gemeinsam.



Werbung für die BayernApp.*

Bayern

Amt für die Hosentasche

In der im Februar dieses Jahres gestarteten zentralen Service-App des Freistaats Bayern für Bürgerinnen und Bürger sind inzwischen mehr als 20.000 Online-Dienste ansteuerbar, rund 340 verschiedene Services können darüber gestartet werden. „Die BayernApp wird zum digitalen Amt in der Hosentasche“, kommentiert Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach.

www.stmd.bayern.de

Schwalm-Eder-Kreis

Umstieg auf Modern Clients

Die Finanz-Management-Software Infoma newssystem von Anbieter Axians Infoma verfügt seit März dieses Jahres über eine neue Benutzeroberfläche. Als erster Kunde von ekom21 wurde der Schwalm-Eder-Kreis auf die webbasierten Modern Clients umgestellt. Wie der hessische IT-Dienstleister meldet, sind damit sämtliche Module der Finanz-Software künftig über den Web-Client abrufbar und können durch Mobile Clients zusätzlich über Smartphone und Tablet ausgespielt werden. Noch in diesem Jahr sollen zehn weitere Kunden umgestellt werden.

www.schwalm-eder-kreis.de

www.ekom21.de

* Judith Gerlach, Staatsministerin für Digitales.

Kreis Main-Spessart

Bauanträge einfach digital

Das Landratsamt Main-Spessart wird zum 1. Oktober 2021 in die Verordnung über die digitale Einreichung bauaufsichtlicher Anträge und Anzeigen (DBauV) aufgenommen. Das bedeutet, dass Bauanträge dort nicht mehr nur auf Papier, sondern auch digital eingereicht werden können. Der Kreis hat damit nach eigenen Angaben die erste Bauaufsichtsbehörde in Unterfranken, die eine digitale Bauantragstellung anbietet. Sowohl Bürger als auch beteiligte Planer, Gemeindeverwaltungen und das Landratsamt profitieren bei rund 2.000 gestellten Bauanträgen jährlich von der Digitalisierung: Pläne müssen nicht mehr mehrfach ausgedruckt werden, der Antrag kann digital überstellt werden und die so genannte Bürgerauskunft erlaubt es, den Bearbeitungsstand einzusehen.

www.main-spessart.de

Smart Country Convention

Breites Themenspektrum

Am 26. und 27. Oktober veranstaltet der Digitalverband Bitkom gemeinsam mit der Messe Berlin die Smart Country Convention. Die Veranstaltung findet in diesem Jahr erneut als Special Edition rein virtuell statt. Auf dem Programm stehen Vorträge, Paneldiskussionen, Best Practices und digitale Trends, die im Livestream verfolgt werden können. Der 26. Oktober ist der E-Gov-Day. Hier dreht sich alles um Themen wie die Verwaltung nach Corona, digitale Souveränität, die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) sowie elektronische Identifizierung und IT-Sicherheit in der Verwaltung. Der 27. Oktober ist der Smart City Day. Auf drei Bühnen geht es um Themen wie Mobilität in Stadt und Land, GAIA-X in Kommunen, digitale Innenstädte oder die Digitalisierung der Bundeswehr.

www.smartcountry.berlin

Smart City Index 2021

Hamburg an der Spitze

Der Branchenverband Bitkom hat die ausführlichen Ergebnisse seines jährlichen Smart City Index vorgestellt. Die Studie untersucht, wie gut Deutschlands 81 Großstädte digitalisiert sind. Die Freie und Hansestadt Hamburg konnte demnach zum dritten Mal in Folge den ersten Platz erreichen und ist mit ihrem Digitalisierungskurs erneut Spitzenreiter. Wie Bitkom berichtet, verteidigt Hamburg den ersten Platz mit 88,1 von 100 möglichen Punkten und hat damit die Konkurrenz weit hinter sich gelassen. So folgt mit großem Abstand Köln mit 79,3 Punkten auf Rang zwei, dahinter sichert sich Karlsruhe mit 73,2

Punkten den dritten Platz. Für beide Verfolger geht es einen beziehungsweise zwei Plätze nach oben. Dafür fällt das im Vorjahr noch zweitplatzierte München aus den Top drei und landet mit 72,7 Punkten auf Rang 4. Der Vorsprung ist mit zwei Zehnteln knapp: Mit 72,5 Punkten rangiert Darmstadt auf dem fünften Platz, wohingegen drei Aufsteiger die Top 10 aufmischen: Die sächsische Landeshauptstadt Dresden klettert mit 71,5 Punkten um 18 Plätze auf Rang sechs, Bochum legt mit 71,2 Punkten elf Plätze zu und liegt auf sieben. Freiburg im Breisgau verbessert sich mit 69,1 Punkten um fünf Positionen auf Platz zehn.

www.bitkom.org

govdigital

Martin Schallbruch wird CEO

Martin Schallbruch wird ab Januar 2022 Mitglied des Vorstands und CEO der Genossenschaft govdigital. Der frühere IT-Direktor und CIO im Bundesinnenministerium besitze mehr als zwei Jahrzehnte Branchenerfahrung, ein breites Netzwerk und tiefes Verständnis für föderale Zusammenarbeit in digitalpolitisch-administrativen Prozessen, meldet govdigital. Einer der Schwerpunkte des kommenden Jahres werde der weitere Aus- und Aufbau der Genossenschaft sein. govdigital wolle sich weiter verstärken und seinen öffentlichen Mitgliedern eine Plattform für die Realisierung gemeinsamer Leistungen digitaler Daseinsvorsorge ermöglichen, von Einer-für-Alle-Leistungen bis hin zu Cloud-Diensten.

www.govdigital.de

Ceyoniq

Neues nscale-Release

Das Unternehmen Ceyoniq Technology hat die Version 8.1 des Enterprise Information Management System nscale vorgestellt. Ausgebaut wurden die Möglichkeiten zum kollaborativen Arbeiten und auch der Workflow soll vereinfacht werden. nscale bilde den kompletten Lebenszyklus von Dokumenten ab – das bedeute auch, dass ein Dokument bis zu seiner Finalisierung durch viele Hände gehe. Gerade jetzt, da mobiles, dezentrales Arbeiten an Bedeutung gewinne, dürfe die Zusammenarbeit nicht zum Problem werden, erklärte Michele Barbato von Ceyoniq Technology. Eine zentrale Neuerung sei daher die Nutzung der PDF-Viewer-Funktion aus dem Browser, die das gemeinsame Arbeiten an Dokumenten erleichtert.

www.ceyoniq.com

www.kommune21.de

HAUFE.**HAUFE
EINGRUPPIERUNGSMANAGER**

In nur 4 Schritten
zur rechtssicheren
Eingruppierung nach TVöD.

**Die Software für rechts-
sichere Eingruppierungen
in kommunalen Behörden**

- ✓ Eingruppierung digital erstellen
- ✓ Arbeitsvorgänge einfach delegieren
- ✓ Datensicherheit garantiert

Mehr Infos unter:
www.haufe.de/eingruppierung

Digitalisierung ist Team-Arbeit

Wie verändert die Corona-Pandemie das Arbeiten in der öffentlichen Verwaltung? Darüber sprach Kommune21 mit Christian Pfromm, Chief Digital Officer der Freien und Hansestadt Hamburg, und Stefan Mensching, Vorstand der Lübecker MACH AG.

Herr Pfromm, die Corona-Pandemie hat auch in den Verwaltungen zu großen Änderungen geführt. Wie hat sich das ausgewirkt?

Christian Pfromm: Zu Beginn der Pandemie ist ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hamburger Verwaltung praktisch über Nacht ins Homeoffice gegangen. Teilweise bis zu 70 Prozent der Beschäftigten haben ihre Aufgaben von zu Hause aus erledigt. Es hat sich also innerhalb kürzester Zeit sehr vieles verändert, nicht nur in der Verwaltung, auch in den Schulen und Hochschulen. In den vergangenen anderthalb Jahren wurden viele Prozesse beschleunigt, diesen Schwung sollten wir mitnehmen. Es hat sich gezeigt: Digitalisierung ist das Thema unserer Zeit.

Herr Mensching, wie sah es bei Ihren Kunden aus der öffentlichen Verwaltung aus?

Stefan Mensching: Die Bilanz ist gemischt. Es gab Projekte, die pausieren mussten, beispielsweise weil in der Verwaltung zu wenige Notebooks verfügbar waren. Andere Behörden und Kommunen sind trotz der Pandemie gut zurechtgekommen, weil bereits einige Prozesse digitalisiert waren. Corona hat hier an vielen Stellen für ein Umdenken



Christian Pfromm

gesorgt, weil deutlich wurde, wie wichtig es ist, mobil arbeiten zu können. Jetzt geht es darum, die Prozesse in den Verwaltungen so zu digitalisieren, dass mobiles Arbeiten in allen Bereichen sinnvoll möglich ist.

Wie hat sich die Situation auf die Umsetzung der Hamburger Strategie für eine Digitale Stadt ausgewirkt?

Pfromm: Bei unserer Digitalstrategie geht es auch um einen Kulturwandel, also ein neues Denken und neue Formen der Arbeit und Zusammenarbeit. Dieser Kulturwandel wurde beschleunigt. Heute wissen wir beispielsweise genau, wo mobiles Arbeiten nicht nur technisch möglich, sondern auch fachlich und inhaltlich sinnvoll ist. Und wir stellen fest, dass wir mit der



Stefan Mensching

Digitalisierung auch tatsächlich vorankommen.

Wie ist die aktuelle Lage in den Verwaltungsbüros?

Pfromm: Das ist natürlich individuell verschieden. Viele Mitarbeitende wollen auch weiterhin im Homeoffice arbeiten. Wir werden unglaublich, wenn wir das nach der Pandemie nicht zulassen. Wir präferieren derzeit Wechselmodelle. Viele Tätigkeiten können gut von zu Hause aus erledigt werden, aber es gibt auch Aufgaben mit hohem Abstimmungsbedarf und hier sind persönliche Treffen und sozialer Kontakt nötig.

Herr Mensching, inwiefern deckt sich die Lage in Hamburg mit der Situation, die Ihre Kunden beschreiben?

Mensching: Ich meine, dass Hamburg beim mobilen Arbeiten ein Vorzeigebispiel ist. Aber auch einige unserer kommunalen Kunden sind bei digitalen Prozessen schon weit gekommen. Im Kreis Herzogtum Lauenburg oder im Landkreis Dahme-Spreewald beispielsweise haben wir bereits vor Corona gemeinsam den Rechnungsprozess digitalisiert. Dank E-Rechnung kann also die Rechnungsbearbeitung unkompliziert aus dem Home-

persönliche Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern möglich ist. Es ist gut, dass wir vieles digital anbieten, aber der persönliche Kontakt soll nicht zu kurz kommen. Deswegen sagen wir: Digital First, aber nicht Digital Only.

Mensching: Ich sehe ebenfalls eine gesunde Mischung aus Präsenz und mobilem Arbeiten als Zukunftsbild für die Verwaltung. Der persönliche

stieg ist. Das hat sich auf unsere Fortbildungsinitiativen ausgewirkt, Online-Schulungen und Selbstlern-Angebote wurden viel stärker wahrgenommen.

Herr Mensching, welches Bild zeigt sich Ihnen mit Blick auf die Kommunen?

Mensching: Der Digitalisierungsfortschritt hängt häufig davon ab, ob es in der Kommune einen Treiber gibt, etwa einen Bürgermeister,

„Hamburg hat die Digitalisierung rechtzeitig als zentrales Zukunftsthema erkannt.“

office erledigt werden. Insgesamt muss ich aber feststellen, dass noch mehr passieren muss, damit es bei der Verwaltungsdigitalisierung spürbar vorwärts geht.

Sehen Sie mobiles Arbeiten für Verwaltungen auf allen Ebenen als ein zielführendes Zukunftsmodell?

Pfromm: Als Arbeitgeber müssen wir mobiles Arbeiten nicht nur zulassen, sondern es sogar fördern, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter flexibel arbeiten können. Die Aufgaben können effektiver erledigt werden, weil Anfahrtszeiten wegfallen und die Arbeit lässt sich besser mit privaten Interessen und familiären Verpflichtungen vereinbaren. Außerdem machen wir deutlich, dass die Freie und Hansestadt Hamburg eine attraktive Arbeitgeberin ist. Aktuell sind wir übrigens mit den Gewerkschaften im Gespräch, wie wir die bestehenden Regelungen für Homeoffice fortschreiben und an die aktuellen Gegebenheiten anpassen können. Wir wollen natürlich auch künftig dafür sorgen, dass der

Kontakt ist wichtig, um Vertrauen und Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Zudem erwarten Nachwuchskräfte Flexibilität von heutigen Arbeitgebern. Deswegen sind Verwaltungen gut beraten, ihren Mitarbeitern mehr zu vertrauen und flexibles Arbeiten auch nach Corona zu ermöglichen.

Was hat sich in der Landesverwaltung Hamburg noch verändert?

Pfromm: Ein paar Daten verdeutlichen die Entwicklung: Die Zahl der digitalen Workflows hat sich seit Beginn der Pandemie verdoppelt, die Anzahl der Kolleginnen und Kollegen, die von zu Hause aus Fachverfahren nutzen können, ist jetzt zweieinhalbfach höher. Die Zahl der Seiten für die virtuelle Zusammenarbeit in unserem hamburgweiten Sharepoint hat sich sogar verdreifacht. Das zeigt: Der Kulturwandel ist nicht nur bei den Führungskräften, sondern auch bei den Mitarbeitenden angekommen. Hinzu kommt, dass bei den Beschäftigten die Bereitschaft zur Veränderung und zum Lernen ge-

Kämmerer oder Administrator, der sich engagiert und die Leute mitreißt. Dafür braucht es eine Vision von der Arbeit der Zukunft. An der Digitalisierung führt meines Erachtens kein Weg mehr vorbei. Ich empfehle, heute gleich einen Schritt weiter in Richtung Automatisierung zu denken, um Routineabläufe zu automatisieren und so Entlastung für die Mitarbeiter zu schaffen. Wer das verstanden hat, kann auch die Kolleginnen und Kollegen begeistern.

Herr Pfromm, Hamburg hat im Smart City Index des Verbands Bitkom den Titel als smarteste Stadt Deutschlands verteidigt. Was ist das Erfolgsrezept?

Pfromm: Hamburg hat die Digitalisierung rechtzeitig als zentrales Zukunftsthema erkannt und eine entsprechende Strategie aufgestellt. Dabei haben wir die ganze Stadt im Blick. Alle Bereiche der Stadtgesellschaft sind Teil unserer Digitalstrategie. Denn es gilt: Digitalisierung ist Team-Arbeit.

Interview: Alexander Schaeff

Schlagkraft erhöhen

Hannes Kühn/Thomas Danken

Um die Verwaltungsdigitalisierung voranzutreiben, hat der Nationale Normenkontrollrat Empfehlungen an die künftige Bundesregierung formuliert. Dazu gehören mehr Standardisierung, schnellere Entscheidungswege und die Einrichtung einer Digitalisierungsagentur.

Regelmäßig bewertet der Nationale Normenkontrollrat (NKR) den Stand der Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland – zuletzt ist die 6. Ausgabe des Monitors Digitale Verwaltung erschienen. Diesmal stehen acht Empfehlungen an die neue Bundesregierung im Fokus.

So spricht sich der NKR für die Einführung eines verbindlichen deutschlandweiten Standardisierungsregimes für die öffentliche IT aus. Denn das föderale Zusammenspiel bei der Verwaltungsdigitalisierung zeichnet sich durch hohe Komplexität aus.

Einmal entwickelte IT-Lösungen sind nicht ohne Weiteres interoperabel und nachnutzbar. Die Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) könnte in der FITKO aufgehen und als Standardisierungsorganisation fungieren, die einen Katalog von Standards und Schnittstellen erstellt und pflegt, der für jedwede öffentliche Software-Entwicklung verpflichtend wäre. So ließen sich verschiedene Lösungen bausteinartig kombinieren und nachnutzen, gleichzeitig würden Markteintrittshürden für Anbieter

massiv abgebaut und der Wettbewerb gestärkt.

Antragslose Verfahren, Registerabfragen statt Papiernachweisen oder evidenzbasierte Entscheidungen der Politik – all das setzt die



Abstimmungsprozesse müssen beschleunigt werden.

bessere Nutzung vorhandener Verwaltungsdaten voraus. „Datengetriebenes Regieren“ muss daher zum zentralen Leitmotiv und verbindlichen Grundprinzip zukünftigen Regierungshandelns werden. Die kommende Bundesregierung muss der Registermodernisierung und der Erarbeitung digitaltauglichen Rechts daher höchste Priorität einräumen. Die Daten der öffentlichen Hand sind in Deutschland auf tausende Register und Datenbestände verteilt und für übergreifende Bedarfe nur unzureichend nutz-

bar. Ihre Erschließung und datenschutzkonforme Verknüpfung ist Kern der dringend notwendigen Registermodernisierung. Die Registermodernisierung gleicht in ihrer Bedeutung dem Onlinezugangsgesetz. Dieser Dimension ist die Ressourcenausstattung nicht angemessen. Es braucht daher eine ressourcenstarke und durchsetzungsfähige deutschlandweite Gesamtkoordinierung.

Digitaler Verwaltungsvollzug benötigt nachnutzbare Daten verschiedener Verwaltungsbereiche. Diese müssen nach einheitlichen und klaren Prinzipien strukturiert sein. Das setzt voraus,

dass auch die zugrundeliegenden Rechtsbegriffe in verschiedenen Rechtsdomänen das gleiche meinen und miteinander kompatibel sind. Wie das gelingen kann, hat der NKR kürzlich am Beispiel des Einkommensbegriffs untersucht lassen. Die nächste Bundesregierung sollte die Vorschläge zügig umset-

Link-Tipp

Der Monitor Digitale Verwaltung #6 zum Download (Rubrik Digitalisierung):

- <https://www.normenkontrollrat.bund.de>

zen und in einen Digitaltauglichkeits-Check nach dänischem Vorbild einfließen lassen. Er sorgt dafür, dass sich jeder vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf für digitalen Verwaltungsvollzug eignet, etwa durch die Wiederverwendbarkeit von Daten oder die Vermeidung neuer Schriftformerfordernisse. Hinzu kommt: Die OZG-Digitalisierungslabore haben einen reichhaltigen Backlog an rechtlichen Digitalisierungshindernissen identifiziert. Deren Beseitigung muss schnellstmöglich angegangen werden.

Als sehr koordinationsaufwendig hat sich der bisherige Einer-für-Alle-Ansatz erwiesen. Es besteht keine Transparenz über Entwicklungsstände und Nachnutzungsmöglichkeiten; insgesamt sind Orientierungs- und Beschaffungsaufwände für IT-Lösungen seitens der Behörden deutlich zu hoch. Helfen kann ein deutschlandweiter App-Store für Behörden, der standardisierte, mit dem Portalverbund kompatible IT-Produkte einfach auffindbar und leicht beschaffbar macht. Für Einkäufer bestünde der Vorteil darin, dass eine Vielzahl von Prüfaufwänden von der Plattform übernommen werden könnten und aufwendige Ausschreibungen entbehrlich wür-

den. Vergaberechtliche Hürden dafür müssen zügig abgebaut werden.

Des Weiteren regt der NKR an, IT-Entwicklung und -Betrieb durch Plattformkonzepte und ein föderales Architektur-Management zu vereinfachen und zu professionalisieren. In führenden Digitalisierungsnationen wurden Standardisierung und Architektur-Management bereits vor Jahren konsequent vorangetrieben – Deutschland steht hier noch am Anfang. Infrastrukturelle Einzelprojekte und Basisdienste wie Portalverbund, Servicekonten, Register oder Verzeichnisdienste müssen in einem gemeinsamen Plattformverbund von Bund und Ländern zusammengeführt werden. Standardisierte, cloudbasierte Entwicklungs- und Betriebsplattformen helfen, Kosten zu senken und gute Lösungen unter Wiederverwendung standardisierter Basiskomponenten schnell zu verbreiten.

Darüber hinaus müssen die föderalen Abstimmungsprozesse der Verwaltungsdigitalisierung schneller werden. Das Mittel dazu ist nicht mehr Zentralisierung, sondern eine Beschleunigung der Entscheidungen im Bund-Länder-Zusammenspiel. Wichtigstes Gremium hierfür ist der IT-Planungsrat.

Es würde bereits sehr helfen, wenn dieser häufiger tagen und Entscheidungen mit einfacher Mehrheit seiner Mitglieder fassen könnte. Unabhängig davon sollte der Bund im Zweifelsfall bereit sein, von seinem Recht Gebrauch zu machen, die technischen Kommunikationsstandards im Portalverbund festzulegen.

Lebhaft diskutiert wird derzeit über die Gründung eines Digitalministeriums. Aus Sicht des NKR löst ein neues Bundesministerium aber nicht die eigentlichen Probleme der Verwaltungsdigitalisierung im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen. Vielversprechender ist es, die operative Schlagkraft zu erhöhen. Daher braucht es eine Digitalisierungsagentur nach internationalem Vorbild, die aus der FITKO hervorgehen könnte. Mit mehreren hundert Mitarbeitenden wäre das Kernmandat der Agentur unter anderem die Entwicklung, Festlegung und Pflege föderaler IT-Standards, Schnittstellen und Architekturvorgaben sowie der Betrieb des App-Stores.

Hannes Kühn ist Leiter des Sekretariats des Nationalen Normenkontrollrats (NKR); Thomas Danken ist Referent beim NKR.

Anzeige

DIGITAL

Sie sehen: Ohne IT läuft nichts!

Die Anforderungen unserer Kunden sind individuell und so auch unsere Produkte und Dienstleistungen. Von der digitalen Geburtsurkunde bis zur Ladesäule spannen wir den Bogen über die Themen der IT-Welt. Ob Beschaffung oder Client-Installation, IoT oder E-Mobilität, innovative Forschungs- oder Förderprojekte, wir unterstützen Städte und Kommunen bei der Umsetzung ihrer digitalen Agenda.

Bausteine für Prozesse

Eine Plattform für digitale Verwaltungsleistungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip hat das Software-Unternehmen Seitenbau entwickelt. Der OZG-Hub soll die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes deutlich erleichtern und beschleunigen.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 über Verwaltungsportale auch digital anzubieten. Das ist keine Neuigkeit. Seit Jahren arbeiten Kommunen und deren Dienstleister daran. Nun, in der zweiten Jahreshälfte 2021, wird eine Frage immer drängender: Gibt es noch eine realistische Chance, die Digitalisierung der insgesamt knapp 600 OZG-Verwaltungsleistungen in den verbleibenden 15 Monaten abzuschließen?

Auch diese Frage ist keineswegs neu. Mitte 2020 hat Bundes-CIO Markus Richter die Parole Einer für Alle, kurz EfA, ausgegeben. Die Idee: Wenn sich Kommunen und Länder die Anzahl der zu digitalisierenden Verwaltungsleistungen aufteilen und bereits digitalisierte Verwaltungsleistungen wiederverwenden würden, wäre das Ziel in gemeinsamer Anstrengung noch zu schaffen. Diese Idee haben das Software-Unternehmen Seitenbau, das Innenministerium Baden-Württemberg und die Sächsische Staatskanzlei als An-

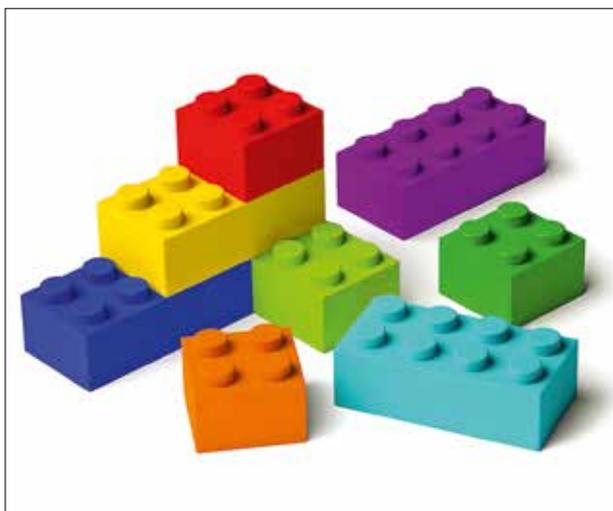
sporn genommen und den OZG-Hub ins Leben gerufen, eine Plattform für Verwaltungsleistungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip.

Das Innenministerium Baden-Württemberg treibt mit dem Serviceportal service-bw die Digitali-

und Prozess-Designer auf Basis vorgefertigter Prozessbausteine anbietet, hat mit ihrem Low-Code-Ansatz dazu beigetragen, dass die Digitalisierung in beiden Ländern zügig voranschreiten konnte.

Mit der Prozessplattform bietet sich eine bereits etablierte Lösung für die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen an. Der konzeptionelle Ansatz dahinter ist für die öffentliche Verwaltung allerdings neu: eine Plattform mit wiederverwendbaren Prozessbausteinen. Die kleinste Einheit innerhalb der Prozessplattform ist nicht die digitalisierte Verwaltungsleistung per se, sondern es sind die einzelnen Bausteine, die notwendig sind, um Ver-

waltungsleistungen digital abzubilden. Dazu gehören etwa die Anmeldung an das Nutzerkonto Bund oder der Bezahlvorgang über ein Bezahlungssystem wie ePayBL. Diese Problemstellungen werden in der Prozess-



OZG-Hub: Plattform mit Einer-für-Alle-Bausteinen.

sierung im Land seit einigen Jahren voran, ebenso wie die Sächsische Staatskanzlei mit Amt24 auf derselben Basis. Mit aktuell 217 digitalisierten OZG-Leistungen zählt Baden-Württemberg zu den Bestplatzierten im OZG-Umsetzungsranking der Länder. Vor allem die in den Serviceportalen integrierte Prozessplattform, welche die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen in einem grafischen Formular-

Link-Tipp

Weitere Informationen über die Plattform für Verwaltungsleistungen unter:

- www.ozg-hub.de

plattform einmal zentral gelöst und anschließend als generische Bausteine auf der Prozessplattform angeboten, die bei der Modellierung anderer Verwaltungsleistungen wiederverwendet werden können.

Der Erfolg der Prozessplattform in den Ländern Baden-Württemberg und Sachsen und der Bedarf, Lösungen für die länderübergreifende Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes bis Ende 2022 zu finden, inspirierte das Innenministerium Baden-Württemberg in Kooperation mit der Sächsischen Staatskanzlei und der Firma Seitenbau, die Prozessplattform zu einer Plattform für Verwaltungsleistungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip (EfA) auszubauen. Stefan Eichenhofer, Geschäftsführer von Seitenbau, bringt die zentrale Idee auf den Punkt: „Der OZG-Hub fungiert als Knotenpunkt, auf dem die modulare Servicelandschaft aus bundesweiten und föderalen Services miteinander vernetzt und mit den darauf laufenden Prozessen verbunden werden können. Auf diese Weise kann der OZG-Hub diejenigen Institutionen erheblich entlasten, die mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes betraut sind.“

Um die Machbarkeit der Idee zu verifizieren, hat Seitenbau einen Proof of Concept durchgeführt, der anschließend zu einer Demo-Version des OZG-Hubs weiterentwickelt wurde. Diese Demo-Version ist seit Ende August 2021 verfügbar. Große Teile der bestehenden Prozessplattform können beibehalten werden. Um EfA-konforme Leistungen anbieten zu können, muss die Prozessplattform um die Anbindung bundesweiter Dienste erweitert werden.

Auch die im Rahmen von servicebw und Amt24 bereits etablierte, barrierefreie und durch mehrfache Nutzertests verifizierte Benutzeroberfläche wurde für den OZG-Hub eingesetzt. Lediglich das Look-and-feel wurde auf ein länderneutrales Design umgestellt. Die Integration von Einer-für-Alle-Bausteinen, die den Anschluss EfA-konformer bundesweiter Dienste beinhalten, machen aus der Prozessplattform den OZG-Hub. Beispielsweise ermöglicht ein EfA-Baustein mittels Schnittstelle zum Portalverbund Online-Gateway (PVOG) und dem Deutschen Verwaltungsdienstverzeichnis (DVDV) via FIT Connect die Parametrisierung der Online-Dienste. Ein anderer EfA-Baustein, der den Anschluss vom Nutzerkonto Bund und ELSTER enthält, kann für die Authentifizierung genutzt werden.

Die Anbindung an diese Dienste wird jeweils als EfA-Baustein umgesetzt. Das heißt, jeder Online-Dienst, der den OZG-Hub als Basis verwendet, kann den einmal entwickelten EfA-Baustein nutzen. Das ermöglicht es Prozessentwicklern, bei der Modellierung von Verwaltungsleistungen im Low-Code-Ansatz auf die bundesweiten Dienste zuzugreifen. Ganz im Sinne der agilen Produktentwicklung wird der Feature-Umfang des OZG-Hubs kontinuierlich ausgebaut, sodass Ende dieses Jahres erste EfA-Leistungen über den OZG-Hub in einem Pilotbetrieb angeboten werden können. Gleichzeitig wird daran gearbeitet, den OZG-Hub einer größeren Community zugänglich zu machen, um die Umsetzung des großen Vorhabens OZG-Umsetzung bis Ende 2022 doch noch zu schaffen. (al)

Beschleunigen und vereinfachen Sie mit dem **Virtuellen Bauamt 2.0** die Prozesse im Baugenehmigungsverfahren.

Das Virtuelle Bauamt 2.0 bringt alle Beteiligten im Bauantrag digital zusammen. So schafft es mehr Transparenz, Geschwindigkeit und Effizienz.



- virtueller Projektraum führt Beteiligte, Unterlagen und Prozesse zusammen
- stringente Unterstützung über den gesamten Antragsprozess hinweg
- höhere Qualität in eingehenden Anträgen erleichtert Bearbeitung
- Geschwindigkeit und Einsparungen durch vollständig digitale Aktenführung
- jederzeit Transparenz über den Verfahrensstand für alle Beteiligten
- einfache Anbindung an alle relevanten Fachverfahren
- zukunftssicher durch XBau 2.2 und OZG-Konformität

Lernen Sie das Virtuelle Bauamt 2.0 im Video auf unserer Webseite kennen: www.cit.de/vba



cit GmbH
Kirchheimer Str. 205
73265 Dettingen/Teck
(0 70 21) 950 858-0
info@cit.de

Vernetzte Zuständigkeiten

Thomas Patzelt

Die im Verbund Linie6Plus organisierten Bundesländer nutzen Zuständigkeitsfinder und das System Infodienste zur Vernetzung ihrer Kommunal- und Landesportale. Sie sind damit bestens gewappnet für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

Leistungen der Verwaltung werden auf verschiedenen Ebenen erbracht. Bund und Länder teilen sich die meisten Zuständigkeiten. Auf diese Leistungen greifen Menschen als Kunden der Verwaltung, aber auch Systeme (M2M) zu – eine Kenntnis der Zuständigkeiten darf nicht vorausgesetzt werden und ist für Verwaltungskunden letztlich auch nicht relevant. Im Regelfall werden Leistungen in Bezug auf bestimmte Orte in Anspruch genommen: Der neue Personalausweis wird im Kontext des Wohnorts beantragt, die Gewerbeanmeldung erfolgt in Abhängigkeit des Unternehmenssitzes. Zuständigkeitsfinder vermitteln zwischen den Akteuren und sind eine essenzielle Komponente zur erfolgreichen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).

In derzeit neun Bundesländern kommen die Zuständigkeitsfinder im Verbund der Linie6Plus zum Einsatz. In diesem wird seit dem Jahr 2003 der arbeitsteilige Ansatz zwischen Kommune, Land und Bund gelebt. Im Ursprung ergänzte

die bereitgestellte Basis-Infrastruktur kommunale Web-Seiten sowie Landesportale. Seit 2009 bilden sie



Durch vernetzte Systeme Informationen schneller finden.

das Rückgrat der Datenbereitstellung der Behördenrufnummer 115 und unterstützen die Umsetzung der EG-Dienstleistungsrichtlinie (EG-DLR). Heute fungieren die Systeme der Linie6Plus als zentrale Datenbasis und unterstützen maßgeblich die Umsetzung des OZG.

Die technische Realisierung erfolgt auf Basis des Systems Infodienste. Dieses stellt Module für die Pflege von Leistungen, Organisationseinheiten, Online-Diensten, Gebietsdaten und Kommunalen Satzungen bereit. Zusätzlich werden unterschiedliche Schnittstellen wie der Einbindungsassistent, ein

proprietärer SOAP-Webservice, der XZufi-Webservice oder die Programmierschnittstelle REST-API angeboten. Die Infodienste werden in den teilnehmenden Bundesländern als Basis-Infrastruktur bereitgestellt und vernetzen dort die Kommunal- und Landesportale. Über den Linie6Plus-Verbund hinaus ist das Portalverbund Online-Gateway (PVOG) des Bundes angeschlossen. Hierüber erfolgt die Vernetzung mit Bundesländern außerhalb des Linie6Plus-Verbunds.

Die Arbeitsweise der Systeme der Linie6Plus-Länder ist deckungsgleich. Eine Redaktion auf Landesebene erstellt und pflegt die landesweit gültigen Leistungen – FIM-konform und in Abstimmung mit dem FIM-Baustein Leistungen. Dazu steht eine Anbindung an das Redaktionssystem der Bundesredaktion zur Verfügung. Hierüber

Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- www.linie6plus.de
- www.infodienste.de

können Leistungen importiert und abonniert werden. Zusätzlich ist über MetaRedaktion.de ein bundesweiter Austausch von Leistungsbeschreibungen möglich.

Kommunal- und Landesbehörden ergänzen die Leistungen in ihrer Zuständigkeit und reichern Informationen zu Organisationseinheiten (zuständigen Stellen), Online-Diensten, Rechtsgrundlagen, Mitarbeitern und weiteren Kriterien an. Zur Unterstützung der Redaktionen stehen zudem verschiedene Hilfsmittel bereit. Neue und geänderte Leistungen sowie organisatorische Informationen werden etwa über einen automatisierten Newsletter und einen RSS-Feed an die Nutzer der Systeme kommuniziert. Ein Qualitätssicherungsmodul nimmt das Feedback der kommunalen Redakteure entgegen – Leistungen können hier direkt kommentiert und entsprechende Änderungsvorschläge formuliert werden. So ist eine medienbruchfreie und transparente Kommunikation mit der Landesredaktion möglich. Die Systeme unterstützen zudem die Mehrsprachigkeit. Zusätzlich lassen sich Informationen in leichter Sprache hinterlegen.

Ein großer Mehrwert und wesentliches Erfolgskriterium der Infodienste begründet sich in der Nachnutzung der hierüber generierten Datenbestände. Ob Kommunalportal, Bürger- und Unternehmensservice des Landes, Fachportal, Fachanwendung, PVOG, Service-Center oder Chatbot – alle Akteure sind über standardisierte Schnittstellen eingebunden. Auskünfte der Verwaltung sind so deckungsgleich und ebenenübergreifend möglich, egal ob im Self-Service auf einer Website oder bei einer telefonischen

Auskunft. Durch die Vernetzung der Systeme ist das Auffinden von Informationen außerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereichs sichergestellt – eine Suche im Serviceportal Niedersachsen nach einer Gewerbeanmeldung in München führt ebenso zum Ziel, wie die nach einem Führerschein für Kiel im Portal Sachsen-Anhalts. Damit sind wesentliche Projektziele des OZG für einen Portalverbund bereits erreicht.

Die standardisierte Vorgehensweise in Bezug auf Organisation und Schnittstellen vereinfacht darüber hinaus den Roll-out in der Fläche. Kommunale Dienstleister sind meist länderübergreifend tätig. Wird im Linie6Plus-Verbund eine Schnittstellenintegration umgesetzt, durchläuft diese eine verbundweit anerkannte Zertifizierung. Ein Dienstleister einer Kommune erhält damit für sein zertifiziertes Produkt in jedem Linie6Plus-Land Zugangsdaten – eine erneute Schnittstellenimplementierung oder Prüfung ist nicht erforderlich. Abgerundet wird das Vorgehen durch länderübergreifende Support-Möglichkeiten und Workshops. Die zertifizierten Produkte werden auf einer Website öffentlich gelistet. Das unterstützt Kommunen beispielsweise bei der Entscheidungsfindung für die passende CMS- oder Portallösung.

Im Zuge der OZG-Umsetzung erfolgte die Anbindung an das Portalverbund Online-Gateway des Bundes. Zur Datenbereitstellung der Länder an das PVOG kommt, ebenso wie bei der Behördenrufnummer 115, der Datenaustauschdienst Infodienste (DADID) zum Einsatz. In diesem werden XZufi2.2-Leistungsberichte generiert und zum Abruf durch den Sammeldienst bereitge-

stellt. Für künftige Weiterentwicklungen wird die Etablierung einer PUSH-Schnittstelle angestrebt. Zur Recherche von Daten außerhalb der Linie6Plus wird die Suchdienst-API des Bereitstellendienstes eingebunden.

Für die Kommunen im Linie6Plus-Verbund bedeutet dies, dass alle bereits erhobenen Informationen durch die Anbindung der Ländersysteme direkt im Portalverbund Online-Gateway sichtbar sind, seitens der Kommune fällt hierfür kein gesonderter Aufwand an. Ebenso ist die bundesweite Recherche direkt in den Kommunalportalen verfügbar – vorausgesetzt, der kommunale Dienstleister unterstützt dies im eigenen System. Zur Bewertung des OZG-Umsetzungsstatus steht ein Monitoringtool zur Verfügung, das eine transparente Übersicht zum Umsetzungsstand der relevanten Leistungen und Dienste in Echtzeit bietet.

Hauptaugenmerk laufender Aktivitäten ist die nahtlose Integration von Online-Services. Das ist in zweierlei Hinsicht relevant: Zum einen registrieren Online-Dienstplattformen ihre Angebote im Kontext Leistung und Gebiet direkt im Zuständigkeitsfinder. Damit ist neben dem Ansprechpartner auch direkt der Online-Dienst zugreifbar. Das gilt sowohl für Einzeldienste wie auch für so genannte Einer-für-Alle(EfA)-Dienste. Für letzteren Fall wird eine dynamische Parametrisierung angeboten. Zum anderen greifen die Online-Dienste auf die vorgenannten Schnittstellen zu und konsumieren so Daten von der Leistungsbeschreibung bis hin zum jeweiligen Zustellsystem und -kanal.

Thomas Patzelt ist Geschäftsführer bei der Teleport GmbH, Barleben.

Blättern durchs Fotoalbum

Seit nunmehr 20 Jahren gestaltet Katrin Wiese-Dohse die Entwicklung kommunaler Internet-Auftritte mit. Im Interview wirft die Geschäftsführerin der Firma Advantic einen Blick zurück auf die Portale der Nullerjahre und zeigt aktuelle Trends beim Webdesign auf.

Frau Wiese-Dohse, Sie sind seit rund 20 Jahren bei Advantic tätig – erinnern Sie sich noch an die ersten kommunalen Portale, die Sie umgesetzt haben?

Sehr gut sogar und dabei muss ich auch ein bisschen Schmunzeln. Es ist so, als wenn man in ein altes Fotoalbum schaut. Insbesondere erinnere ich mich daran, dass sich kommunale Portale in den Nullerjahren oft stark an den Präsentationsformen anderer Medien orientiert haben und dabei mehr wie ein digitaler Prospekt aussahen. Das war allerdings auch bei vielen nicht-kommunalen Internet-Auftritten der Fall und ist vor allem der damaligen Technologie zuzuschreiben. Hinzu kam, dass der Blickwinkel der Portale noch ein anderer war als heute. Es ging primär darum, die Verwaltung und ihre Strukturen abzubilden. In vielen Fällen waren die Seiten dann im Prinzip eine Art großes Organigramm – wenn auch optisch durchaus ansprechend gestaltet.

Wie haben Sie die Entwicklung kommunaler Online-Auftritte in den vergangenen zwei Jahrzehnten erlebt?

Vor allem in den vergangenen zehn Jahren haben wir eine rasante Entwicklung bei Web-Technologien gesehen, beflügelt durch die gewachsene Bedeutung mobiler Endgeräte für

die Internet-Nutzung. Genau dies spiegeln die kommunalen Online-Auftritte: Die Frequenz der Website-Relaunches hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht – gleichzeitig werden diese immer umfangreicher. Das geht Hand in Hand mit der Verschiebung von primär verwaltungsorientierten Inhalten hin zu einer klar kundenorientierten Ausrichtung der Online-Portale.

Welche Entwicklungen würden Sie im Rückblick als Meilensteine bezeichnen?

Ich sehe die Meilensteine weniger bei einzelnen Projekten, als vielmehr bei den großen Entwicklungen in unserer Branche. Ganz entscheidend waren sicherlich die Fortschritte im Bereich Barrierefreiheit, der durch die BITV 2.0 einen massiven Schub bekommen hat. Es ist sehr befriedigend zu sehen, dass Online-Angebote heute versuchen, für wirklich jeden Menschen nutzbar zu sein. In die gleiche Richtung geht responsives Webdesign, das eine gute Darstellung auf jedem Endgerät sicherstellt – das ist zwar auch ein Teil der Barrierefreiheit, hat sich aber deutlich früher durchgesetzt als andere Aspekte. Ein weiterer Meilenstein war die Einführung von Landesportalen und Zuständigkeitsfindern in den Bundesländern sowie deren Anbindung



Katrin Wiese-Dohse

an kommunale Internet-Auftritte. Das waren damals die ersten Schritte hin zum E-Government in Deutschland. Und damit natürlich die Grundlage für all das, was jetzt im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) umgesetzt wird.

Im Frühjahr dieses Jahres ist eine Reihe kommunaler Websites auf Basis ihres Content-Management-Systems iKISS online gegangen, darunter die der nordrhein-westfälischen Stadt Bad Berleburg. Was zeichnet das Projekt aus?

Bad Berleburg war insofern ein besonderes Projekt, als dass die Stadt nicht nur ihre Website überarbeitet hat, sondern wir zeitgleich das Intranet der Stadtverwaltung, ein ergänzendes Extranet und eine weitere Microsite für das stadteigene Rothaarbad neu ans Netz ge-

bracht haben. Dass so viele wichtige Systeme gleichzeitig relauncht werden, ist schon etwas Besonderes.

Haben die Kommunen aufgrund der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden zunehmenden Nachfrage nach Online-Services den Ausbau ihrer Websites nach oben priorisiert?

Das ist definitiv so, ja. Wir bekommen seit dem vergangenen Jahr sehr viele Anfragen von Kom-

Die Trends bei den kommunalen Portalen werden seit einigen Jahren deutlich durch sich ändernde rechtliche Rahmenbedingungen bestimmt. Ebenso wie das Thema Barrierefreiheit zuletzt starken Einfluss auf die Gestaltung öffentlicher Websites hatte, geschieht dies nun durch das OZG. Ein Dauerbrenner ist aber auch die Optimierung von Websites für mobile Endgeräte. Dabei geht es dann in der Regel nicht nur um technische

Ich wurde von Dampfsoft angesprochen, wie ich zum Thema Anteilsübernahme stehe. Hintergrund war, dass das Unternehmen beschlossen hatte, sich künftig auf sein Kerngeschäft zu konzentrieren. Nach über 20 Jahren bei Advantic und 14 Jahren in der Geschäftsführung musste ich nicht lange überlegen, die Übernahme der Anteile war für mich ein logischer Schritt. Ein Management-Buy-out ist die beste Lösung, um eine nachhaltige

„Die Frequenz der Website-Relaunches hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht.“

munen zu Projekten, die so schnell wie möglich realisiert werden sollen. Häufig geht es dabei um Relaunches der primären Internet-Auftritte, insbesondere mit Blick auf die Umsetzung des OZG. Wir sehen außerdem verstärkt die Nachfrage nach Microsites, unter anderem in den Bereichen Tourismus und Kultur. Oft werden zudem Module und Funktionen mit Dienstleistungscharakter angefragt, beispielsweise für Online-Terminvereinbarungen.

Welche Trends sind aktuell bei der Gestaltung kommunaler Portale vorherrschend?

Maßnahmen in Form responsiven Designs, meist besteht auch redaktioneller Anpassungsbedarf hinsichtlich von Navigationsstrukturen und Textlängen. Verwaltungsübergreifend sehen wir außerdem eine weitere Tendenz: Die Themen Regionalmarketing und Corporate Design spielen heute eine wesentlich größere Rolle für die Kommunen als noch vor ein paar Jahren, die Websites werden immer individueller und moderner.

Sie haben im Mai die Mehrheitsanteile an Advantic vom bisherigen Hauptanteilseigner Dampfsoft übernommen – was waren die Gründe hierfür?

Weiterentwicklung von Advantic zu garantieren. Den bisherigen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Wir setzen seit Jahren auf die Einbindung technischer Innovationen in unser CMS iKISS und forcieren parallel dessen Standardisierung. In Verbindung mit unserer Spezialisierung auf den kommunalen Bereich und der Nähe zu unseren Kunden beschert uns das ein nachhaltiges Wachstum, das wir als Bestätigung unserer Arbeit sehen. Dabei wollen wir nicht nur Dienstleister, sondern auch Partner der Kommunen sein.

Interview: Bettina Weidemann

Anzeige

Nutzerzentrierte Onlinedienste für Bürger*innen & Verwaltung!

Intelligente Antragsassistenten mit fachlicher Anbindung an weiterverarbeitende Systeme zur komplett medienbruchfreien Antragstellung und Verarbeitung.



Form[®]
Solutions

www.form-solutions.de



Digitales Landleben

René Schmidt

Die Verwaltung der Gemeinde Kropp und das Amt Kropp-Stapelholm in Schleswig-Holstein setzen auf umfassende Digitalisierung. Ein Dokumenten-Management-System (DMS) und vollintegrierte Portale gewährleisten dabei ein Maximum an Effizienz.

Die schleswig-holsteinische Kommune Kropp stellt auf IT-basierte Prozesse um. Bereits seit dem Jahr 2003 ist dort das Dokumenten-Management-System (DMS) regisafe von Anbieter comundus regisafe im Einsatz und wird kontinuierlich erweitert. Neu zu beschaffende Module werden bedarfsgerecht und mit Augenmaß gewählt. Alle digitalen Lösungen sind wie selbstverständlich in die administrativen Abläufe eingebunden. Damit wird ein Digitalisierungsmodell praktiziert, das sich auch für andere ländliche Kommunen eignet.

14 Gemeinden mit rund 17.000 Einwohnern verwaltet die Gemeinde Kropp für das Amt Kropp-Stapelholm, Tendenz steigend. Im Zuge des Wachstums wurde die Infrastruktur deutlich verbessert, etwa durch mehr Kitas, die Modernisierung der Schulen oder eine neue Sportstätte. Das bringt auch einen erhöhten Verwaltungsaufwand mit sich, etwa bei der Stellenbesetzung. Für diese Aufgaben ist die Gemeinde digital gut aufgestellt. Einen offiziellen Digitalisierungsmanager gibt es vor Ort nicht. Stattdessen bündelt ein Kern-Team die Experti-

se aus den einzelnen Fachbereichen, klärt und bewertet IT- und Anwenderbedarfe und lässt diese fortlaufend in den Digitalisierungsprozess



Rathaus der schleswig-holsteinischen Gemeinde Kropp.

einfließen. Mit dieser Herangehensweise ist es gelungen, radikale Veränderungsschübe zu vermeiden und etwaige Vorbehalte gegenüber der digitalen Verwaltung gar nicht erst aufkommen zu lassen. Ein persönliches Momentum gewinnt die Digitalisierung durch Power User, die ihre Erfahrungen gern weitergeben. „Ich kenne unser DMS regisafe von der Pike auf. So kann ich schnelle Lösungen finden und meinen Kollegen weiterhelfen“, erläutert etwa Bianka Bolte-Lipinski, Fachbereich Zentrale Dienste und zuständig für den Sitzungsdienst.

Bei den Mitarbeitenden trifft die digitale Verwaltung auf breite Zustimmung und so sind sämtliche

Prozesse – auch aktuelle Anforderungen wie die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) oder neue Herausforderungen durch

Corona – nahtlos in den Verwaltungsablauf integriert. Dank der praxisgerechten Funktionen des Programms können häufig wiederkehrende Arbeitsschritte schnell und effizient ausgeführt werden. Das Spektrum der eingesetzten DMS-Komponenten ist dabei breit aufgestellt und orientiert sich an den anfallenden Aufgaben der Ver-

waltung. So sind beispielsweise eine zentrale Adressverwaltung, Vertragsmanagement, Sitzungsdienst und Fachverfahren zur Stellenbesetzung im Einsatz – und dies auch uneingeschränkt im Homeoffice. Eine zugehörige App stellt sicher, dass Mitarbeitende auch von unterwegs aus weitreichenden Zugriff auf das DMS haben.

Digitale Prozesse werden in Kropp aber nur dann eingeführt, wenn sie für die konkreten kommunalen Belange im Amt sinnvoll sind. Die direkt ans DMS angeschlossenen Portalösungen – Ratsinformationssystem (RIS) und Stellenbesetzungsportal – sind hierfür gelungene Beispiele. So konnte durch die Ein-

führung des RIS eine enorme Kostenersparnis, zum Beispiel beim Porto und bei den Druckkosten, erzielt werden. Bei über 125 Gremien, 500 Sitzungen pro Jahr und circa 200 Gremienmitgliedern, die früher per Post informiert werden mussten, ist das kein Wunder. Das Team des Sitzungsdiensts um Bianka Bolte-Lipinski freut sich zudem über eine deutliche Zeitersparnis bei der Ausfertigung der Sitzungsunterlagen. Die Gremienmitglieder profitieren davon, dass alle Unterlagen online bereitstehen und das Ratsinformationssystem einen regen Austausch direkt im Portal ermöglicht. Zugleich zahlt das Portal durch rasch verfügbare Inhalte, kurze Reaktionszeiten und transparente, leicht zugängliche Informationen über das politische Geschehen auf den Kontakt mit der Bürgerschaft ein.

Mit dem Stellenbesetzungsportal etablierte die Kommune ein leistungsfähiges Werkzeug für Stellenausschreibungen. Beim mehrstufigen Ausschreibungs- und Bewerbungsprozess zeigt die Lösung ihr Potenzial. Nicht mehr in Papier-

form, sondern vollständig digital gehen die Bewerbungsunterlagen ein und stehen direkt im Fachverfahren zur Verfügung. Vordefinierte Workflows und Vorlagen unterstützen in der Bewerberkommunikation, automatisierte Bewerberübersichten bei der Auswahl. Bei circa 60 Stellenausschreibungen pro Jahr bedeutet das erheblich weniger Arbeitsaufwand – und deutlich mehr Übersichtlichkeit im Auswahlprozess. Ist der oder die geeignetste Kandidatin gefunden, ist die digitale Personalakte im DMS bereits von Anfang an mit den wichtigsten Daten befüllt.

DMS plus aufgabenorientierte Portallösungen: Auf diesen Säulen ruht, kurz zusammengefasst, das aktuelle Digitalisierungsmodell der Gemeinde. Schon heute ist Kropp in puncto Digitalisierung damit so manchen Kommunen vergleichbarer Größenordnung und Struktur um Jahre voraus. Digitalisierung wird in Kropp aber als kontinuierliches Change Management verstanden. Explizit formulierte Wunschvorstellung ist es, das DMS als zentrales Element für

die OZG-Anforderungen zu etablieren und auch noch den letzten Papierprozess umzustellen. Ideelle und tatkräftige Unterstützung bei diesen Plänen leistet Bürgermeister Stefan Ploog – eine wichtige Voraussetzung für die digitale Transformation.

Ist das typische Landleben also bald von gestern, weil die Digitalisierung alles ändert? In Kropp geht man vom Gegenteil aus. Die grundlegende Absicht ist vielmehr, die Dorfgemeinschaft in Zeiten des Wandels durch die Vorzüge der Digitalisierung zu stärken. Seitens Politik und Verwaltung will Kropp die Tür öffnen für mehr Transparenz, bürgerschaftliches Engagement und Teilhabe. Mit ihrer größeren Reichweite und Online-Verfügbarkeit sind Portale wie Ratsinformationssystem und Stellenbesetzung Online dabei unverzichtbare Instrumente, um ländliche Strukturen zu bewahren und gleichzeitig bestmöglich erreichbar zu sein.

René Schmidt ist Team-Leiter EDV im Fachbereich Zentrale Dienste der Gemeinde Kropp.

Anzeige

E-Government endlich einfach! Ihr Bürgerportal



OPENR@THAUS

- Integration Servicekonto inkl. Postkorb
- Integration e-Payment und eID
- Integration Fachverfahren und DMS
- startbereite Basisprozesse

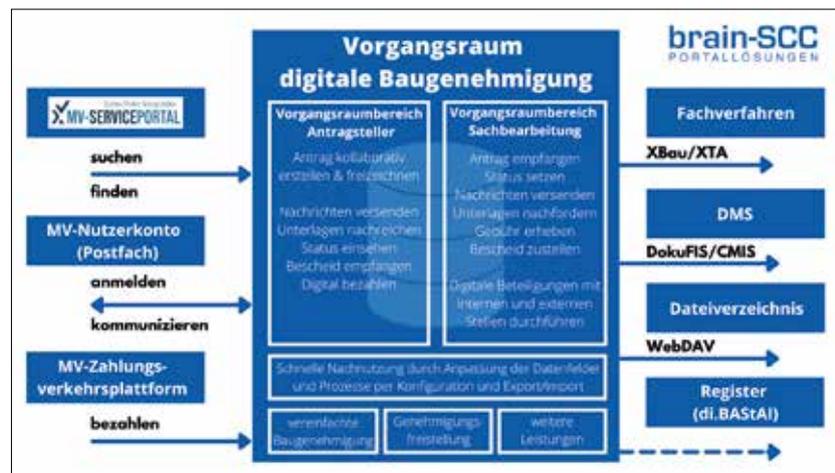
Antrag im Vorgangsraum

Y. Rowoldt/A. Fiedler

Auf Basis des Serviceportals von brain-SCC und mit dem Kreis Nordwestmecklenburg als Pilotkommune hat das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Referenzlösung für den digitalen Bauantrag entwickelt. An der Nachnutzung des OZG-Dienstes besteht großes Interesse.

Der Landkreis Nordwestmecklenburg hat im Jahr 2016 das Projekt NWM.online gestartet, das durch die E-Government-Richtlinie des Landes Mecklenburg-Vorpommern gefördert wird. Neben der Formulierung einer E-Government-Strategie erfolgten der Aufbau eines Prozess-Managements und die Erarbeitung eines Konzepts zur E-Government-Infrastruktur. Die Roadmap umfasst Projekte wie E-Akte, XÖV-Standards, Servicekonto und E-Payment. Zum Monitoring der E-Government-Strategie wird im Kreistag regelmäßig ein Bericht über den Umsetzungstand vorgestellt.

Als Ergebnis der Arbeiten im Projekt NWM.online hatte der Kreis Nordwestmecklenburg im Jahr 2019 einen bundesweiten Preis für einen Vorgänger-Online-Dienst der digitalen Baugenehmigung erhalten. Mit dem Serviceportal von Anbieter brain-SCC stand ein flexibles Instrument für die Entwicklung von Online-Diensten zur Verfügung. Das Land Mecklenburg-Vorpommern, welches die Federführung im Themenfeld „Bauen und Wohnen“ des Onlinezugangsgesetzes (OZG) innehat und damit verantwortlich ist für die Entwicklung von Referenzlösungen für ein ganzes Bündel an Leistungen rund um die Lebens-



Vorgangsraum dient als zentrale Kommunikationsplattform.

lage Bauen, hat entschieden, auf diese Erfahrungen zurückzugreifen. Es wird also kein komplett neues System entwickelt, sondern die OZG-Referenzimplementierung zusammen mit dem Kreis als Pilotkommune auf Basis des brain-SCC-Serviceportals aufgebaut.

Im Frühjahr 2020 startete der intensive Prozess des OZG-Labors unter Mitwirkung des Beratungsunternehmens McKinsey. Verschiedene Vertreter der Nutzergruppen, etwa Architekten und Bauingenieure sowie die Sachbearbeiter aus den Bauämtern, wurden in mehreren Stufen in den Entwicklungsprozess integriert. In den Diskussionen wurde schnell klar, dass die digitale Baugenehmigung einen hohen Reifegrad vorweisen muss, da es im

Verfahren sowohl aufseiten der Antragsteller als auch aufseiten der Verwaltung komplexe Anforderungen für Kollaboration und Kommunikation gibt. Ganz eindeutig keine Lösung war ein einfaches Standard-Antragsformular, das lediglich an das Bauamt übermittelt wird und danach ist der Prozess beendet.

Vielmehr wurden folgende Anforderungen formuliert: Der Antrag sollte kollaborativ durch mehrere Personen gemeinsam erstellt werden können. Hierbei arbeiten insbesondere die Bauherren und die Entwurfsverfasser zusammen. Nach der Einreichung muss es für die Sachbearbeiter die Möglichkeit geben, mit den Antragstellern zu kommunizieren, und zum Beispiel Dokumente digital nachzureichen.

Der Status der Antragsbearbeitung sollte transparent sein. Die Beteiligung von internen und externen Stellen sollte digital durchgeführt werden und auch der Bezahlprozess und die Bescheidzustellung sollten digital erfolgen.

Um die Anforderungen erfüllen zu können, wurde für das brain-SCC-Serviceportal ein so genannter Vorgangsraum entwickelt. Dabei handelt es sich um einen Cloud-Speicher, in welchem der Antrag erstellt und anschließend von den Sachbearbeitern geprüft wird. Er stellt damit die zentrale Kommunikations- und Kollaborationsplattform dar, in welchem Front und Back End verschmelzen.

Der Log-in erfolgt über das MV-Nutzerkonto. Nach der Anmeldung werden die Daten aus dem Nutzerkonto im Antrag weiterverwendet, um Doppeleingaben zu vermeiden. Zu Beginn wählt der Antragsteller aus, welche Rolle im Prozess er einnimmt: Bauherr, Vertreter des Bauherren oder Entwurfsverfasser. Nach Eröffnung des Antrags können weitere Personen zur Zusammenarbeit eingeladen werden; so kann ein Bauherr etwa seinen Architekten hinzubitten. Die eingeladene Person erhält einen Link zum Antrag und loggt sich ebenfalls mit dem MV-Nutzerkonto ein. Nun können beide parallel am Antrag arbeiten. Facetten, die von einer Person bearbeitet werden, sind für die andere gesperrt. Dank feldbasierter Speicherung wird immer die aktuellste Version gesichert, bei Verbindungsproblemen gehen also keine Daten verloren. Ist der Antrag vollständig ausgefüllt, müssen sowohl Bauherr als auch Entwurfsverfasser diesen digital freizeichnen.

Nach der Einreichung erhält der Sachbearbeiter eine Notifizierungsmail über den Eingang eines neuen Bauantrags und kann auf diesen im Vorgangsraum zugreifen. Im Kreis Nordwestmecklenburg wird der Antrag automatisch ins Dokumenten-Management-System codia.d3 von Anbieter d.velop übertragen, in welchem dann eine elektronische Akte erstellt wird. Auf diese greift das Fachverfahren ProBauG von Prosoz zu.

Im Baugenehmigungsverfahren gibt es viele Nachfragen, oft müssen Unterlagen ergänzt oder korrigiert werden. Hat der Sachbearbeiter solche Nachforderungen an den Antragsteller, kann dieser die geforderten Dokumente über den Vorgangsraum im brain-SCC-Serviceportal schnell und einfach digital nachreichen. Auf Verwaltungsseite kann der Sachbearbeiter dann den umfangreichen Beteiligungsprozess digital umsetzen. Hierzu können mehrere Nutzergruppen eingerichtet werden, zum Beispiel für interne Stellen wie das Umweltamt oder für externe Ämter, Prüfm Ingenieure sowie Träger öffentlicher Belange, die Zugang zu ausgewählten Unterlagen im Vorgangsraum erhalten. Stellungnahmen können über einen Rückkanal direkt dem Vorgang beigelegt werden. Ist die Prüfung abgeschlossen, kann auch die Gebühr auf digitalem Weg erhoben und beglichen werden. Hierfür wurde die Zahlungsverkehrsplattform Mecklenburg-Vorpommern angeschlossen. Abschließend wird der Bescheid über den Vorgangsraum zugestellt.

Die digitale Baugenehmigung ist seit Januar 2021 für das vereinfachte Baugenehmigungsverfahren im

produktiven Einsatz. Ende März 2021 wurde das Genehmigungsverfahren im Amt Lützow-Lübstorf live geschaltet. Wenn die Anträge hier nicht freigestellt werden, kann der Antrag medienbruchfrei in das vereinfachte Verfahren im Landkreis Nordwestmecklenburg überführt werden.

Seit Januar 2021 wird die Nachnutzung in anderen Bundesländern aktiv vorangetrieben. Hierfür hat das Land Mecklenburg-Vorpommern einen Nachnutzungssteuerungskreis ins Leben gerufen. Mehrere Bundesländer haben bereits ihr Interesse an einer Nachnutzung der Lösung nach dem Einer-für-Alle-Prinzip angemeldet.

Anpassungen an die Landesbauordnungen und der Anschluss von Basiskomponenten wie Nutzerkonto oder Zahlungsverkehrsplattform sind über Konfigurationen schnell umsetzbar. Zusätzlich steht die Digitalisierung weiterer Leistungen an. Dazu gehören etwa die Baubeginnsanzeige, die Anzeige der Nutzungsaufnahme oder die normale Baugenehmigung. Alle Leistungen sollen in einem Lebenszyklus für den Antragsteller nutzerfreundlich verknüpft werden. Die Lösung wird zudem funktional weiterentwickelt. Hier steht insbesondere die Umsetzung des XBAU-Standards im Fokus, um die automatische Interaktion mit den Fachverfahren zu ermöglichen. Der Kreis Nordwestmecklenburg steht auch hierfür als Pilotkommune zur Verfügung.

Yvonne Rowoldt ist E-Government-Koordinatorin beim Landkreis Nordwestmecklenburg; Andreas Fiedler ist Projektleiter digitale Baugenehmigung bei brain-SCC.

Digital und authentisch

Torsten Koß/Matthias Kammer

Behörden müssen wichtige Dokumente dauerhaft sicher und unverfälscht aufbewahren. Dazu hat govdigital mit der Public Permissioned Blockchain eine Lösung entwickelt. Digitale Schulzeugnisse und Corona-Testzertifikate werden darüber bereits validiert.

Blockchain – Begrifflichkeit und Thema prägen seit mehreren Jahren immer wieder auch ideologisch aufgeheizte Diskussionen in der IT-Szene. Während sich die Blockchain-Technik in manchem industriellen Zweig nun auch praktisch Bahn zu brechen scheint, nähert man sich im öffentlichen Sektor insgesamt nur zögerlich. Eine der treibenden Kräfte ist die Ende 2019 gegründete Genossenschaft govdigital, die seit Sommer 2021 eine produktive Blockchain betreibt und der öffentlichen Hand Blockchain Infrastructure as a Service anbietet.

govdigital nutzt dafür eine so genannte Public Permissioned Ethereum Hyperledger Besu Blockchain, die über neun öffentliche Rechenzentren läuft. Zu diesen Knotenbetreibern aus der govdigital-Mitgliedschaft gehören ausschließlich renommierte IT-Dienstleister, die sich über ganz Deutschland verteilen. Anders als bekannte Systeme wie Bitcoin wird die govdigital-Blockchain also durch absolut vertrauenswürdige öffentliche Akteure betrieben: Sämtliche Rechenzentren „kennen“ sich sehr gut. Alle sind mindestens durch den internationalen Standard 27001 zertifiziert.



Die govdigital-Blockchain läuft bereits im Pilotbetrieb.

Dieses Umfeld bringt eine Reihe von Vorteilen mit sich. Im Vergleich zu anonymen Blockchain-Systemen entfällt das systemische Misstrauen gegenüber anderen Teilnehmern. So entsteht etwa beim Bitcoin ein enormer Energieverbrauch im so genannten Mining-Prozess, weil Akteure ihre Blockchain-Einträge mit Hardware und sehr viel Rechenkapazität durch das Lösen komplexer mathematischer Aufgaben verifizieren müssen (Proof of Work). Denn bei jedem neuen Block muss die Mehrheit zustimmen, dass die aktualisierte Version der verteilten Datenbank korrekt ist, um sie als neue Variante zu akzeptieren. Dabei darf kein Akteur über 50 Prozent der Blockchain übernehmen. Das würde dem Netzwerk die Legitimation nehmen. Die Public Permissi-

oned Chain von govdigital funktioniert nach einem anderen, moderneren Prüfsystem.

Die Konsensmechanismen Proof of Stake (PoS) und dessen Ableger Proof of Authority (PoA) basieren auf einem Vertrauensmodell von wenigen und sich gegenseitig bekannten Akteuren. Die Knotenbetreiber haften dabei sozusagen mit ihrem guten Namen. Dadurch entfällt der Wettbewerb um Rechenleistung. Stattdessen wird jeder neue Block durch die bekannten Teilnehmer des Netzwerks auf einfache Weise validiert. Das spart enorme Ressourcen: Während die Bitcoin-Blockchain mittlerweile so viel Strom verbraucht wie ein mittleres Industrieland, kommt ein einzelner Knoten im govdigital-

Netzwerk in etwa mit der Menge eines heutigen Standard-PCs aus.

Was macht nun eine Public Permissioned Chain aus? Jeder kann die Blockchain von außen erreichen und lesen, was und welche nicht-personenbezogenen Hash-Werte in den Blöcken stehen – das ist public. Allerdings kann nur eine begrenzte Zahl von Befugten darüber entscheiden, was in die Chain aufgenommen wird (permissioned). So ist die Plausibilität der Informationskette von Anfang bis Ende auch von außen nachvollziehbar und manipulationssicher – Transaktionen können nur durch die knotenbetreibenden Genossenschaftsmitglieder validiert werden. Eine weitere Besonderheit der Lösung liegt in der Servicequalität. Während Anwenderinnen und Anwender bei kommerziellen Blockchain-Angeboten nur FAQs finden, stehen bei govdigital konkrete Ansprechpartner zu festen Servicezeiten zur Verfügung. Das ist bundesweit einzigartig.

Die govdigital-Blockchain wird künftig noch weitere Knotenbetreiber hinzugewinnen. Das dezentrale Verfahren hat aber schon jetzt einen maßgeblichen sicherheitstechnischen Vorteil. Das System ist weder abhängig von lokalen noch von regionalen Ereignissen. Selbst wenn es zu mehreren Ausfällen käme, bliebe das Netzwerk durch seine Dezentralität, automatische Mechanismen und die enge betrieblich-organisatorische Zusammenarbeit produktiv – weder gehen Daten verloren, noch wird die Funktionsfähigkeit beeinträchtigt. Jederzeit können Informationen in die Chain aufgenommen und einzelne Blöcke ausgelesen werden.

Das ist nicht nur mit Blick auf die IT-Sicherheit wichtig, sondern künftig wohl auch aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels. Zuletzt haben die Überschwemmungen in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gezeigt, welche Konsequenzen diese sowohl für Leib und Leben als auch für leistungsgebundene Infrastrukturen vor Ort haben können. Ob Überflutungen, Brände oder Stürme – wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge müssen auch in der Krise funktionieren und sind deshalb entsprechend aufzustellen.

Genutzt wird die govdigital-Blockchain etwa für das Digitale Corona-Testzertifikat von Cybersecurity-Spezialist Ubirch. Führt ein Labor, das vom govdigital-Mitglied Bundesdruckerei authentifiziert wurde, einen Coronatest durch, verankert die Ubirch-Technologie einen digitalen Fingerabdruck des Ergebnisses in der govdigital-Blockchain. In Übereinstimmung mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und höchsten Datensicherheitsstandards liegt die Kontrolle über die Daten ausschließlich bei der betreffenden Person. Auf diese Weise lässt sich der zertifizierte SARS-CoV-2-Status einer Person jederzeit schnell

und unkompliziert mithilfe eines QR-Codes überprüfen. Beispielsweise könnten so Passagiere ihr Testergebnis vor Abflug direkt am Gate verifizieren lassen.

Seit Sommer 2021 läuft in Deutschland zudem der Pilotbetrieb zum digitalen Schulzeugnis. Das System hat die Bundesdruckerei entwickelt, um Schulzeugnisse zu erstellen, zu sichern und datenschutzkonform zu prüfen. Dafür wird ebenfalls die govdigital-Blockchain genutzt (siehe *Kommune21, Ausgabe 3/2021*). Auftraggeber der Lösung ist das Finanzministerium Sachsen-Anhalt im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Erste Anwender sind die Bundesländer Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Auch Hessen kündigte jüngst an, bis Ende dieses Jahres am Testbetrieb teilnehmen zu wollen. Schließlich könnten bis Ende 2022 alle interessierten Bundesländer an das Projektgeschlossen werden – wiederum zunächst zur Probe, ab 2023 dann im Echtbetrieb.

Torsten Kofß ist Vorstand der govdigital eG sowie Vorstand Digitale Transformation der Dataport AöR. Matthias Kammer ist Geschäftsführer der govdigital eG.

Kurzinfo: govdigital

Die govdigital eG wurde Ende 2019 als bundesweite Unternehmensgenossenschaft durch zehn öffentliche IT-Dienstleister aus Kommunen, Bund und Ländern gegründet. Bis heute hat sich die Zahl der Mitglieder auf 20 verdoppelt und erreicht damit einen großen Kreis der öffentlichen Verwaltung. Ziel ist es,

neue Technologien und Lösungen für die öffentliche Verwaltung voranzubringen. Durch ein ebenenübergreifendes Vorgehen wollen die öffentlichen IT-Dienstleister ihre Kompetenzen und Strukturen noch stärker bündeln, um zu mehr Digitaler Souveränität in Deutschland und Europa beizutragen. Weitere Informationen: www.govdigital.de

App als Ausweis

Mirja Niewerth-Halis

Im Projekt ONCE wird eine Lösung für eine einfache und sichere digitale Identität entwickelt. In einer zentralen Smartphone-App werden alle erforderlichen ID-Daten verwaltet. Damit sollen auch E-Government-Prozesse erleichtert werden.

Künftig sollen die Bürgerinnen und Bürger ihre Identität auf dem Smartphone bestätigen können. Das ist die Vision des Innovationsprojekts „ONCE – Online einfach anmelden!“, das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert wird. Wenn sich User im Internet digital legitimieren, stehen Sicherheit und Einfachheit im Vordergrund der so genannten Self-Sovereign Identity (SSI). Beispielsweise dann, wenn sie digitale Verwaltungsleistungen ganz ohne Gang ins Rathaus nutzen möchten, ins Hotel einchecken oder den Führerschein bei einer Verkehrskontrolle vorzeigen müssen. Hierzu werden in einer zentralen App auf dem Smartphone alle erforderlichen ID-Daten verwaltet. Für das Identitätsmanagement setzt ONCE – im Gegensatz zu anderen Forschungsinitiativen – auf ein Identitätsökosystem bestehend aus SSI-Technologie und ID-Gateway. Denn Verifizierbarkeit, Privatsphäre, Datenhoheit und Souveränität sollen sichergestellt werden. Und auch, dass die Nutzer zu jeder Zeit die Kontrolle über ihre Daten behalten.

In der ersten Projektphase von ONCE wurden Idee und Technologie-Roadmap detailliert ausgearbeitet. Nun geht es in die Umset-

zungsphase, die bis Mitte 2023 angesetzt ist. Auch diese wird vom BMWi gefördert. Zehn Projektkonsortien hatten dem BMWi ihre Ideen für ein Identitätsökosystem beim Innovationswettbewerb „Schau-fenster Sichere Digitale Identitäten“ vorgestellt, ONCE konnte überzeugen.

Das Projekt unter Leitung der Bundesdruckerei beschäftigt sich damit, wie hoheitliche Dokumente als Datenquelle für digitale Identitäten genutzt werden können. Denn aktuell ist gesetzlich nur geregelt, wie ein Personalausweis oder ein Führerschein im klassischen Format eingesetzt oder ausgestellt wird. Bis dato gibt es noch keine weitverbreitete digitale Identität in Deutschland, eine flächendeckende Anwendung gibt es nicht. Solche Anwendungsfälle entwickelt aktuell das Unternehmen regio iT als Kon-

sortialpartner von ONCE. Im Teilpaket „Kommune und Verwaltung“ implementiert der kommunale IT-Dienstleister einen digitalen Schülerausweis auf Basis der SSI-Technologie. Eine sichere digitale Ehrenamtskarte sowie ein digitaler Familienpass werden folgen.

„Bei unserer Entwicklung geht es um Interaktivität und Agilität“, sagt Michael Schmitt, der das ONCE-Projekt bei der regio iT leitet. „Sobald der digitale Schülerausweis entwickelt ist, folgen weitere Anwendungsfälle nach dem gleichen technologischen Schema. Dabei sind kommunale Partner eng in die Entwicklung des Prototypen eingebunden.“ Schließlich geht es beim übergeordneten Projektauftrag auch darum, unterschiedliche Identitätsdienstleister zusammenzubringen und gut zu vernetzen. Damit brauchen die Nutzer künftig nicht mehr

Kurzinfo: Projekt ONCE

Im Projekt ONCE kooperieren eine Vielzahl renommierter Institutionen und Unternehmen, so etwa die Bundesdruckerei, Governikus, kommunale IT-Dienstleister wie AKDB, ekom21 und regio iT sowie Hello Guest Solutions. Mit dabei sind auch Bosch, die Deutsche Telekom

Security sowie die Fraunhofer Institute IAO und AISEC. Assoziierte Partner sind unter anderem die Genossenschaft govdigital, die Städte Solingen und Mönchengladbach sowie weitere Kommunen in Hessen. Weitere Informationen über das Innovationsprojekt unter: www.once-project.de

viele verschiedene Konten, um auf digitale Leistungen zugreifen zu können.

Weitere Anwendungsfälle im Teilprojekt „Kommune und Verwaltung“ werden elektronische Beurkundungen durch das Standesamt, Namensänderungen, Kirchenaus-tritte, die digitale Geburtsurkunde sowie die Beantragung und Ausstellung eines Bibliotheksausweises sein. Auch die Anmeldung im Serviceportal von regio iT über eine digitale Briefftasche auf dem Smartphone soll Bürgerinnen und Bürgern künftig mehr Schnelligkeit und Komfort bieten. 55 solcher Serviceportale mit einer Vielzahl integrierter kommunaler Dienstleistungen betreibt die regio iT derzeit, weitere 36 gemeinsam mit Partnern.

Auch im Bereich der Mobilität dockt ONCE an: So entwickelt die Firma Better Mobility, eine gemeinsame Unternehmenstochter von regio iT und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), aktuell neue Möglichkeiten für die Registrierung im Mobility Broker, einer multimodalen Plattform für öffentliche Mobilitätsangebote. Ebenso arbeitet das Aachener Start-up an einem neuartigen Mobilitätsroaming, das die Nutzung von regionalen Mobilitätsdiensten mittels digitaler Identität vereinfachen will.

Diese Anwendungsfälle machen den großen Aktionsradius des Projektkonsortiums deutlich. Denn nur im starken Verbund kann eine sichere digitale Identität geschaffen

werden, die den Alltag der Bürger tatsächlich vereinfacht und die Vielzahl von Passwörtern ersetzt. Wichtig ist auch die enge Zusammenarbeit und Interoperabilität zwischen allen vier Schaufenster-Projekten, denn die technischen Ansätze sollen gut zusammenspielen. Dabei blickt man bei ONCE von Anfang an auch über Deutschland hinaus: Die europäischen Bemühungen um eine interoperable elektronische Identifizierung sind ein wichtiger Bezugspunkt, aktuelle Entwicklungen der EU-Kommission zur Nutzung von Self-Sovereign Identity-Lösungen werden im Projekt berücksichtigt.

Mirja Niewerth-Halis ist Unternehmenssprecherin der regio iT GmbH, Aachen.



more!software
mehr leistung · mehr service · mehr mensch

Gremienarbeit auf höchstem Niveau

Mit dem einzigartigen Sitzungsmanagementsystem more! rubin und der Dipolis-App fürs Tablet kein Problem.

- Sitzungsdienst
- Sitzungsgeld
- Beschlusskontrolle
- Rats- und Bürgerinfosystem
- Digitale Antragsverwaltung
- Digitales Umlaufverfahren
- Digitale Gremienarbeit per App
- Live voting
- DMS Schnittstelle DokuFIS



info@more-software.de
www.more-software.de



Checkliste virtuelles Bauamt

Bernd Hoeck

Viele Kommunen befassen sich derzeit mit der Beschaffung einer Lösung zur Umsetzung digitaler Bauanträge. Auf einige wichtige Aspekte sollten sie bei der Auswahl einer Software für das virtuelle Bauamt achten.

Ohne Frage gehört das Baugenehmigungsverfahren (BGV) zu den komplexesten Verwaltungsleistungen, die Bürger und Unternehmen in Anspruch nehmen können. Die Verfahren dauern oft lange, Beteiligte wie beispielsweise Architekten wechseln und Anträge auf Abweichungen oder Befreiungen erfordern weitere Unterprozesse und Abstimmungen. Solch eine Gemengelage bietet ein entsprechendes Optimierungspotenzial, weshalb sich ein virtuelles Bauamt für jede Baurechtsbehörde lohnt. Als bürgernahe Dienstleistung wird die Digitalisierung des Bauantrags vom Onlinezugangsgesetz (OZG) ohnehin gefordert. Aktuell werden die Bauordnungen und Bauvorlagenverordnungen bundesweit auf digitale Verfahren umgestellt. Ab 2022 wird voraussichtlich die Landesbauordnung in Niedersachsen das digitale Verfahren als Regelfall definieren.

Daher beschäftigen sich viele Kommunen derzeit mit der Auswahl solcher Online-Systeme. Dabei sollten einige wichtige Aspekte beachtet werden. Dazu gehört etwa, dass die Lösung geführte Prozesse und eine bi-direktionale Kommunikation anstelle reiner Formulare bietet. Denn die meisten Bauanträge werden selbst von professionel-



Das komplexe Verfahren Baugenehmigung lässt sich digital optimieren.

len Nutzern unvollständig eingereicht. Zum einen sind manche Anträge so komplex, dass schlichtweg Angaben oder Anlagen fehlen. Zum anderen sind manche Beteiligte in einem digitalen BGV wenig vertraut mit dem konkreten Ablauf des Prozesses oder ungeübt in der Nutzung komplexer Online-Lösungen. Es ist also wichtig, dass ein virtuelles Bauamt nicht nur die notwendigen Formulare bereitstellen und entgegennehmen kann, sondern alle Benutzer durch den gesamten Antrags- und Genehmigungsprozess führt.

Ziel muss es sein, aus dem Antrag möglichst schnell ein prüfbares Baugesuch zu machen. Dafür sollte die Lösung eine ganzheitliche Klammer um das gesamte Verfahren bil-

den, die vielen Abhängigkeiten und unterschiedlichen Arbeitsstände übergreifend und langfristig verwalten und eine sichere und schnelle digitale Kommunikation in beide Richtungen erlauben. In der Praxis hat sich gezeigt, dass über virtuelle Bauämter, welche die Nutzer mit einem hohen Maß an Benutzerfreundlichkeit stringent durch den Prozess führen, Anträge in sehr hoher Qualität in der Verwaltung ankommen. Wer sparen will, investiert also in Nutzerfreundlichkeit.

Digitale Antragsunterlagen und Bauvorlagen ziehen zwingend die digitale Fachstellenbeteiligung sowie die digitale Einsichtnahme oder Beteiligung von Nachbarn nach sich. Daher ergibt nur eine digitale Bescheiderstellung Sinn. Alles an-

dere bedeutet einen enormen Aufwand, weil x-fach ein Berg an Unterlagen mit im ungünstigsten Fall vielen A0-Plänen ausgeplottet, versendet und weiterbearbeitet werden muss. Die Bauordnung benennt zudem klar alle potenziell Beteiligten in einem BGV. Auch jede Gruppe an Beteiligten, die nicht in das virtuelle Bauamt einbezogen werden kann, erzeugt den oben skizzierten Medienbruch mit allen bekannten Problemen. Dieser Aufwand und der damit verbundene Zeitverzug konterkarieren den Grundgedanken des virtuellen Bauamts. Es ist damit ein wichtiges Kriterium für die Wirtschaftlichkeit, dass alle verwaltungsinternen und -externen Beteiligten – also beispielsweise auch Statiker oder andere Behörden wie der Denkmalschutz oder das Amt für Wasserwirtschaft – digital einbezogen werden können.

Jedes Bauamt wird in der Regel bereits ein Software-Paket für das BGV nutzen. Das virtuelle Bauamt ergänzt diese interne Software-Lösung um die Kommunikation und Prozesssteuerung nach außen zu Bauherren, Architekten, Gutachtern und anderen Behörden. Die Anbindung des virtuellen Bauamts an das BGV-Fachverfahren muss auf Basis des Standards XBau erfolgen, der mit Beschluss des IT-Planungsrats und der Bauministerkonferenz verpflichtend geworden ist. Dieser Standard bildet eine wohldefinierte Daten- und Prozess-Schnittstelle zwischen verschiedenen Systemen ab und bietet der Kommune technische und rechtliche Sicherheit. Er macht die Baurechtsbehörde zudem flexibel, wenn sie später einmal eine der beiden Lösungen austauschen will. Empfehlenswert ist eine

Lösung für das virtuelle Bauamt nur, wenn sie die jeweils aktuelle Version des Standards mit den relevanten Nachrichtengruppen umfassend unterstützt. Der aktuelle Standard XBau 2.2 bezieht beispielsweise mit der Nachrichtengruppe 0300-0303 die oben genannte Beteiligung nachgelagerter Behörden wie dem Denkmalschutz oder dem Wasserrecht ein. Aber bei Weitem nicht alle Anbieter sind bereits auf diesem Stand. Unterstützt ein Online-System diesen Teil des Standards nicht, muss die Baubehörde den schlanken digitalen Prozess erneut mit manuellen Strecken aufblähen.

Kommunen sind dazu verpflichtet, Änderungen an der Gesetzgebung und an Verordnungen fristgerecht umzusetzen. Komplexe Verfahren, die wie die Baugenehmigung in viele Bereiche hineinreichen, werden auch in Zukunft stets vielen Veränderungen unterliegen. Kommunen müssen sich also darauf verlassen können, dass die von ihnen eingesetzten Lösungen schnell mit den Veränderungen mitgehen können. Dazu muss die genutzte Software flexibel anpassbar und veränderbar sein. Ein leicht zu überprüfendes Kriterium ist das Commitment des Software-Herstellers zum Thema. Arbeiten beispielsweise Vertreter des Anbieters in den wichtigsten Arbeitskreisen und Gremien zum virtuellen Bauamt und zur Digitalisierung im Baugenehmigungswesen mit, dann sind sie frühzeitig über Neuerungen informiert und können ihre Lösungen proaktiv anpassen.

Zunehmend wichtig wird darüber hinaus das Thema digitale Signatur. Denn digitale Prozesse entfalten in

der Verwaltung besonders dann ihre Effizienz, wenn eine vollständig elektronische Aktenführung möglich ist. Zum digitalen Bauantrag können viele unterschiedliche Personen digitale Dokumente beitragen. Für ausreichende Rechtssicherheit und zur Sicherung der Verfahren sehen viele Landesbauordnungen die qualifizierte Signatur von Dokumenten vor. Sinnvoll ist es, diese bereits bei der Antragstellung sorgfältig zu prüfen und ungültige Signaturen gar nicht erst zu akzeptieren. Hierfür sollte die Lösung für das virtuelle Bauamt bewährte Prüfverfahren für digitale Signaturen wie etwa das entsprechende Governikus-Angebot integrieren.

Ein virtuelles Bauamt spielt in der Digitalisierungsstrategie einer Kommune eine wichtige Rolle, steht aber nicht allein. Für die Akzeptanz von digitalen Angeboten bei Bürgerinnen und Bürgern sowie in Unternehmen ist es wichtig, dass sich das gesamte Angebot mit homogener Optik und einheitlichem Nutzungsmuster präsentiert. Es ist somit von Vorteil, wenn die Plattform, auf der das virtuelle Bauamt basiert, auch für andere Online-Anträge der Kommune genutzt werden kann. Da die Kommunen durch das OZG bis Ende 2022 verpflichtet sind, alle wesentlichen Anträge auch digital anzubieten, sollten sich in diesem Bereich bereits einige Synergien ergeben. So lassen sich etwa Komponenten wie Bürgerkonten, E-Payment-Routinen, XFall-Schnittstellen oder die Anbindung des Zuständigkeitsfinders wiederverwenden.

Bernd Hoeck ist freier Journalist und IT-Experte.

Anwender der ersten Stunde

Nadja Müller

Im rheinland-pfälzischen Offenbach an der Queich begann die Digitalisierung schon im vergangenen Jahrtausend: Seit Mitte der 1990er-Jahre nutzt die Verbandsgemeinde ein Ratsinformationssystem. Heute wird darüber das gesamte Sitzungsmanagement abgewickelt.

Für das Sitzungsmanagement setzt die rheinland-pfälzische Verbandsgemeinde Offenbach an der Queich seit Mitte der 1990er-Jahre auf das Ratsinformationssystem (RIS) more! rubin des Anbieters more! software – und zählt damit zu den Kunden der ersten Stunde.

Die Verwaltung der Verbandsgemeinde mit ihren rund 14.000 Einwohnern umfasst die Ortsgemeinden Bornheim, Essingen, Hochstadt und Offenbach an der Queich. Fünf Gremien treffen hier in Ausschüssen die Entscheidungen. Das Ratsinformationssystem diente der Kommune zunächst zur Abwicklung des kommunalen Sitzungsdienstes. Damals wurden Niederschriften noch mit der Schreibmaschine erstellt und via Boten übermittelt. Mithilfe des RIS konnten diese am Computer erstellt werden, ebenso die Sitzungseinladungen. Etwa fünf Jahre später deckte das Tool dann auch die Sitzungsgeldabrechnung ab, indem es auf das Stammdatensystem der Gemeinde zurückgriff und so erkannte, wer eingeladen und wer anwesend war.

Heute erfolgen über das Ratsinformationssystem der Verbandsgemeinde auch die Sitzungsplanung, die Erstellung der Tagesordnung

und die Bekanntmachung für das öffentliche Amtsblatt. Die Verwaltungsmitarbeiter können Beratungsvorlagen für Sitzungen und Ausschüsse in einem Dokument zusammenführen. Dieses wird dann von den Verantwortlichen in der Verwaltung freigegeben und kann von den Rats- und Ausschussmitgliedern digital und ortsunabhängig abgerufen werden. Damit sind per Post verschickte Sitzungsunterlagen obsolet geworden.

Das Angebot an die Ratsmitglieder, Sitzungsunterlagen in Papierform zu erhalten oder digital darauf zuzugreifen, lief in Offenbach an der Queich viele Jahre parallel. Seit der vergangenen Wahlperiode ab dem Jahr 2016 liegt der Fokus allerdings auf dem Digitalen – vor allem bei den Nutzern findet ein Umdenken statt. Sie greifen inzwischen lieber auf das digitale Angebot zu. Es besteht aber kein Zwang: Wer möchte, kann die Unterlagen weiterhin postalisch beziehen.

Die Verbandsgemeinde hatte zuvor eine Beispielrechnung für die Entscheidungsgremien erstellt und gezeigt, dass es günstiger ist, Tablets anzuschaffen, mit denen sich das digitale System nutzen lässt, als dauerhaft Sitzungsvorlagen auszudrucken und mit der Post zu versen-

den. Die Kommune erwarb die Endgeräte zunächst im Rahmen einer Sammelbestellung und gab sie als Leihgabe an die Gremienmitglieder heraus. Seit 2019 wird der Kauf bezuschusst, da zahlreiche Mitglieder bereits eigene Geräte besitzen. Die Verbandsgemeinde bietet zudem Hilfe bei der Installation und Unterstützung bei der Nutzung der Software an. Regelmäßig werden Schulungen durchgeführt, um etwa neuen Mitarbeitern zu zeigen, wie Planung und Schriftführung im System funktionieren. Rund 50 Verwaltungsmitarbeiter nutzen das RIS, dazu weitere rund 100 Ratsmitglieder.

Im Herbst 2020 hat sich die Verbandsgemeinde für das Zusatzmodul Live-Voting entschieden. Es erlaubt die Durchführung von pandemiebedingt notwendig gewordenen virtuellen Ratssitzungen. Hierfür mussten zunächst die gesetzlichen Gegebenheiten geschaffen und die Gemeindeordnung geändert werden. Ratsmitglieder können mithilfe des Tools wie in einer normalen Sitzung abstimmen. Der Vorsitzende ruft die Ergebnisse ab und es ist jederzeit nachvollziehbar, wer wie abgestimmt hat. In einem gewissen Zeitraum können die Mitglieder ihr Stimmergebnis einsehen und korrigieren. Das Tool folgt dem bekann-

ten Aufbau des RIS more! rubin, was eine gute Benutzerfreundlichkeit bedeutet: Ganz allgemein wird die Bedienbarkeit des Ratsinformationssystems von den Anwendern in Offenbach an der Queich als einfach, schlüssig und nachvollziehbar empfunden.

Der Einsatz des RIS bringt der Verbandsgemeinde also viele Vorteile. Durch die Bündelung von Sitzungsplanung und -nachbearbeitung sowie Sitzungsgeld werden alle Prozesse von der Einladung, über die Niederschrift bis hin zur Abrechnung transparent und nachvollziehbar. Der Aufbau des Tools ist sinnvoll und erleichtert die Recherche, da alle Informationen in einem System vorgehalten werden – Unterlagen müssen somit nicht

mehr aufwendig in verschiedenen Aktenschränken gesucht werden. Die Workflows gestalten sich mithilfe des RIS gleichmäßig und medienbruchfrei. Für Ausschusssitzungen steht ein Grundgerüst mit Tagesordnungspunkten und gleichem Aufbau, Grunddaten und Sitzungsmitgliedern zur Verfügung: Das Tool spart Zeit, da auf Vorlagen zurückgegriffen werden kann und die Vorbereitung nicht für jede Sitzung bei Null starten muss. Auch der gesunkene Papierverbrauch macht sich als große Kostenersparnis bemerkbar.

Die Verwaltung der Verbandsgemeinde hat die Entwicklung des Tools nun seit knapp 25 Jahren begleitet. Die Gestaltung ist moderner geworden, neue Funktionen kamen

hinzu, Grundaufbau und Prinzip haben sich aber nicht verändert. Die lange Zeitspanne zeigt, dass die Zusammenarbeit der Kommune mit Hersteller more! software funktioniert. „Gerade beim Online-Voting hat sich gezeigt, dass in der Praxis Funktionsanpassungen notwendig waren“, so Diana Cavalari von der Verbandsgemeindeverwaltung. Die Anwendung wurde daraufhin zeitnah optimiert. Das Sitzungsmanagement-Tool more! rubin hat sich also mit den Bedürfnissen der Gemeindeverwaltung weiterentwickelt. Die Verbandsgemeinde spart damit Zeit und Geld und bietet den Ratsmitgliedern ein Mehr an Service.

Nadja Müller ist IT-Journalistin in Weinheim.

Anzeige



Der OZG-Adapter

Das Regelwerk für die Kommunikation zwischen den Online-Diensten und den Fachverfahren der Verwaltungen in Deutschland.



Berührungsängste abbauen

Sven Kamin

Gremienunterlagen sind in der schleswig-holsteinischen Stadt Wedel seit rund einem Jahr vollständig digital verfügbar. Das spart nicht nur Papier und Zeit, sondern ermöglicht den Mandatsträgern auch ein effizientes Arbeiten.

Viertausend Seiten Papier pro Ratsmitglied im Jahr gespart und die Sitzungsunterlagen überall verfügbar – die im südlichen Schleswig-Holstein gelegene Stadt Wedel leistet mit dem Einstieg in das papierlose Sitzungsvorlagen-Management nicht nur einen sichtbaren Beitrag zum Klimaschutz. Durch die Möglichkeit, mit der Software ALLRIS 4 von Anbieter CC e-gov auf digitale Weise immer auf die aktuellste Version der Unterlagen zugreifen zu können, kann die Arbeitszeit der Mandatstragenden auch effizienter genutzt werden. Zeitraubendes Ausdrucken oder Versenden von Unterlagen entfällt, womit mehr Zeit bleibt, sich auf Sachfragen zu konzentrieren. Das eröffnet der Stadt Wedel auch die Chance, ihre digitalen Verwaltungsstrukturen insgesamt auszubauen. Die Einführung des papierlosen Sitzungsvorlagen-Managements fungiert dabei durchaus als Pilotprojekt für alle Verwaltungsbereiche, da die Erstellung und Aktualisierung der Vorlagen automatisch in sämtliche Verwaltungsbereiche ausgreift und hilft, Berührungsängste abzubauen. Die Papierersparnis durch den digitalen Workflow ist auch deshalb so erheblich, weil die Unterlagen nach Aktualisierungen nicht immer wieder neu ausgedruckt werden müssen.



Von Blättern befreit: Gremienunterlagen sind in Wedel komplett digital verfügbar.

Bereits seit knapp 15 Jahren arbeitet die Stadtverwaltung Wedel mit einer Software für die Erstellung von Sitzungsunterlagen sowie die Vor- und Nachbereitung von Sitzungen. Im Jahr 2018 wurde dann die Bereitstellung digitaler Sitzungsunterlagen für die Gremiumsmitglieder eingeführt. Zwar haben sich zu diesem Zeitpunkt nur Wenige weiterhin für die Nutzung von Papierunterlagen entschieden, allerdings wurde auch die zugehörige App für das Sitzungswesen eher verhalten genutzt. Für einen längeren Übergangszeitraum mussten daher auch für die Digitalnutzer zusätzlich Papierunterlagen bereitgestellt werden. Deshalb beschloss die Stadtverwaltung Wedel im Jahr

2019, auf die Software ALLRIS 4 umzusteigen.

Ab Mitte Februar 2019 tagte nach Bereitstellung der Stammdaten zunächst wöchentlich ein Projektteam aus jeweils zwei Mitarbeitenden des Software-Anbieters und der Stadt Wedel. Dabei wurden die Stammdaten aufbereitet, die Vorlagen und andere Dokumente angepasst, das Rechte- und Rollenkonzept eingearbeitet sowie die Sitzungsvor- und -nachbereitung an die Wedeler Verhältnisse angepasst. Coronabedingt kam es zu Verzögerungen, sodass die knapp 60 Mitarbeitenden, die in Wedel für die Vorlagenerstellung und die Gremienbetreuung verantwortlich sind,

erst im Mai 2020 geschult werden konnten. Nachdem sämtliche Sitzungsunterlagen aus dem alten System in ALLRIS 4 übertragen waren, konnte die Verwaltung im Juni 2020 in den Echtbetrieb starten. Dank des digitalen Workflows mussten die Vorlagen nicht mehr ausgedruckt werden.

Allerdings ergab es wenig Sinn, die Gremiumsmitglieder noch vor der Sitzungspause im Sommer zu schulen. Die mit ALLRIS 4 erstellten Sitzungsunterlagen wurden daher zunächst noch im alten System eingestellt. Nach den Schulungen im September konnten die Gremiumsmitglieder dann zeitnah die ALLRIS-App im Echtbetrieb nutzen. Eine Übergangszeit mit zusätzlichen Papierunterlagen wurde nur

noch bis zum Jahresende 2020 eingeräumt. Erfreulicherweise erklärten einige Politiker gleich nach der Schulung oder ersten Sitzung ihren Verzicht auf die Papierunterlagen.

Durch die Corona-Pandemie sind viele Sitzungen ausgefallen. Im März 2021 fanden dann erstmals Sitzungen statt, in denen die Digitalnutzer auf die App angewiesen waren. Die Rückmeldungen aus den Reihen der Politik waren durchweg positiv. Auch die Mitarbeitenden zeigten sich überwiegend zufrieden mit der Anwendung. Ungewohnt war das Arbeiten mit einem digitalen Workflow zur Genehmigung der Vorlagen. Speziell für diejenigen Beschäftigten, die selten mit ALLRIS arbeiten, hat die Stadt Wedel zusätzlich zu den ausführlichen

Handbüchern des Software-Anbieters eigene Anleitungen erstellt, die auch Eigenarten der Kommune berücksichtigen.

Sven Kamin ist bei der Stadt Wedel zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Profil

● **Wedel**

Bundesland:
Schleswig-Holstein

Landkreis:
Pinneberg

Einwohnerzahl:
34.500

Bürgermeister:
Niels Schmidt (parteilos)

Web-Präsenz:
www.wedel.de



Das Projekt: Bereits seit einem Jahr nutzt die Stadt Wedel die Software ALLRIS 4 von CC e-gov. Gremium-Unterlagen sind seitdem vollständig digital und immer auf dem aktuellsten Stand verfügbar.

Anzeige



Das perfekte Duo für die Gremienarbeit

Sitzungsdienst und Ratsinformation von regisafe

Bereits bei 400 Verwaltungen deutschlandweit im Einsatz: Entscheiden auch Sie sich für das unschlagbare Duo aus Sitzungsdienst und Ratsinformationssystem von regisafe. Mehr erfahren unter: www.regisafe.de/ratsinformationssystem

Gremienarbeit ohne Druck

Alexander Meixner

Die Stadt Maulbronn hat sich für den Umstieg auf ein modernes Sitzungsmanagement entschieden. Die Folge: Weniger Papier, mehr Flexibilität und eine effiziente Verwaltung.

Der Gemeinderat in Maulbronn hat sich für das Sitzungsmanagement

SD.NET entschieden. Die von der Bielefelder Firma Sternberg entwickelte Software ist deutschlandweit in zahlreichen Städten und Gemeinden im Einsatz. „Mit einigen dieser Kommunen sind wir in Kontakt getreten“, berichtet Isabelle Schiffer von der Geschäftsstelle des Gemeinderats Maulbronn. „So haben wir mehr über die einzelnen

Funktionen des Systems erfahren und konnten es mit ähnlichen Programmen vergleichen. Letztendlich hat uns SD.NET überzeugt und so kamen wir dem Wunsch unseres Gemeinderats nach, ein System zu finden, mit dem eine papierlose Gremienarbeit möglich ist.“

Ein wichtiges Argument sei die unkomplizierte Bedienung des Systems gewesen. Auch die durchdachte Menüführung sowie die Möglichkeit, eine intensive Schulung für alle Anwender zu erhalten, hätten für das Programm gesprochen. „Natürlich hat der Funktionsumfang eine mindestens ebenso große Rolle bei der Entscheidungsfindung gespielt“, meint Schiffer. Über

SD.NET lassen sich unter anderem Sitzungen vor- und nachbereiten, Beschlüsse im Internet veröffentli-



Sitzung des Gemeinderats Maulbronn.

chen und Dokumente digital bearbeiten. „Da wir die Anwender mit Tablets ausgestattet haben, können wichtige Prozesse mobil, sicher und ortsunabhängig erledigt werden“, so Schiffer weiter. In den Sitzungen selbst werde kaum Papier verwendet, da alle Mitglieder des Stadtrats die Sitzungs-App iRICH nutzen. Über diese ist unter anderem eine Recherche im Archiv sowie das Erledigen von Mitzeichnungen, Umlaufbeschlüssen oder Protokollgenehmigungen möglich.

Verschiedene Zusatzmodule wie der Workflow+ ergänzen das System um weitere Funktionen, mit denen viele Prozesse in der Verwaltung schlanker gestaltet werden

können. „Mit SD.NET haben wir im Prinzip alles, was wir für die digitale Bearbeitung unserer Unterlagen benötigen. Außerdem ist es sehr flexibel und an unsere Anforderungen angepasst“, sagt Isabelle Schiffer. Ein wichtiger Aspekt bei der Implementierung war eine klare Rollenverteilung. Denn nur wenn die richtige Person zur passenden Zeit die richtigen Zugriffsberechtigungen hat, ist ein effizientes und sicheres Arbeiten möglich. „Sternberg hat

das berücksichtigt und im Verlauf einer engen Zusammenarbeit konnten alle Daten der Personen, Gremien und Nutzer sauber in das neue System übertragen werden.“

Da das System erst seit Kurzem im Einsatz ist, sei es für ein abschließendes Fazit noch zu früh. „Klar ist aber, dass wir bereits jetzt sehr viel Zeit bei der Vorbereitung unserer Sitzungen sparen und die einzelnen Workflows wesentlich strukturierter gestaltet sind“, betont Isabelle Schiffer. „Bisher hat SD.NET unsere Erwartungen auf jeden Fall mehr als erfüllt.“

Alexander Meixner ist Leiter des Hauptamts der Stadt Maulbronn.

A background image showing a man and a woman in a professional office setting. The woman is smiling and looking at a laptop, while the man is looking towards her. There are decorative white lines and dots overlaid on the right side of the image, suggesting a network or digital theme.

Kompetent an jedem Punkt.

Ihr Login zur Digitalisierung.

Starten Sie mit uns in die Zukunft Ihrer Verwaltung. Wir planen und realisieren intelligente Informations- und Kommunikationslösungen für Gemeinden, Städte, Landkreise und Verbände. Wir machen aus Digitalisierung Bürgernähe und intelligente Verbindungen, die die Verwaltungsarbeit beschleunigen. Durch unsere einzigartige Bündelung von Leistungen und Services sorgen wir vom Anfang bis zum Rechenzentrum für vernetzte Prozesse und Sicherheit. Weitere Informationen unter: www.ekom21.de

Die Digitalisierung stockt

Eugen Ehmann

Bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen gehörte das Meldewesen zu den Vorreitern. Doch inzwischen gerät die Entwicklung ins Stocken. Auf der 10. RISER-Konferenz zum Meldewesen wird diskutiert, wie die Digitalisierung wieder Fahrt aufnehmen kann.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) weckt bei Wirtschaft und Bürgern große Hoffnungen. „Bund und Länder sind verpflichtet ... ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten.“ So verkündet es vollmundig gleich der erste Paragraf des Gesetzes. Diese Pflicht erstreckt sich jedoch nur auf bereits vorhandene Verwaltungsleistungen. Sie geht dagegen nicht so weit, dass sinnvolle Verwaltungsleistungen neu geschaffen werden müssten.

Wer die aktuelle Anschrift eines Schuldners sucht, der im Bundesland Brandenburg wohnt, wird den Unterschied rasch begreifen. Praktisch wäre es für ihn, über ein zentrales Portal zu recherchieren, das alle Einwohner Brandenburgs nachweist. Den dafür notwendigen Datenbestand gibt es sogar, nämlich in Form des Landesmelderegisters. Allerdings ist ein Zugriff darauf ausdrücklich nur für Behörden möglich. Privatpersonen, auch Gläubigern, bleibt lediglich, sich an die rund 200 Meldebehörden des Landes zu wenden. Wohlgermerkt, an jede einzelne von ihnen. Manche

Meldebehörden, etwa die Stadt Potsdam, bieten zumindest für ihr eigenes Melderegister eine Online-Melderegisterauskunft an. Die



Digitale Melderegisterauskünfte würden viel Papier sparen.

meisten tun dies aber nicht. Das OZG bietet dem vermutlich zunehmend verzweifelnden Gläubiger in dieser Situation lediglich einen dürftigen Trost. Alle Meldebehörden müssen künftig den Weg eröffnen, Anträge auf Melderegisterauskunft in elektronischer Form zu stellen. Dass die Auskünfte dann auch elektronisch erteilt werden müssten, ordnet das Gesetz jedoch nicht an. Briefpost von der Meldebehörde als Antwort reicht also auch künftig aus.

Beim bedingten Sperrvermerk gab es seit der vergangenen RISER-Konferenz zum Meldewesen vor drei Jahren zumindest einen teilweisen

Fortschritt. Um ihn einordnen zu können, sei noch einmal vor Augen geführt, was ein bedingter Sperrvermerk bewirkt. Er verhindert insbesondere, dass eine einfache Melderegisterauskunft elektronisch erteilt werden kann. Anstelle einer Antwort auf seinen Antrag erhält der Antragsteller eine neutrale, sprich: nichtssagende Auskunft. Sie lässt völlig offen, ob der Einwohner nicht gefunden wurde oder ob sich vor einer etwaigen Auskunft erst noch ein individuelles Prüfungsverfahren

anschließt. Dieses beginnt mit einer Anhörung des Betroffenen auf dem Postweg. Erst danach entscheidet die Meldebehörde, ob sie die Auskunft erteilt. Die gesamte Prozedur zieht sich dabei regelmäßig über vier bis sechs Wochen hin. Eingetragen wird der bedingte Sperrvermerk von Amts wegen – also ohne Antrag der betroffenen Person – für Einwohner in bestimmten Einrichtungen. Zwar wurden die Justizvoll-

Link-Tipp

Weitere Informationen zur 10. RISER-Konferenz zum Meldewesen unter:

- www.riserid.eu/konferenz

zugsanstalten zum April dieses Jahres aus der Liste der Einrichtungen herausgenommen, bei denen bedingte Sperrvermerke einzutragen sind. Für Bewohner und Bewohnerinnen von Pflegeheimen ist er allerdings erhalten geblieben. Je älter die Bevölkerung im Durchschnitt wird, desto größer wird diese Personengruppe. Ihr gesundheitlicher Zustand ist oft ausgesprochen schwierig. Ein Anhörungsschreiben der Meldebehörde können die Betroffenen persönlich so gut wie nie beantworten. Es kommt in der Praxis zudem allenfalls in exotischen Einzelfällen vor, dass der Bewohner eines Pflegeheims etwas vorzutragen wüsste, das einer einfachen Melde-registerauskunft entgegenstehen könnte. Dennoch beharrt der Gesetzgeber bisher darauf, dass für diese Menschen ein bedingter Sperrvermerk einzutragen ist.

Dass „gut gemeint“ nicht immer „gut gemacht“ bedeutet, könnte sich rasch bei der Auskunftssperre wegen Gefährdung zeigen. Bislang legen die Gerichte bei den Voraussetzungen für eine solche Sperre

strenge Maßstäbe an. Ihr völlig zu treffendes Argument: Eine Häufung von Auskunftssperren gefährdet tendenziell die Funktionsfähigkeit der Melderegister. Gerade diese strikte Rechtsprechung war für den Gesetzgeber Anlass, die Maßstäbe für die Eintragung einer Auskunftssperre zu senken. Künftig soll ausdrücklich berücksichtigt werden, ob der Antragsteller einem Personenkreis angehört, der „allgemein in einem verstärkten Maß Anfeindungen ausgesetzt ist“. Das zielt vor allem auf die Gruppe der Kommunalpolitiker. Der Gesetzgeber sieht mit Sorge, dass sie zum Teil übelsten Drohungen ausgesetzt sind. Selbst tätliche Übergriffe kommen immer wieder vor. Kommunalpolitikerinnen und -politiker sollen künftig deutlich leichter als bisher eine Auskunftssperre wegen Gefährdung erhalten können.

Sie werden in der neuen Regelung allerdings nicht ausdrücklich als die Personengruppe genannt, um die es geht. Vielmehr hat der Gesetzgeber die Voraussetzungen für eine Auskunftssperre wegen Gefährdung

allgemein aufgeweicht. Zu fürchten ist, dass sich bald alle möglichen Personengruppen bedroht fühlen. Zudem erscheint es nicht realistisch, dass eine Auskunftssperre gerade einen Kommunalpolitiker effektiv schützen könnte. Wirklich helfen würde stattdessen eine konsequente Strafverfolgung im Einzelfall. Sie lässt sich nicht durch eine Auskunftssperre wegen Gefährdung ersetzen.

Problematische Entwicklungen im Meldewesen, die der Diskussion bedürfen, gibt es also genug. Nicht vergessen sollte man darüber, welche Leistungen die Meldebehörden jeden Tag für die Allgemeinheit erbringen. Zahlreiche elektronische Auskünfte an Sicherheitsbehörden haben schon oft zu Ermittlungserfolgen beigetragen. Und automatische Datenübermittlungen an weitere Behörden ersparen den Bürgerinnen und Bürgern viel Schriftverkehr. Diese Erfolge gilt es zu sichern und auszubauen.

Dr. Eugen Ehmann ist Regierungspräsident von Unterfranken.



Link zur Identität

Stephan Hauber

Das Meldewesen zeigt: Die Digitalisierung zwischen Behörden funktioniert. Anders sieht es bei Online-Bürgerdiensten aus. Was fehlt, ist eine sichere und einfach nutzbare digitale Identität. Diese festzustellen, ist eine Aufgabe der Meldebehörden.

Das Meldewesen hat in den vergangenen 20 Jahren einen signifikanten Digitalisierungsschub erfahren. Alle 5.000 Meldebehörden kommunizieren sicher und beständig untereinander. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Behörden und Institutionen, die ebenfalls direkt und vor allem digital Daten von den Meldebehörden erhalten.

Darüber hinaus gibt es deutschlandweit die Möglichkeit für Behörden sowie Privatpersonen, Daten im Rahmen eines gesetzlich definierten Umfangs automatisiert abzufragen. Mit anderen Worten – es ist eine dezentrale Struktur entstanden, die die gestellten gesetzlichen Aufgaben mit hoher Qualität erfüllt. Voraussetzung für eine solche erfolgreiche Entwicklung waren zwei wesentliche Punkte: Standardisierung und Infrastruktur. Frühzeitig wurde mittels XMeld ein Standard etabliert. Damit war die Grundlage geschaffen, dass die verschiedenen IT-Systeme und somit die Meldebehörden miteinander kommunizieren konnten. Mit dem XMeld-Standard, der in verschiedenen Bereichen der Verwaltung adaptiert wurde – so etwa XPersonenstand oder XGewerbe –, war jedoch nur die Grundlage für automatisierte digitale Prozesse gelegt. Darüber hinaus musste die

Frage geklärt werden, wie die Daten sicher von einer Behörde zur anderen transportiert werden. Es bedurfte einer Infrastruktur, welche die sichere Übermittlung der Daten garantiert. Diese Infrastruktur ist weit mehr als ein Transportweg. Jede Nachricht musste nicht nur sicher transportiert werden, sondern es musste auch klar sein, wer Absender und wer Empfänger ist. So entstand der Protokollstandard OSCITransport mit der hinterlegten DVDV-Infrastruktur (Deutsches Verwaltungsdienste-Verzeichnis).

Auf Basis dieser Infrastruktur und der Standardisierung ist ein System entstanden, das jährlich hunderte Millionen an Nachrichten sicher und zielgenau überträgt. Somit stellen diese beiden Komponenten die Grundlage für den Digitalisierungserfolg im Meldewesen dar, denn darauf aufbauend wurden die IT-Systeme weiterentwickelt und die Digitalisierung umgesetzt. Leider werden die positiven Erfahrungen bei der derzeitigen Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) weitgehend ignoriert.

So erfolgreich die Digitalisierung zwischen den Behörden umgesetzt wurde, so wenig erfolgreich waren die Bemühungen, den Bürger online mitzunehmen. Natürlich sind On-

line-Vorgänge entstanden und werden partiell auch genutzt – eine Massenbasis wurde im Großen und Ganzen aber nicht erreicht. Wesentliche Ursache für diesen Misserfolg ist die offene Frage der Identität. Überall dort, wo die Verwaltung nicht genau wissen muss, wer ihr online gegenübersteht, wie etwa beim Wahlscheinantrag oder bei einfachen Melderegisteranfragen, werden pro Jahr bereits siebenstellige Fallzahlen erreicht. Ist allerdings das Wissen über die Online-Identität des Bürgers notwendig, bleibt derzeit nur der Einsatz des neuen Personalausweises. Dessen Nutzung ist trotz der technisch sehr guten Umsetzung und der gerade laufenden Ausweitung auf das Smartphone unbefriedigend. Die als alternativer Lösungsansatz gedachten Servicekonten sind aufgrund fehlender rechtlicher Eckpunkte (Thema Sicherheit) ungeeignet.

Im Bundesmeldegesetz steht, dass die Meldebehörde für den Nachweis der Identität und des Aufenthalts zuständig ist. Dabei wird offengelassen, in welcher Ausprägung die Identität zu verstehen ist. Es ist somit nicht nur legitim, sondern auch rechtlich zwingend, dass man auch die digitale Identität in der Aufgabenstellung der Meldebehörden subsumieren kann und muss.

Die derzeitige Diskussion dreht sich um eine große Vielzahl von technischen Lösungsansätzen, wie eine digitale Identität umgesetzt werden kann. Ob Wallets, Self-Sovereign Identity oder Account-Lösungen – all diese Ansätze werden in den nächsten Jahren einen Wettstreit um die beste Lösung führen. Möglicherweise werden die verschiedenen Ansätze auch gebraucht. Doch egal, welche Online-Aktivität umgesetzt wird, bei vielen dieser Vorgänge – nicht nur in der öffentlichen Verwaltung – muss der Diensteanbieter wissen, wer ihm gegenübersteht.

Deshalb ist es für viele Online-Aktivitäten erforderlich, auf eine digitale Identität zurückzugreifen, die über einen sicheren Link zur physischen oder analogen Identität verfügt. Nur dann weiß der Diensteanbieter, für wen er seinen Dienst bereitstellt.

Mit anderen Worten ist in der digitalen Welt in vielen Fällen die hoheitliche Bestätigung der Identität ebenso erforderlich wie in der

realen Welt. In vielen Fällen reicht es, dem Gegenüber eine Visitenkarte zu überlassen. Aber diese Daten sind nicht hoheitlich. Jeder kann sich eine solche Visitenkarte erstellen. Braucht man Verbindlichkeit, so muss man auf den Personalausweis zurückgreifen. Dort sind die hoheitlichen Daten festgehalten.

Auch in der digitalen Welt muss analog verfahren werden. Reicht ein normaler Account, so ist dies nicht zu beanstanden, verlangt der Dienst aber eine exakte Bestimmung des Gegenübers, so muss er sich die hoheitlichen Daten – bestätigt durch die Behörde – präsentieren lassen. Um die tatsächliche Person zu ermitteln, muss somit der Link zur physischen Identität erfolgen. Das kann nur die Stelle sein, die über die entsprechend gesetzlich geregelten Meldepflichten diese Identität nachweist – die Meldebehörde.

Somit muss die Voraussetzung dafür geschaffen werden, dass eine beliebige, auch digitale Identitäts-

feststellung über die Meldebehörde jederzeit möglich ist. Wie dieser Link ausgestaltet wird, ist technisch sicherlich in verschiedenen Varianten denkbar, etwa über einen Sicherheitstoken (PKI), eine Zwei-Wege-Authentifizierung oder eine Blockchain.

Auf alle Fälle muss der Bürger aber einmal bei einer Behörde vortreten, um die notwendige Verknüpfung zwischen digitaler und analoger Welt verbindlich herzustellen. Der neue Personalausweis kann diese Aufgabe zwar durchaus übernehmen, alles in allem ist seine Nutzung aber nach wie vor – auch auf dem Smartphone – zu komplex. Insofern muss der fehlende Link zumindest übergangsweise auf andere Art und Weise entwickelt werden. Noch fehlen die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen. Aus diesem Grund stellt das Meldewesen auch eine Bremse für die Digitalisierung dar.

Stephan Hauber ist Geschäftsführer HSH Soft- und Hardware Vertriebs GmbH, Ahrensfelde.

TeVIS [suite]

Kommunix
Software für Kommunen

Heute: Besucherleitsystem!

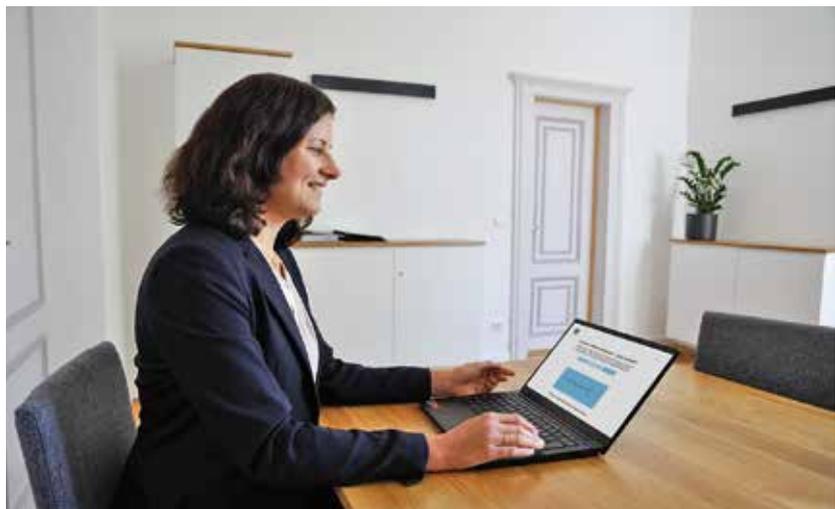
Gemeinde bleibt in Kontakt

Andres Dickehut

Um Bürgerinfoveranstaltungen und Gremiensitzungen auch während der Corona-Pandemie abhalten zu können, hat die Gemeinde Weßling das Videokonferenz-Tool Cloud1X Meet eingeführt. Die Lösung bietet auch abseits des Infektionsschutzes Vorteile.

Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie ließen die meisten Bürger allein auf weiter Flur, führten zu Absagen fast aller Events und stellten Arbeitgeber vor große Herausforderungen. Für Kommunen ist es aber auch in Pandemiezeiten unabdingbar, mit ihren Bürgern in Kontakt zu treten. In Weßling beschritt man deshalb digitale Wege. So entstand in der Gemeinde im oberbayerischen Landkreis Starnberg (5.500 Einwohner) eine funktionierende und Corona-konforme Konferenzmethode nach allen Regeln der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), die jeder Bürger nutzen kann. Denn Ratssitzungen und Bürgerabstimmungen, die das tägliche Leben jedes Einzelnen betreffen, lassen sich nicht auf unbestimmte Zeit verschieben.

Knapp 100 Mitarbeiter beschäftigt die Gemeinde Weßling, 20 davon in der Verwaltung. Weitere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in den Kindertageseinrichtungen, im Bauhof und in gemeindlichen Einrichtungen wie der Bücherei tätig. Astrid Kahle zeichnet als Geschäftsleiterin für die Verwaltung verantwortlich und arbeitet an der Schnittstelle zum Gemeinderat. Die strategische Aus-



Gemeinde Weßling will Videokonferenzen dauerhaft etablieren.*

richtung auf die Digitalisierung ist nicht erst seit Corona Thema. Über das Bürgerservice-Portal auf der Website der Gemeinde Weßling stehen bereits heute viele Dienstleistungen online parat, der Ausbau des Angebots wird stetig vorangetrieben. Mit den Pandemiebedingungen umzugehen, lernte Astrid Kahle im Marketing, in dem sie bis November 2020 tätig war. „Sämtliche Messen fielen weg. Dadurch gab es die ersten Online-Messen und auch der Rest des Onlinemarketings gewann massiv an Bedeutung. Die Schwerpunkte verlagerten sich komplett. Auch in unserer Arbeit“, so Kahle. Es erfolgte ein Ruck hin zur digitalen Kommunikation und Präsentation: Homeoffice und Videokonferenzen.

So blieb die Frage nach einem geeigneten Anbieter für rechtssichere Videokonferenzen, auch mit großem Publikum. Im Vordergrund stand dabei die DSGVO – alle Daten sollten in Deutschland bleiben, um die entsprechenden Gesetze befolgen zu können. Eine weitere Anforderung an das gesuchte System war die niedrighschwellige Anwendung, zu dessen Benutzung keine Software oder Plug-ins installiert werden müssen. Zudem sollten auch Mitarbeiter ohne entsprechende Erfahrungen ohne Hindernisse an Konferenzen teilnehmen können. Deshalb musste das Tool intuitiv bedienbar sein. Und da die Gemeinde auch

* im Bild: Astrid Kahle, Geschäftsleiterin Verwaltung bei der Gemeinde Weßling.

größere Meetings und Infoveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger über die Videokonferenzlösung abhalten wollte, musste diese des Weiteren eine große Teilnehmerzahl zulassen.

Die Entscheidung fiel Anfang März dieses Jahres zugunsten des Systems Cloud1X Meet powered by Jitsi Meet. Die Lösung des Anbieters Consultix erfüllt alle von der Gemeinde gestellten Anforderungen inklusive der großen Teilnehmerzahl. Einsatzbereiche sind Meetings mit externen Partnern, aber auch verwaltungsinterne Besprechungen mit Mitarbeitenden im Homeoffice, hausinterne Seminare und, am wichtigsten, die Bürgerinfoveranstaltungen. Seit Anschaffung der Lösung wurden mehrere solcher Veranstaltungen über Cloud1X Meet abgehalten. Die bislang größte war Anfang April eine Mobilfunk-Infoveranstaltung mit 70 Teilnehmenden – auf diese erhielt die Gemeinde viel positives Feedback.

Abgesehen vom Infektionsschutz bergen Veranstaltungen in digitaler Form noch weitere Vorteile: Die Bürger können bequem teilnehmen, ohne das Haus zu verlassen. Sie können die gesamte Präsentation am eigenen Bildschirm gut erkennen und über die Chat-Funktion Fragen stellen. Diese laufen gesammelt ein und werden vom Moderator zu gegebener Zeit weitergegeben. „Alles in allem finde ich eine Videokonferenz fast besser als den üblichen Weg einer Infoveranstaltung in einem Saal. Aus meiner Sicht ist das auch für die Zukunft eine Option“, ist Kahle überzeugt. Zur in Weßling genutzten Version gehört das Branding der Konferenz:

Sowohl das Wappen als auch der Name der Gemeinde prägen den ersten Eindruck der Teilnehmenden – laut Astrid Kahle echte Pluspunkte: „Das wirkt deutlich seriöser. So sieht man auf Anhieb, dass es unser Gemeinde-Tool ist.“ Für das erste Event hat die Gemeinde zur Sicherheit den Support zum System dazu gebucht, musste ihn aber nicht in Anspruch nehmen. Die Technik funktionierte reibungslos.

Die gesetzlichen Regelungen zu Hybridsitzungen sind zunächst befristet bis Ende 2022. Doch selbst wenn die Gremienmitglieder auf Dauer zum persönlichen Treffen zurückkehren, möchten Astrid Kahle und ihre Kollegen Cloud1X Meet in der Verwaltung und mit externen Partnern weiter nutzen. „Es spart

einfach viel Zeit, wenn man keine Anreise hat“, meint die Verwaltungsgeschäftsleiterin. „Auch digitale Bürgerinfoveranstaltungen bieten viele Vorteile: Beispielsweise haben Eltern, die Kinder betreuen und abends nicht fort können, auf diese Weise trotzdem die Möglichkeit, teilzunehmen. Aus meiner Sicht werden auch die beratenden Ausschüsse das System langfristig weiter verwenden – selbst wenn Präsenzveranstaltungen nach Corona wieder zunehmen.“ Darüber hinaus wird die Gemeinde Weßling das Videokonferenz-Tool ihren Bürgern zur Verfügung stellen – sei es für private Treffen oder für die Vereinsarbeit.

Andres Dickehut ist geschäftsführender Gesellschafter der Consultix GmbH.

Anzeige

Träumen Sie auch von elektrischen Schafen?

Sie sind ein Digital Native und lieben es mit neuen digitalen Formaten zu arbeiten. Sie haben Freude am Formulieren und schreiben gerne Texte. Idealerweise verbinden Sie beide Interessen und sind zudem engagiert, kontaktfreudig und offen für Neues. Dann sind Sie bei uns richtig!

Die Stadt Aalen sucht zum frühestmöglichen Zeitpunkt einen

Mitarbeiter (m/w/d) für die Online-Kommunikation und stellv. Leitung für das Presse- und Informationsamt

Kennziffer 0821/4

Es handelt sich um ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis in Vollzeit. Die Stelle ist nach A 12 LBesG BW / EG 11 TVöD bewertet. Der volle Ausschreibungstext sowie Näheres zur Stadt Aalen ist unter www.aalen.de/karriere zu finden.

Interesse? Dann nutzen Sie bitte bis **21. November 2021** die Möglichkeit, über das Bewerberportal auf www.aalen.de uns Ihre aussagekräftige Bewerbung zukommen zu lassen bzw. alternativ an personal@aalen.de. Für Fragen und Auskünfte steht Ihnen die Leiterin des Presse- und Informationsamtes, Karin Haisch unter Tel. 07361 52-1122 zur Verfügung.

www.aalen.de



Aalen

Hier findet
Karriere Stadt.



Glasfaser für alle

Im ländlichen Raum sind tragfähige Konzepte gefragt, die den flächendeckenden Breitband-Ausbau beschleunigt vorantreiben. Wie das geht, darüber sprechen im Interview Landrat Christoph Schauder und BBV-Geschäftsführer Manfred Maschek.

Herr Landrat Schauder, warum ist der beschleunigte Glasfaserausbau für den Main-Tauber-Kreis so wichtig?

Christoph Schauder: Wir müssen den ländlichen Raum wettbewerbsfähiger machen und uns möglichst rasch auf die Herausforderungen durch den demografischen Wandel, die Urbanisierung, die Digitalisierung und sich ändernde Märkte einstellen. Ziel ist zudem, die bestehenden Unterschiede der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land signifikant zu reduzieren. Die umweltschonende Glasfaser ist darüber hinaus Basis für die erfolgreiche Realisation von Klimaschutzprojekten im wirtschaftlichen und privaten Bereich.

Herr Maschek, wie kam es zur Zusammenarbeit der Breitbandversorgung Deutschland (BBV) mit dem Main-Tauber-Kreis?

Manfred Maschek: Die ersten Gespräche gab es Mitte 2020. In einem Contest mit zwei anderen Glasfaserunternehmen konnten wir uns in der Bürgermeisterdienstversammlung im Februar 2021 mit unserem Konzept einstimmig durchsetzen.

Schauder: Bei der Vorstellung der Unternehmen kristallisierten sich klare Unterschiede heraus, insbe-



Christoph Schauder

sondere hinsichtlich des flächendeckenden Ausbaus und der Vorvermarktungsquote. Dabei überzeugte BBV den Kreis und alle Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit der niedrigen Vorvermarktungsquote von 20 Prozent und der Zusage eines flächendeckenden Ausbaus bei Erreichen dieser Quote. Dass der Ausbau komplett eigenwirtschaftlich ohne Fördergelder privat finanziert wird, war das Sahnehäubchen.

Mit 20 Prozent hat BBV Deutschland einen neuen Maßstab bei der Vorvermarktung der Glasfaser gesetzt. Was machen Sie anders als andere?

Maschek: Wir sind ein Pionier des privatwirtschaftlichen Glasfaserausbaus und haben aus unseren langjährigen Erfahrungen bestimmte



Manfred Maschek

Schlüsse bei der Vermarktung und beim Ausbau gezogen. Auch wir haben nichts zu verschenken, denken jedoch im Sinne der potenziellen Kunden. Wesentlich ist das Vertrauen in eine Zukunftstechnologie, um die kaum jemand in den kommenden zehn Jahren herumkommt. Wer Kunden von der Glasfaser überzeugen will, muss die Hürden niedrig halten und durch echte Leistung überzeugen. Früher haben wir uns bei der Vermarktung lange von Ort zu Ort geschleppt, bis eine Vermarktungsquote von 35 oder 40 Prozent erreicht war. Unsere Wettbewerber machen das heute noch. Das bindet Ressourcen und kostet viel Zeit. Mit der kreisweiten Vermarktung sind wir jetzt in sehr überschaubarer Zeit bei 30 Prozent und können rasch mit Planung und Bau beginnen.

Die 30 Prozent Vermarktungsquote reichen aber nicht?

Maschek: Natürlich nicht. Im ländlichen Raum stößt man als neues Unternehmen auf Skepsis. Wenn dann aber die Bagger in den Straßen rollen, gibt es quasi kein Halten mehr. Andere Netzbetreiber kommen durch Open Access dazu. Die-

Schauder: Das Unternehmen BBV Deutschland verfolgt ein hochinteressantes Ausbaukonzept. Wir haben alle erlebt, wie kleinteilig und langatmig der eigentlich sinnvolle, geförderte Breitband-Ausbau in der Praxis sein kann. Allein hinter dem Wort Fleckenförderung verbergen sich die großen Herausforderungen wie mangelnde Zeit und steigende

wie komplex die aktuelle Förderung der so genannten Grauen Flecken ist und welche enormen personellen Ressourcen heute für die Beantragung von Fördermitteln erforderlich sind. Der Glasfaserausbau ist eine dringende Zukunftsaufgabe. Perspektivisch wollen und können wir nicht noch weitere zehn oder noch mehr Jahre auf Glasfaseran-

„Dass der Ausbau ohne Fördergelder privat finanziert wird, war das Sahnehäubchen.“

se werden uns nicht überbauen und wollen Marktanteile halten. Wir bauen daher vorausschauend flächendeckend und nicht nur selektiv straßenweise aus. Denn wir wollen, dass für unsere Partnerkommunen das sehr häufig vernachlässigte Thema Nachverdichtung nicht zum Problem wird.

Sie setzen auf einmonatige Vertragslaufzeiten für die Kunden. Warum?

Maschek: Auch das hat mit Vertrauen zu tun. Warum sollen wir versuchen, Kunden über Verträge lange an uns zu binden? Diese Zeiten sollten bei der Glasfaser endgültig vorbei sein. Wer ein überzeugendes Produkt hat, sollte dies zeigen und versuchen, seine Kunden anderweitig langfristig an sich zu binden. Die einmonatige Vertragsdauer ist in unseren Augen neben unseren symmetrischen Diensten von 300 Megabit bis hin zu einem Gigabit pro Sekunde ein absolutes Erfolgsmodell und wirkt sich in der Tat bei der Vermarktung extrem positiv aus.

Herr Schauder, wie sehen Sie den Ansatz von BBV aus dem Blick eines Landrats?

Ausbaukosten. Wir helfen Menschen in geografischen Extremlagen und können teilweise anderen Menschen in besser versorgten Gebieten erst nach Jahren an die Glasfaser bringen. Wir wissen von vielen Landkreisen und Zweckverbänden,

schlüsse für alle warten. Doch genau diese Zeiträume zeichnen sich nach Einschätzung aller Marktexperten und Verbände aus unterschiedlichsten Gründen gerade ab.

Interview: Thomas Fuchs

Ambitioniertes Breitband-Projekt

Im Main-Tauber-Kreis wird ein flächendeckendes Glasfasernetz gebaut. Das 135 Millionen-Euro-Projekt finanzieren die Firma BBV und deren Gesellschafter Infracapital komplett ohne Förderung.

Einen vielversprechenden Weg zur innerörtlichen flächendeckenden Glasfasererschließung gehen der Main-Tauber-Kreis, dessen 18 Städte und Gemeinden gemeinsam mit dem Unternehmen BBV Deutschland. Gemeinsam arbeiten alle eng bei Kommunikation, Vermarktung, Planung, Genehmigungsverfahren und Tiefbaumaßnahmen des Glasfaserausbau sowie der Nutzung vorhandener Telekommunikationsinfrastruktur zusammen. Ziel ist es, die Planung und den Ausbau nach der laufenden Vermarktung der Internet-Produkte von BBV rasch anzugehen. Die geplante Bauzeit beträgt drei bis vier Jahre. Das 135 Millio-

nen-Euro-Projekt finanzieren die Firma BBV und deren Gesellschafter Infracapital komplett ohne Förderung. Voraussetzung für den Ausbau im Main-Tauber-Kreis ist ausreichendes Interesse an der Zukunftstechnologie. Wenn während der seit August 2021 laufenden Vorvermarktung 20 Prozent aller Haushalte und Gewerbebetriebe einen Internet-Vertrag mit BBV abschließen, wird ausgebaut. Das Projekt ist ambitioniert. Denn der Main-Tauber-Kreis hat eine Fläche von rund 1.300 Quadratkilometern und mit über 130.000 Menschen die geringste Einwohnerdichte der 35 Landkreise in Baden-Württemberg.

Sichere Spielplätze

Jan Matussek/Joachim Becker

Um sichere Spielplätze zu gewährleisten, setzt die sächsische Kommune Delitzsch auf eine Lösung des IT-Dienstleisters P3N. Sie erleichtert die Spielplatzinspektion und schont dabei auch noch Umweltressourcen.

Für Städte und Gemeinden sind Spielplätze ein wertvolles Gut. Zugleich sind sie mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden: Eine regelmäßige Nutzung, Witterung, Vandalismus aber auch das Alter der Geräte sorgen für Verschleißerscheinungen. Am Beispiel der sächsischen Gemeinde Delitzsch wird deutlich, wie moderne IT-Systeme helfen können, das Spielplatz-Management effizienter zu gestalten, Kosten zu sparen und Haftungsrisiken zu senken. Seit 2019 setzt die Stadt für ihre operativen und Jahreshauptkontrollen erfolgreich auf die Leistungen eines Dienstleistungsspezialisten: Allein im Jahr 2020 führte ein Prüfer des Unternehmens P3N aus dem sächsischen Werdau 178 Inspektionen softwareunterstützt durch und dokumentierte sie rechtssicher in der firmeneigenen Software-Anwendung.

Die Große Kreisstadt Delitzsch ist mit ihren knapp 25.000 Einwohnern die größte Stadt im Landkreis Nordsachsen. Für die Lebensqualität ihrer Bevölkerung zu sorgen, ist das erklärte Ziel der Stadtverwaltung. Dazu gehören auch gepflegte und sichere Spielplätze. Zudem ist die Stadt wie alle anderen Kommunen verpflichtet, Kindern und Jugendlichen ausreichend Spielraum



Kontrolle eines Spielplatzes mit einer IT-Lösung von P3N.

zur Verfügung zu stellen und die Sicherheit auf diesen Flächen zu garantieren. Die Gesetzgebung macht den Städten und Gemeinden hierzu strenge Vorgaben. Um die Verkehrssicherung und Spielfreude auf den Spiel-, Sport- und Erholungsplätzen aufrechtzuerhalten, ist es die Aufgabe des Bauhofs, die Anlagen zu pflegen, sowie die Geräte regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu warten. Die Ergebnisse und Durchführung dieser Aufgaben gilt es akribisch zu dokumentieren, denn im Schadensfall drohen haftungsrechtliche und somit finanzielle Konsequenzen.

Es sollte der Anspruch eines jeden Spielplatzbetreibers sein, dass die Aufenthaltsräume und die sich

darauf befindlichen Geräte jederzeit gefahrenfrei sind und den jeweils aktuellen Normen entsprechen. Für eine Gemeinde wie Delitzsch ist somit die Zeit- und Personalbindung für die Spielplatzwartung nicht zu unterschätzen. Die Verantwortlichen waren in der Vergangenheit mit einer Vielzahl von Informationen konfrontiert, die wiederum zu Papierbergen und einem großen Verwaltungsaufwand führten: Die Zustandsanzeige der Spielplätze sowie der einzelnen Geräte galt es ebenso im Blick zu behalten wie die Bestandsanalyse und die daraus resultierende Bedarfsanzeige für Reparaturen und Neuanschaffungen. Die Handlungsanweisungen und die durchgeführten Maßnahmen wurden aufwendig handschriftlich

protokolliert und per gängiger MS Office-Software in einer nachvollziehbaren Historie erfasst. Zudem mussten die Sachbearbeiter alle Daten manuell sinnvoll strukturieren und die einzelnen Blätter in zahlreichen Ordnern archivieren.

Um die Arbeit zu optimieren, Papierberge aufzulösen und gleichzeitig größtmögliche Transparenz für die kommunalen Einrichtungen, die Stadträte und die Bevölkerung herzustellen, entschied sich die Kommune im Jahr 2019 für die Digitalisierung ihres Spielplatz-Managements. P3N unterstützte und beriet die Stadt in diesem Prozess. Zunächst erfassten die Verantwortlichen sämtliche 57 Spielräume in der Software des Anbieters. So erhielten sie einen ganzheitlichen Blick auf den allgemeinen Zustand der Spielplätze sowie auf Mängel und Risiken. Anschließend wurde ein Inspektionsplan erstellt, der sich aus Sicht- und Funktionskontrollen sowie einer jährlichen Hauptinspektion zusammensetzt. Inzwischen leitet die Software den qualifizierten P3N-Prüfer bei den regelmäßigen Spielplatzinspektionen anhand vorgefertigter Formulare gemäß DIN EN 1176 durch die Kontrolle. Der Zustand der Geräte wird in einem digitalen Mängelkatalog erfasst. Der zuständige Sachbearbeiter erhält die Information über erforderliche Maßnahmen ohne Zeitverlust. Die erstellten Dokumente sind tagesaktuell und rechtsicher.

Seit Einführung der Software profitiert die Gemeinde Delitzsch von den Vorteilen des digitalisierten Spielplatz-Managements. Die Verwaltung kann aufgrund der besseren Übersicht und der vereinfachten

Prozesse wesentlich effizienter arbeiten. So können zum Beispiel Textauszüge aus der Software einfach in die Auftragsformulare übernommen werden, notwendige Wartungen sind klarer absehbar und aufzubringende Kosten optimal kalkulierbar. Nebenbei sichert P3N durch geschultes Personal die DIN-konforme Prüfung der Spielplätze und versierte Nutzung der Prüfapplikation zu. Da der rechtssichere Bericht unmittelbar nach Verlassen des Spielraums vorliegt, kann der

Sachbearbeiter sofort die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Der jederzeit digital zugängliche Prüfbericht vereinfacht nicht nur die Arbeit der Verantwortlichen, mit der Reduktion von Papier leistet die Gemeinde auch einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Jan Matussek ist tätig in der Abteilung Bauhof, Servicegesellschaft der Stadt Delitzsch. Joachim Becker ist Bereichsleiter Software, Dienstleistungen bei der P3N AG.

Anzeige

axians

Infoma

Zeit für neue Perspektiven

Ihr Schritt zum **#smartverwalten**
Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich.
Erhalten Sie Einblicke, wie Verwaltungen durch digitalisierte Prozesse profitieren.

smartverwalten.de



smartverwalten.de

STUDIE ZUM DOWNLOAD:
Wie digital sind
deutsche
Verwaltungen?

Das erfahren Sie in einer von uns aufgegebenen bundesweiten Studie der Hochschule Harz.

Steuern mit Rundblick

Siamak Tahmasian

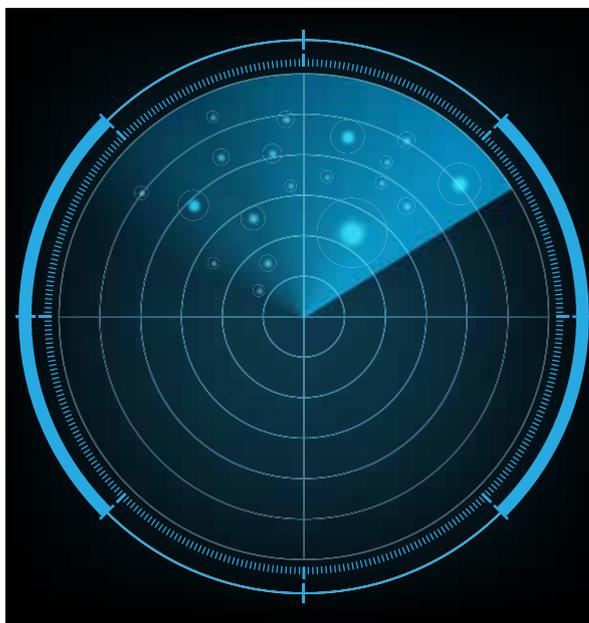
Bei knappen Ressourcen ist es wichtig, aus Daten die richtigen Schlüsse für Entscheidungen zu ziehen. Dabei helfen intelligentes Daten-Management und eine zentrale Analyseplattform, die aktuelle Informationen über alle Politikbereiche auf Knopfdruck auswertet.

Der Alltag der politischen Entscheidungsträger wurde während der Corona-Pandemie wie selbstverständlich durch Zahlen bestimmt. Ob Ansteckungsraten, Inzidenzen, Impfquoten oder Hospitalisierungsraten – die Corona-Krise hat in aller Deutlichkeit gezeigt, wie wichtig aussagekräftige Daten für fundierte Entscheidungen sind. Dabei ist auch deutlich geworden: Faktenbasierte Entscheidungen führen nicht nur zu wirksamen Maßnahmen, sondern sorgen auch für eine hohe Akzeptanz für das politische Handeln innerhalb der Bevölkerung.

durch Daten unterstützt, wenn die unterschiedlichen Datentöpfe mithilfe eines zentralen und übergrei-

chen Datensilos stecken und sich nur mit hohem manuellen Aufwand zusammenführen lassen. Das liegt

nicht zuletzt auch an der starken Heterogenität in den Systemlandschaften und fehlenden Standards bei der Verfügbarkeit und Strukturierung von Daten. Während einige Fachbereiche alle Daten komplett digital verfügbar haben, stützen sich andere Ableitungen noch auf analoge Informationsquellen oder werten ihre Daten mit Excel aus. Zudem fehlt häufig ein zentrales Data Warehouse, in dem die Daten aus den unterschiedlichen Fachbereichen zusammengeführt und systemübergreifend



360-Grad-Steuerung durch intelligentes Daten-Management.

Coronabedingt sind die finanziellen Handlungsoptionen durch die massiven Auswirkungen der Krise auf die öffentlichen Haushalte stärker begrenzt als in vergangenen Jahren. Vor dem Hintergrund steigender Anforderungen bei gleichzeitig knappen Kapazitäten und Ressourcen kommt der effektiven Nutzung von Daten für eine wirkungsvolle Steuerung auch langfristig eine zunehmend wichtige Bedeutung zu. Dabei gilt: Politische Entscheidungsfindung wird erst dann sinnvoll

finden Daten-Managements zusammengelegt und damit eine ganzheitliche Steuerung über alle Politikbereiche hinweg möglich wird. Auf den Punkt gebracht: Eine Steuerung nach dem 360-Grad-Prinzip.

Die Erfahrung zeigt jedoch: Viele Städte und Gemeinden schöpfen das Potenzial ihrer großen Datensätze noch nicht ausreichend aus. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, dass entscheidungsrelevante Daten in unterschiedli-

harmonisiert werden. Dadurch werden flexible und interaktive Analysen massiv ausgebremst. Viele Kommunen sind deshalb nicht in der Lage, auf Knopfdruck Daten auszuwerten, Entwicklungen zu simulieren, Zusammenhänge aufzudecken und vorausschauende Entscheidungen zu unterstützen.

Wie es gelingen kann, eine zentrale Plattform für bereichsübergreifende Analysen zu etablieren, zeigt ein Prototyp, den das SAP-Kunden-

beratungsteam Public & Energy gemeinsam mit PricewaterhouseCoopers Deutschland (PwC Deutschland) entwickelt hat. Es basiert auf der Lösung SAP Analytics Cloud, führt in Verbindung mit weiteren Services aus der Business Technology Platform relevante Daten zusammen und ermöglicht Entscheidungsträgern so, erforderliche Vorkehrungen auf der Grundlage datengestützter Erkenntnisse zu treffen. Das Cockpit ist modular aufgebaut und kann je nach Bedarf flexibel an konkrete Steuerungsbedarfe angepasst werden. Aktuell werden zum Beispiel folgende Handlungsfelder in dem Prototyp abgedeckt:

Haushalts- und Ressourcensteuerung: Das Dashboard für die Haushalts- und Ressourcensteuerung ermöglicht Entscheidern, die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Steuereinnahmen und die Ausgabenpolitik frühzeitig zu erkennen und mit haushaltspolitischen Maßnahmen zu reagieren. Mithilfe von Prognose- und Simulationsmöglichkeiten lassen sich Entwicklungen besser vorhersagen und Maßnahmen gezielter planen.

Wirtschaftliches Lagebild: Alle wichtigen ökonomischen Informationen sind im wirtschaftlichen Lagebild enthalten. Daten der statistischen Ämter oder der Bundesagentur für Arbeit können ebenso ausgewertet werden wie Informationen von unterschiedlichen Wirtschaftsinstituten. Das erlaubt Rückschlüsse auf Unternehmensinsolvenzen oder Arbeitslosenzahlen sowie die voraussichtliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. So können Entscheidungsträger wirtschaftspolitische Maßnahmen passgenau auf bestimmte Sektoren ausrichten.

Pandemie-Bekämpfung: Das Covid-19-Dashboard bündelt Informationen zum aktuellen Infektionsgeschehen sowie zur Auslastung der Intensivstationen. Entscheidungsträger können die regionale Verteilung der Fälle auf Grundlage von Geokarten gezielt analysieren und spezifische Maßnahmen für einzelne Landkreise und Städte ableiten.

Risiko-Management: Das Risiko-Management-Dashboard dient als übergreifendes Frühwarnsystem. Kernstück ist ein Risikobericht, der kritische Auswirkungen sämtlicher Entscheidungen berücksichtigt und deren Bewertung somit massiv erleichtert. Basierend auf den Indikatoren der übrigen vier Dashboards lassen sich Erkenntnisse über bestehende oder neue Risiken in Echtzeit ableiten. Auf diese Weise werden Entscheidungsträger frühzeitig über Risiken informiert und können die Wirkung von Gegenmaßnahmen permanent im Blick behalten.

Ein erfolgreiches Beispiel für die Umsetzung eines Steuerungs-Cockpits lässt sich in Hamburg beobachten. Die Freie und Hansestadt betreibt und verantwortet seit Sommer 2021 für den Bund und die 16 Bundesländer nach dem Einer-für-Alle-Prinzip die IT-Plattform für den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen. Der mit 2,5 Milliarden Euro ausgestattete Fonds soll Kulturschaffende mit Wirtschaftlichkeitshilfen und Ausfallabsicherungen bei der Wiederaufnahme des Kulturbetriebs nach dem pandemiebedingten Stillstand unterstützen.

Die Antragsplattform wurde auf Basis der SAP Business Technology Platform umgesetzt. Zusätzlich hat

Hamburg den politischen Entscheidungsträgern und den zuständigen Behörden in Bund und Ländern ein umfassendes Berichtswesen auf Basis der SAP Analytics Cloud zur Verfügung gestellt. Wie ist der Status der Antragsbearbeitung? Wie viele Mittel sind bereits ausgezahlt worden? Welche Prognose im Hinblick auf die gebundenen Mittel ergibt sich aus den bereits registrierten Veranstaltungen und gestellten Anträgen? Wie verteilen sich die Antragszahlen und Volumina auf die Bundesländer, Städte und Gemeinden? Welchen Anteil haben die einzelnen Sparten wie Kinos, Festivals oder Konzerte am Gesamtaufkommen der Anträge? Diese und andere Fragen lassen sich mithilfe des Dashboards in Echtzeit beantworten und ermöglichen dadurch ein transparentes Monitoring des Antragsverfahrens und der verbleibenden Finanzmittel.

Die Beispiele zeigen, wie Daten Entscheidungsträgern während der Corona-Krise, aber auch darüber hinaus, den Weg zu informierten und vorausschauenden Entscheidungen ebnen können. Dabei liegen die Vorteile zentraler Analyseplattformen klar auf der Hand: Entscheidungsträger können aktuelle Daten über alle Politikbereiche auf Knopfdruck auswerten, werden frühzeitig über Risiken informiert und können dadurch gezielte Maßnahmen zur Risikosteuerung betreiben. Nicht zuletzt sorgt die Verzahnung von Daten aus unterschiedlichen Handlungsfeldern dafür, dass eine ganzheitliche politische Steuerung unterstützt wird.

Siamak Tahmasian ist Industry Expert Öffentlicher Sektor bei SAP Deutschland.

Neue Software-Generation

Tina Thüer

Einen Technologiewandel hat die Finanz-Software KDO-doppik&more vollzogen. Die neue Lösung auf Basis von SAP S/4HANA soll in den kommenden Jahren sukzessive bei allen KDO-Kunden eingeführt werden.

Nach umfassender Planung und mehrjähriger Vorbereitung konnte die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) den Generationswechsel ihrer Finanz-Management-Software KDO-doppik&more von SAP ERP zu SAP S/4HANA vollziehen. Nutzer profitieren mit der prozessorientierten Struktur von einer höheren Benutzerfreundlichkeit und Echtzeit-Auswertungen. Der Startschuss für das Projekt fiel im Jahr 2017. „Damals haben wir uns ganz bewusst entschieden, SAP S/4HANA nicht nur technisch zu migrieren, sondern in diesem Zuge auch unser Template an die kommunalen Bedarfe anzupassen. Die Umstellung von Hard- und Software haben wir dabei voneinander getrennt, um den Dimensionen der beiden Teilprojekte gerecht zu werden“, erklärt Annette Schimm, bei der KDO Produkt-Managerin für KDO-doppik&more.

Im ersten Schritt erfolgte der Austausch der Hardware: Die SQL-Datenbank wich Anfang 2017 der neuen SAP HANA-Datenbank. Klarer Vorteil des Upgrades: Dank In-Memory-Technologie werden die Daten im Arbeitsspeicher gehalten. So können große Datenmengen schneller verarbeitet und ausgewertet werden. Anschließend star-



KDO Finanzlösung: Wechsel auf SAP S/4HANA.

tete die inhaltliche Konzeptionierung der neuen Version. „Der Fokus lag darauf, den Verwaltungen ein prozessorientiertes Arbeiten zu ermöglichen“, erläutert Schimm. „Dafür haben wir ein Jahr lang einzelne Arbeitsprozesse der Verwaltungen bis ins Detail analysiert, um in der Software genau abzubilden, was unsere Kommunen wirklich benötigen.“

Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse begann 2019 die technische Umsetzung. Fehlende Funktionen entwickelte die KDO kurzerhand selbst. „Unsere zusätzlichen Weiterentwicklungen, beispielsweise eigene analytische Kacheln und den Arbeitsprozess unterstützende Checklisten, haben wir passgenau in die Hauptanwendung integriert“, erklärt Annette Schimm. Besonders

eine Innovation fällt dem Anwender ins Auge: die moderne und leicht zu bedienende Benutzeroberfläche SAP FIORI. „Neben der ansprechenden Kacheloptik ermöglicht die neue Oberfläche eine visuelle Darstellung von Arbeitsprozessen, unterstützt bei der Abarbeitung von täglichen Aufgaben sowie bei analytischen Auswertungen – und ermöglicht ganz nebenbei mobiles Arbeiten“, beschreibt die Produkt-Managerin. Auch sonst kann sich die neue Version von KDO-doppik&more sehen lassen: Die Steuerung der Kommunen wird durch Transparenz in Echtzeit leichter gemacht, komplexe Auswertungen und Ad-hoc-Analysen lassen sich direkt aus dem Arbeitsspeicher generieren. Zudem werden Bearbeitungsprozesse dank der In-Memory-Technologie beschleunigt. Der wei-

tere Ausbau der analytischen Auswertungen und des KDO-Berichtswesens sind bereits in Planung.

Der Landkreis Cloppenburg, die Stadt Oldenburg und die Gemeinde Barßel konnten die neue Generation von KDO-doppik&more bereits als Pilotkunden testen und so die Erfahrungen und Wünsche verschiedener großer Verwaltungen einbringen. „Wir haben uns für diesen Weg entschieden, um auch die Belange kleinerer Kommunen berücksichtigt zu wissen“, erzählt Anke Rönneper, Amtsleiterin für Finanzwesen und Liegenschaften der Gemeinde Barßel. „Das Projekt ist sehr gut gestartet. Das liegt sicherlich auch daran, dass wir sowohl bei uns vor Ort als auch bei der KDO motivierte Teams haben. Während

der Testphase wurden alle Fragen und Anregungen stets umgehend bearbeitet. So hatten wir beispielsweise zwischenzeitlich ein Problem bei der Auswertbarkeit von Daten – das wurde aber sofort behoben und funktioniert seitdem reibungslos.“ Annette Schimm bestätigt die gute Zusammenarbeit: „Genau solche Erfahrungswerte haben für uns eine immense Bedeutung. Nur so gelingt die prozessorientierte, anwenderfreundliche Lösung, die wir für unsere Kunden bereitstellen wollen.“

Die Mehrwerte der neuen Generation werden in diesem Jahr auch noch die Gemeinde Cappeln erreichen. Im nächsten Jahr folgt die Einführung bei zwei Landkreisen sowie acht Städten und Gemeinden

– und anschließend bis ins Jahr 2026 sukzessive die Umstellung aller weiteren Kunden der KDO. Um den Umstieg zu erleichtern, gibt die KDO mittels Informationsveranstaltungen und ergänzenden Videos regelmäßig Einblicke in die neue SAP-Welt, unterstützt bei den technischen Vorbereitungen für die Umstellung, der Anlagenbuchhaltung und der Erstellung alter Jahresabschlüsse. Anke Rönneper von der Gemeinde Barßel blickt der kommenden Zeit deshalb gelassen entgegen: „Wir freuen uns auf die anstehende Produktivsetzung und fühlen uns auf die Umstellung gut vorbereitet.“

Tina Thüer ist Teammanagerin Marketing bei der Kommunalen Datenverarbeitung Oldenburg (KDO).

Anzeige



Egal wie Ihre Bürger & Kunden bezahlen wollen

Sie machen es möglich!

Mit der Multi-Bezahlösung GiroCheckout integrieren Sie gängige Online-Bezahlverfahren in Ihre Bürgerportale – einfach, schnell und sicher. Als Kommune bieten Sie dadurch mehr Komfort und Service für Ihre Bürger und profitieren von der Vereinfachung von Verwaltungs- und Zahlungsprozessen, der Umsetzung von Gesetzesvorgaben sowie einer Entlastung Ihrer Bürgerbüros.



Eine Marke der DSV Gruppe



Gemeinsam mit den Sparkassen bringen wir Sie voran – überzeugen Sie sich selbst: www.s-publicservices.de/payment

Den Datenschatz heben

K. Kallsen/M. Walther/J. Gerken

Im Zuge der Digitalisierung fällt kommunalen Daten eine essenzielle Rolle zu. In Flensburg soll das Projekt BI-F2022 den Grundstein für eine effiziente, nachhaltige und langfristige Datennutzung legen. Bei der Umsetzung setzt die Stadt auf das Multiplikatorenprinzip.

Daten spielen bei der kommunalen Entscheidungsfindung eine immer größere Rolle. „Gerade im Zuge der nachhaltigen Digitalisierung der Verwaltung liegt auf dem Thema Daten ein besonderes Augenmerk“, so Simone Lange, Oberbürgermeisterin der Stadt Flensburg. Für eine Umsetzung braucht es allerdings Ressourcen und dies umso mehr, wenn das Thema Daten von Grund auf neu angegangen wird. „Wir haben uns bewusst dafür entschieden, das Zukunftsfeld Daten über ein Förderprojekt anzugehen. So können die notwendigen Ressourcen zügig bereitgestellt und der Grundstein für eine langfristige und professionelle Nutzung gelegt werden“, erläutert Thorben Kelling, Leiter des Projekts Business Intelligence Flensburg 2022 (BI-F2022).

Gestartet ist dieses im November 2019. Bis Oktober 2022 wird es über den Modernitätsfond (mFUND) des Bundesministeriums für Verkehr und Digitale Infrastruktur (BMVI) mit einer Gesamtsumme von 1,28 Millionen Euro gefördert. Die Stadt Flensburg stemmt das Projekt aber nicht alleine. Die BI-Experten der Firma akquinet finance & controlling aus Hamburg garantieren die professionelle technische Umsetzung des Projekts, der



Flensburg: Mit Daten die Digitalisierung vorantreiben.

Bereich Wirtschaftsinformatik der Hochschule Flensburg begleitet es wissenschaftlich und erprobt experimentelle Methoden der Datenauswertung. Vor der Umsetzung von BI-F2022 wurde von der Stadt eine ebenfalls über den mFUND geförderte Vorstudie durchgeführt (siehe *Kommune21, Ausgabe 11/2018*). Wie sieht der Zwischenstand der praktischen Umsetzung heute aus?

„Vor der eigentlichen Umsetzung müssen Schlüsselbereiche der Stadtverwaltung ausgemacht werden, mit denen das technische Projekt-Team aktiv zusammenarbeitet“, so Thorben Kelling, „denn die Flensburger Kommunalverwaltung als Ganzes ist mit ihren circa 1.500 Mitarbeitenden in über 40 Abteilungen zu groß, um in die Testphase eingebun-

den zu werden. Daher haben wir uns für einen sektoralen Roll-out entschieden.“ Schlüsselbereiche mit Daten, die eine wichtige Grundlage für Entscheidungen bilden, sind in dieser Phase des Projekts zum Beispiel die abgeschottete kommunale Statistikstelle mit Bevölkerungs- und Sozialdaten, der Bereich Schulwesen mit Daten zu Schülerinnen und Schülern oder der Bereich Verkehr mit Mobilitätsdaten.

„Es ist uns wichtig, nicht einfach nur eine weitere Software einzuführen, sondern wir wollen die Digitalisierung als das erkennen, was sie ist: eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitsweise der kommunalen Verwaltung“, meint Oberbürgermeisterin Simone Lange. Deshalb ist auch die Abteilung Organi-

sation mit im Projektboot, denn hier werden die Arbeitsprozesse, die durch BI-F2022 umgestaltet werden, genauestens analysiert.

Entscheidend für die Projektumsetzung ist, dass die ausgewählten Schlüsselbereiche für den sektoralen Aufbau des BI-Systems motiviert sind und aktiv im Projekt mitarbeiten. „Wir haben uns daher für eine neuartige Idee der Projektarbeit in der Verwaltung entschieden und so genannte Multiplikatorenstellen eingerichtet. Das sind kompetente Mitarbeitende, die direkt als Experten in den kooperierenden Abteilungen verankert sind“, erklärt Projektleiter Kelling. Die Multiplikatoren, die als Experten im jeweiligen Bereich sind, können gemeinsam mit den Abteilungen Schlüsseldaten identifizieren, die dann durch das technische Personal des Projekts eingebunden werden. Sie wissen aber auch, wie Daten angeboten werden müssen, damit sie genutzt werden. Darüber hinaus schulen sie das Personal in den Abteilungen in der Nutzung der neuen Tools.

Durch das Multiplikatorenprinzip verlief der Projektstart sehr rund und es konnten schnell Daten bereitgestellt und visualisiert werden. „Business Intelligence ist in der kommunalen Verwaltung größtenteils Neuland, daher war zu Beginn des Projekts eine schnelle Einbindung und Visualisierung von Fachdaten sehr wichtig, um den Abteilungen konkret zeigen zu können, wie ein BI-System mit ihren eigenen Daten aussieht“, berichtet Thorben Kelling. „Natürlich läuft in einer kommunalen Verwaltung nicht immer alles glatt“, ergänzt Oberbürgermeisterin Simone Lange, „das

betrifft natürlich auch so ein wichtiges Digitalisierungsprojekt.“ Entscheidungsfindungen und Abstimmungswege in einer Verwaltung benötigen oft viel Zeit, sodass es weiterhin eine Herausforderung ist, den straffen, auf 36 Monate begrenzten Projektplan in Einklang mit der inhärenten Verwaltungszeit zu harmonisieren. „Reibungspunkte zeigen allerdings auch, wo der Motor noch nicht rund läuft“, so die Oberbürgermeisterin weiter. „Wir wollen das als Chance sehen, um genau an diesen Stellen effizienter zu werden“.

Bei der Digitalisierung im Allgemeinen und gerade auch im Bereich der Datenhaltung und -bereitstellung spielt der Datenschutz eine besondere Rolle. Im Projekt BI-F2022 wird dieser von Anfang an mitgedacht und das Business-Intelligence-System entsprechend realisiert: Daten werden nur anonymisiert angeboten (Privacy by Default) und ein Rückgriff auf die sensiblen Daten wird unterbunden (Privacy by Design). „Diese Vorgehensweise stellt eine besondere Herausforderung an den Aufbau der Datenhaltung und Datenbereitstellung durch das BI-System“, meint Projektleiter Kelling, „Es ist aber notwendig und richtig, hier konsequent und sicher im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen zu arbeiten, denn die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass die Stadt Flensburg sorgfältig mit ihren Daten umgeht.“ Genau aus diesem Grund wird das Projekt noch durch einen externen Experten begleitet, der den Prozess der Datenverarbeitung und -bereitstellung begutachtet. Eine besondere Bedeutung kommt der kommunalen Statistikstelle zu: Denn hier können mit

besonders vertrauenswürdigen Mitarbeitenden auch sensible Daten aus dem Verwaltungsvollzug verarbeitet werden, sodass diese in einem zweiten Schritt anonym angeboten werden können.

„Das Projekt BI-F2022 ist ein echter Leuchtturm der Digitalisierung und wir als Verwaltung legen damit den Grundstein für eine effiziente, nachhaltige und langfristige Datennutzung“, freut sich Flensburgs Oberbürgermeisterin Simone Lange. „Es ist uns wichtig, dass wir die Digitalisierung vorantreiben und unseren Bürgerinnen und Bürgern langfristig und verlässlich ihre Daten als Open Data zurückgeben können. Das geht nur, wenn auch nach Projektende dem Thema Daten hohe Priorität eingeräumt wird.“

Knut Kallsen ist Projektkoordination BI-F2022 bei der Stadt Flensburg; Michael Walther ist Geschäftsführer der akquinet finance&controlling GmbH; Jan Gerken ist Professor am Fachbereich Wirtschaft der Hochschule Flensburg.



Forschungsinitiative mFUND

Im Rahmen der Forschungsinitiative mFUND fördert das BMVI seit 2016 Projekte rund um datenbasierte digitale Anwendungen für die Mobilität 4.0. Neben der finanziellen Förderung unterstützt der mFUND die Vernetzung zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Forschung sowie den Zugang zum Datenportal m-CLOUD. Mehr: www.mfund.de

Budget im Blick

Mike Frey

Als erste Kommune im Verbandsgebiet von ekom21 hat sich die Gemeinde Hüttenberg im Lahn-Dill-Kreis für das Modul Integriertes Berichtswesen Plus des Finanzsystems Infoma newsystem entschieden. Damit können unter anderem Investitionen besser überwacht werden.

In kleineren und mittleren Kommunen bewirtschaften mehrere Abteilungen oftmals ein Budget. Das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen reduziert sich damit zwangsläufig auf die von ihm zu planenden und zu bewirtschaftenden Sachkonten einer Kostenstelle. Eine rechtzeitige und zielführende Gegensteuerung kann nur mit einer einfachen, tagesaktuellen und übersichtlichen Budgetüberwachung erfolgen. Dabei müssen die grafisch aufbereiteten Auswertungen zum einen auf die individuellen Bedürfnisse des Mitarbeitenden anpassbar sein. Zum anderen soll und muss die Gesamtbudgetverantwortung weiterhin berücksichtigt werden.

Aus der Praxis heraus hat sich also die Notwendigkeit ergeben, die Aufgabenwahrnehmung der Budget- und Ressourcenverantwortung deutlich zu vereinfachen und die nicht an das Finanzwesen angebotenen Außeneinrichtungen automatisiert mit Budgetinformationen zu versorgen. All diese Anforderungen werden aus Sicht der hessischen Gemeinde Hüttenberg durch die Lösung Integriertes Berichtswesen Plus (iBWplus) der Finanzwesen-Software Infoma newsystem von Anbieter Axians Infoma erfüllt. Gemeinsam mit dem kommunalen



Die Gemeinde Hüttenberg verwendet iBWplus.*

Dienstleister ekom21 wurde es in einer leicht verständlichen Vormittagsschulung initialisiert.

Das Modul iBWplus ist in Infoma newsystem eingebunden, sodass es keiner weiteren Umgebung mit einem externen Anbieter bedarf. Die Daten sind tagesaktuell und werden automatisch in newsystem aufbereitet. Eine manuelle Übergabe per Schnittstelle entfällt. Bereits mit dem Start von newsystem wird iBWplus, grafisch aufbereitet, im Rollen-Center angezeigt. Die Budgetverantwortlichen erhalten somit sofort eine erste Budgetinformation. Die animierte grafische Darstellung ermöglicht durch Anklicken des Balkendiagramms eine immer tiefergehende Filterung. Die ver-

schiedenen Filtermöglichkeiten erlauben etwa den Vergleich zum Ansatz, zum Vorquartal oder zum Vorjahresquartal. Wie von newsystem gewohnt, gibt es viele Möglichkeiten, die Darstellung individuell anzupassen.

Der Clou besteht darin, dass über die Funktion „Details“ auf die beim Sachkonto gebuchten Rechnungen zugegriffen werden kann. Das gewährleistet eine detaillierte Nachvollziehbarkeit. Die Details-Funktion hat jedoch noch mehr zu bieten: Über sie wird eine tabellarische Übersicht der Sachkonten geöffnet,

* Finanzabteilungsleiter Patrick Gronych und Projektleiter Mike Frey von der Gemeinde Hüttenberg.

die ebenfalls individuell einstellbar ist. So werden zum Beispiel Abweichungen des Ist-Ergebnisses zum Ansatz durch farbliche Pfeilrichtungen unterstützt. Der Berichtsexport kann in beliebigen Formaten erfolgen.

Weitere Verwendungsmöglichkeiten sowohl der Tabelle als auch der Diagrammauswertungen sind möglich. Die Gemeinde Hüttenberg hat die Auswertungs- und Darstellungsmöglichkeiten in ihr unterjähriges Berichtswesen integriert. Durch die einfache Handhabung soll auch ein monatliches Berichtswesen implementiert werden.

Neben dem Bedürfnis einer besseren Überwachung der Ergebniskonten steht die Budgetüberwachung der Investitionsmaßnahmen im Fokus der Kommune. Nach dem aktuellen Bedarf bietet newsystem derzeit keine passende Auswertungsmöglichkeit. An dieser Stelle greift iBWplus ein. Durch Umstellung der Auswertungsmöglichkeit können die individuell notwendigen Investitionen gefiltert werden. Die

Grafik berücksichtigt neben dem Ansatz auch mögliche Haushaltsreste und macht den zur Verfügung stehenden Gesamtinvestitionsbetrag einsehbar.

Die Details-Funktion ermöglicht auch in diesem Bereich den Eingriff in den tabellarischen Bericht. Ebenfalls vorhanden ist die Darstellung der Abweichungen in Pfeilform sowie die Möglichkeit, auf die bei der Investition getätigten Buchungen zugreifen zu können. Die Auswertungsmöglichkeiten der Lösung vereinfachen die Budgetüberwachung enorm.

iBWplus verfügt darüber hinaus über die Möglichkeit, Budgetberichte automatisch zu versenden. Diese müssen dazu einmalig eingerichtet werden und gehen den Berichtsempfängern dann per E-Mail zu. Die Erstellung der Berichte kann wahlweise zentral oder dezentral erfolgen. Bei der Gemeinde Hüttenberg profitieren hiervon insbesondere die Kindertageseinrichtungen. Sie sind nicht an die Finanz-Software Infoma newsystem angebun-

den und erhalten nur in unregelmäßigen Abständen Informationen. Die mühsame und zeitaufwendige Informationsbeschaffung ist für die Kita-Leitungen sehr unbefriedigend. Durch einen angepassten wiederkehrenden Bericht erhalten die Einrichtungen nun alle notwendigen Budgetinformationen zur selbständigen Bewirtschaftung der Einrichtung. Das führt zu einem steigenden Verantwortungsbewusstsein und erhöht die Mitarbeiterzufriedenheit.

Neben dem Berichtspaket Finanzwesen verwendet die Gemeinde Hüttenberg auch das Berichtspaket Rechnungsworkflow. Letzteres ist seit dem Jahr 2017 im Einsatz. Die Darstellung erlaubt einen Überblick der durchschnittlichen Bearbeitungszeit der im Rechnungsworkflow bearbeiteten Einkaufs- und Verkaufsrechnungen sowie der Gutschriften. Darüber hinaus sind Vergleiche mit dem Vormonat, Vorjahr und weiteren möglich.

Mike Frey ist Projektleiter im Bereich Finanzen der Gemeinde Hüttenberg.

Anzeige



Klimawandel am Arbeitsplatz? Wir machen das schon.

Bringt frischen Wind in die Verwaltung: Die Enterprise Content Management-Software enaio® von OPTIMAL SYSTEMS bietet für die Öffentliche Verwaltung das ganze Portfolio eines modernen Dokumentenmanagements – von der Schriftgutverwaltung nach Aktenplan bis hin zur Archivierung. Das setzt neue Energien frei und ist gut fürs Arbeitsklima. Garantiert nachhaltig.
Digitalisierung. Wir machen das schon.

optimal-systems.de/hannover



OPTIMAL SYSTEMS
A KYOCERA GROUP COMPANY

Software für Macher.

Anforderungen erfüllt

Eva Sprockamp

In Ettlingen garantiert das Liegenschafts- und Gebäude-Management (LuGM) von Infoma newsystem nicht nur reibungslose Abläufe – auch Kosten und Budgets hilft es, optisch ansprechend im Blick zu behalten.

In der baden-württembergischen Stadt Ettlingen wird Innovation großgeschrieben. Das gilt auch im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft mit den Abteilungen Bauen, Gebäudewirtschaft sowie Energie- und Umweltkoordinator. Bereits 2008 entschied man sich hier, die Prozesse durch Einsatz eines CAFM-Systems zu optimieren. Als dieses nach zehn Jahren nicht mehr den aktuellen Software-Anforderungen entsprach, stellten die Ettlinger auf das Liegenschafts- und Gebäude-Management (LuGM) von Infoma newsystem um – genutzt als autonomes Fachverfahren. Seither übernimmt das Verfahren sämtliche Aufgaben bei der Betreuung der 185 Liegenschaften mit 208 Gebäuden sowie 23 Wartehallen und 31 Parkscheinautomaten.

Nun geht es bei dem Umfang der täglich zu erledigenden Aufgaben nicht nur um reibungslose Abläufe. Vielmehr heißt es auch, die Kosten beziehungsweise Budgets im Blick zu behalten. Für Melanie Röper, Verwaltungsfachangestellte im Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft und verantwortlich für die Haushaltsplanung sowie die komplette Administration der Software, war das Grund genug für die Frage, wie sich eine regelmäßige, möglichst einfache Übersicht für An-



Rathaus in Ettlingen: Vielfältige Prozesse bündelt dort das Berichtswesen Plus.

wender und Verantwortliche am besten bewerkstelligen lässt: „Ende vergangenen Jahres haben wir deshalb nach einer Möglichkeit gesucht, eine schnelle bildliche Darstellung über die aktuellen Budgetsituationen per Bildschirm zur Verfügung stellen zu können.“ Als komfortable Antwort erwies sich das Berichtswesen Plus im Modul Liegenschafts- und Gebäude-Management von Infoma newsystem.

Konzipiert für Anwender, die eine laufende Überwachung des Haushalts ohne Steuerungs- und Prognoseaktivitäten wollen, erstellt die einfach zu bedienende standardisierte Lösung optisch ansprechende Berichte. Die zeitgesteuerte Vertei-

lung an die Empfänger erfolgt automatisch. Damit hat Anbieter Axians Infoma bei der Entwicklung zwei Schwerpunkte gesetzt: Zum einen die Bedienung so einfach zu gestalten, dass jeder Anwender innerhalb kürzester Zeit mit der Lösung arbeiten kann. Zum anderen einen möglichst breit gefächerten Umfang an Inhalten zu bieten.

Beide umgesetzte Vorgaben haben in Ettlingen zu ausschließlich positiven Rückmeldungen der insgesamt 35 Anwender geführt. Nicht nur hat nun jeder Sachbearbeiter und Vorgesetzte einen aktuellen Überblick über sein Fachgebiet, er kann bei Bedarf auch schnell eingreifen und handeln. Automatisch

werden am Monatsanfang die Berichte über die verschiedensten Budgetebenen für die unterschiedlichen Bereiche generiert. Einmal eingerichtet, lassen sich alle Personen, die regelmäßig Informationen zu ihren Budgets brauchen, vollautomatisch mit Berichten versorgen – ohne dass vorher ein zeitaufwendiges Zusammenstellen von Excel-Tabellen und Grafiken oder das Schreiben von E-Mails erforderlich wäre.

Momentan werden in Ettlingen Berichte für vier Bereiche mit verschiedenen Budgetebenen aus dem LuGM-Maßnahmen-Management als PDF versendet. Dabei lenkt das aussagekräftige, farbige Diagramm den Blick des Betrachters gleich auf das Wesentliche. Er erkennt sofort, wie viel Mittel des festgelegten Budgets bereits verbraucht, reserviert und noch verfügbar sind. Eine Tabelle geht weiter ins Detail. Aufgelistet nach den einzelnen Leistungen, bildet sie zusätzlich die Ausschöpfung in Prozent ab. Die Möglichkeit des Durchgriffs bis auf den Einzelbeleg bei einem „Ausreißer“ erweist sich

als weiteres unterstützendes Kriterium. „Ist zum Beispiel bereits am Anfang des Jahres die Verfügbarkeit geschrumpft“, so Melanie Röper, „gilt es, die Ursache zu prüfen – und frühzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten.“

Als einer der großen Vorteile der Lösung haben sich auch im Ettlinger Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft der schnelle und einfache Einstieg in der bekannten Umgebung von Infoma newssystem sowie der Bedienkomfort erwiesen. Deshalb ist Melanie Röper sicher, dass die Nutzer den in Kürze geplanten nächsten Schritt in der Anwendung des Berichtswesens Plus ebenfalls reibungslos vollziehen. Dann nämlich soll jeder Anwender seine eigene, individuelle Auswertung erstellen können.

Davor steht aber noch die Umstellung auf die aktuellen Modern Clients von Infoma newssystem auf dem Programm. Derzeit sind sowohl PCs und Laptops als auch Tablets und teilweise Smartphones für die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter vor Ort im Einsatz. Von der webbasierten Version des Liegenschafts- und Gebäude-Managements verspricht sich Melanie Röper „einen neuen Mehrwert hinsichtlich der Anwenderfreundlichkeit“. Denn mit der App lässt sich nicht nur jeder Arbeitsplatz auf den persönlichen Bedarf einrichten. Vielmehr sind die Nutzer mit dem direkten Zugriff auf das Programm über den Browser in ihrer Arbeit unabhängig von Zeit, Ort und Endgerät – der Arbeitsalltag wird dadurch signifikant vereinfacht.

Beim Umstieg auf die neue Technologie kann sich Melanie Röper auf die Unterstützung von Axians Infoma ebenso verlassen wie auch bisher bei Wünschen und Anregungen. Ihre Bilanz zur eingesetzten Lösung und zur Zusammenarbeit mit dem Team von Axians Infoma fällt daher positiv aus. Die Anforderungen an das Berichtswesen Plus sieht sie nach dem ersten Praxisjahr als voll erfüllt an.

Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörishofen.

Anzeige



Ihr Partner rund um
die regionale **Glasfaser-
Infrastruktur.**

**BERATEN.
PLANEN.
VERNETZEN.**

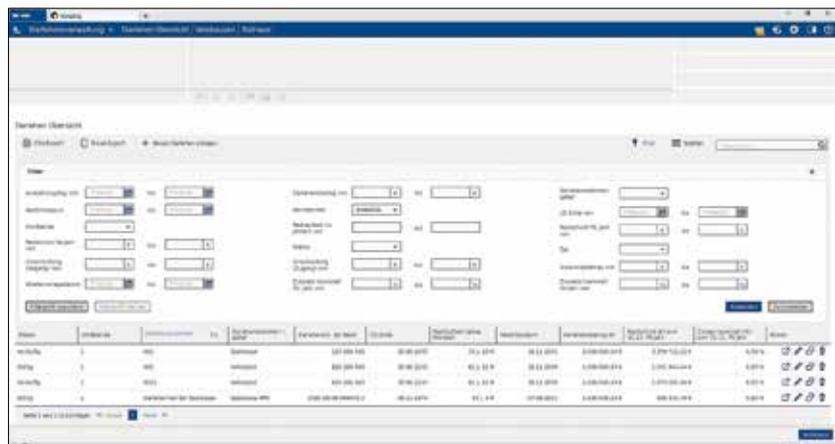
Ganzheitliche Lösung

Christian Pfeiler

Als Teil der VOIS-Plattform feiert mit der VOIS|DALE Darlehensverwaltung ein weiterer Baustein seine Markteinführung.

Wie ernst es der Gesetzgeber mit der Digitalisierung meint, hat nicht zuletzt das im Frühjahr verabschiedete Registermodernisierungsgesetz (RegModG) unter Beweis gestellt. Mithilfe der Steuer-ID soll ein eindeutiges Identifizierungsmerkmal für ein registerübergreifendes Identitätsmanagement etabliert werden. Auf Basis des Once-Only-Prinzips sollen Daten möglichst nur einmal erfasst und sowohl behördenintern als auch behördenübergreifend genutzt werden. Zwar gehe das zu Lasten des Datenschutzes, sei aber für die Digitalisierung der Behörden zwingend erforderlich.

Was aber passiert mit den digitalen Informationen und Anträgen, wenn sie in der Verwaltung ankommen und dort sowohl fachamts- als auch behördenübergreifend genutzt werden dürfen? Dazu liefert die verwaltungsweit skalierbare VOIS-Plattform von Anbieter HSH eine ganzheitliche Lösung: Als integriertes Baukastensystem stellt VOIS eine softwareseitige und organisatorische Plattform zur verwaltungsweiten Integration kommunaler Fachverfahren bereit. Dazu gehören unter anderem das Einwohnermelde-, Gewerbe-, Erlaubnis-, Führerschein-, Kfz-, Ausländer-, Bußgeld- und neuerdings auch das Finanzwesen.



Hardcopy aus der VOIS|DALE Darlehensverwaltung.

Die technische Plattform VOIS|BASE administriert zentrale Verfahrenskomponenten wie die Adress-, Straßen- und Nutzerverwaltung. Die VOIS-Verfahren sehen alle gleich aus und nutzen die gleiche technische Infrastruktur. Sie verfügen zudem über einen gemeinsamen Workflow und stehen auf Knopfdruck zentral zum Download bereit. Die hohe Integration und Standardisierung der Verfahren leistet somit substantielle Vorarbeiten für die durchgängig digitale Umsetzung von Once-Only, Onlinezugangsgesetz und RegModG in den Verwaltungsabläufen.

Als erstes Modul des VOIS-Finanzwesenpakets macht sich die VOIS-Darlehensverwaltung VOIS|DALE des VOIS-Partners ab-data dieses Grundgerüst zunutze. Die Lösung ermöglicht ein intelli-

gentes Management von Aktiv- und Passivkrediten. Neben Funktionalitäten wie der prozessgesteuerten Erfassung und Pflege von Darlehen jeglicher Art, der automatischen Übergabe an jedwede Finanzbuchhaltung oder der Erstellung von Schuldenstatistiken bietet das Modul VOIS|DALE auch ein interaktives Berichtswesen und Finanzierungssimulationen. Wie alle VOIS-Verfahren nutzt dabei auch VOIS|DALE die verbindenden VOIS|BASE-Komponenten mit ihrer technischen Infrastruktur. Sofern also Kommunen bereits ein initiales VOIS-Verfahren nutzen, kann VOIS|DALE fast ohne Mehraufwand per Download vom VOIS-Server der HSH mitgenutzt werden.

Christian Pfeiler ist bei der ab-data GmbH & Co. KG, Vellbert, im Bereich Vertrieb und Beratung tätig.

Business Intelligence in der Verwaltung – „You can´t manage what you can´t measure“

Warum ist BI auch für Verwaltungen wichtig?

Die Anforderungen an moderne Verwaltungen aller Größen ändern sich aktuell rasant. Kurzfristige Anfragen seitens der Politik und der Leitungsebenen sind da oft nur die Spitze des Eisberges, begleitet von einer Vielzahl an statistischen Auswertungen und komplexen Analyseprojekten. Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung verändert sich auch in der Verwaltung der Umgang mit Daten. In allen Bereichen werden mit verschiedenen Anwendungen und digitalen Verfahren Daten generiert und somit wächst die Menge an verfügbaren Daten.

Mithilfe moderner Analyse- und Auswertungslösungen lassen sich Daten sinnvoll nutzen, um einen validen und nachvollziehbaren Status Quo zu beschreiben und auf dieser Basis Handlungsfelder aufzuzeigen. Zeitgemäße Kosten-Nutzen-Analysen beispielsweise helfen den Kommunen, in Zeiten knapper Kassen, die vorhandenen Mittel so sinnvoll wie möglich einzusetzen. In erster Linie sollen BI-Systeme also auch in der Verwaltung Transparenz und Sicherheit herstellen.

Dabei stehen drei Fragen im Mittelpunkt:

1. Wie viele Ressourcen werden benötigt, um die aktuellen und zukünftigen Aufgaben in angemessener Zeit zu erledigen?
2. Wie wirksam sind die durchgeführten Maßnahmen?
3. Werden die Budgets zielgerichtet und effektiv eingesetzt?

Das Verknüpfen von verschiedenen Datenquellen und Fachverfahren, das Visualisieren und die gezielte Verteilung von Informationen helfen den Verwaltungen, die Qualität des eigenen Handelns zu verbessern und auch nach außen in Richtung Bürger und Politik aussagefähig zu sein.

Die Schlüsselfaktoren für ein erfolgreiches BI-Projekt

1. Klären Sie Steuerungsanforderungen und Bedürfnisse aller Beteiligten

Die konkreten Fragestellungen und Informationsbedarfe der beteiligten Bereiche und Ebenen können sehr unterschiedlich sein. Umso wichtiger ist es, diese zu kennen und gemeinsam ein möglichst einheitliches Verständnis von den zugrundeliegenden Daten zu erarbeiten,

um die Möglichkeiten einer BI-Lösung auch bereichsübergreifend sinnvoll ausschöpfen zu können.

2. Schaffen Sie Verständnis auf allen Ebenen

Alle Mitarbeitenden, die Daten in ihrer täglichen Arbeit mit den Bürger*innen erzeugen, leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Erfolg eines BI-Systems. Nehmen Sie alle Beteiligten durch gezieltes Akzeptanzmanagement mit und zeigen Sie auf, wer welchen Beitrag zum Erfolg der BI-Lösung leisten kann. Machen Sie deutlich, dass auch Ihre Mitarbeitenden wiederum vom Einsatz einer BI-Lösung profitieren können.

3. Holen Sie die IT Partner mit ins Boot

Neben der fachlichen Expertise ist technisches Know-how eine weitere Grundvoraussetzung für den Einsatz einer BI-Lösung. Nur in enger Zusammenarbeit zwischen technischen und fachlichen Bereichen kann ein BI-Projekt gut umgesetzt werden.

4. Gehen Sie offen mit den Erkenntnissen um

Ein BI-System kann an ganz unterschiedlichen Stellen Erkenntnisse generieren: Vor allem soll es aber blinde Flecken aufdecken, um Veränderungen zu ermöglichen!

In der sozialen Sicherung unterstützen wir bereits seit Jahren mit unserer Business Intelligence Lösung PROSOZ KRISTALL und der Beratung rund um das Thema Steuerung.

www.prosoz.de



Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter www.kommune21.de.

- E-Government 58
- CMS | Portale / Spezial-Software 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement / E-Partizipation 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur 62
- IT-Security / Breitband / Consulting 63
- Komplettlösungen 63-65

Anzeige

D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	Govii UG (haftungsbeschränkt) Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@govii.de Internet: www.govii.de	Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.
D-0	 Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe	TSA Public Service GmbH Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: info@tsa.de Internet: www.tsa.de	TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.
D-0	 PORTALLÖSUNGEN	brain-SCC GmbH Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: info@brain-scc.de Internet: www.brain-scc.de	Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportale mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.
D-2	 Governikus KG	Governikus GmbH & Co. KG Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: kontakt@governikus.de Internet: www.governikus.de	Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.
D-4	 Unternehmensgruppe	ITEBO GmbH Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: info@itebo.de Internet: www.itebo.de	Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.
D-7		cit GmbH Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: vertrieb@cit.de Internet: www.cit.de	Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, eFA-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.
D-7		Form-Solutions GmbH Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: info@form-solutions.de Internet: www.form-solutions.de	Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.
D-8		S-Public Services GmbH Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: info@s-publicservices.de Internet: www.s-publicservices.de	S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.

E-Government

Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.

D-2	 <p>DAS KOMMUNALE CMS iKISS</p>	<p>ADVANTIC GMBH Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de</p>	<p>Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.</p>
D-2	 <p>ProCampaign®</p>	<p>c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune</p>	<p>Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.</p>
D-3	 <p>NOLIS</p>	<p>NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p>	<p>Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.</p>
D-4	 <p>sitepark</p>	<p>Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com</p>	<p>Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.</p>
D-7	 <p>SEITENBAU</p>	<p>SEITENBAU GmbH Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com</p>	<p>SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.</p>
D-3	 <p>KDN.SOZIAL Kommunale IT</p>	<p>KDN.sozial Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de</p>	<p>Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.</p>
D-3	 <p>BARTHAUER SOFTWARE</p>	<p>Barthauer Software GmbH Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de</p>	<p>Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.</p>
D-7	 <p>AIDA ORGA Geschäftsführungssysteme</p>	<p>AIDA ORGA GmbH Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de</p>	<p>AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.</p>
D-8	 <p>G&W</p>	<p>G&W Software AG Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de</p>	<p>CALIFORNIA von G&W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.</p>
D-9	 <p>LogoData ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen</p>	<p>LogoData ERFURT GmbH Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de</p>	<p>Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.</p>

D-0		Saxess AG Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Teilnehmungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Teilnehmungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Teilnehmungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		xSuite Group GmbH Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-2		CloudIX c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSI Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3		H+H Software GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		KRAFT Network-Engineering GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	E-Procurement
D-5		AixConcept GmbH Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-1		DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	
D-5		subreport Verlag Schawe GmbH Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		TEK-SERVICE AG Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-SERVICE AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	E-Partizipation
D-6		wer denkt was GmbH Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: kontakt@werdenktwas.de Internet: www.werdenktwas.de	Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.	

D-4	 <p>GIS Consult GmbH Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p>con terra GmbH Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p>LCS Computer Service GmbH Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p>Ceyoniq Technology GmbH Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p>Materna Information & Communications SE Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p>d.velop public sector GmbH Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p>comundus regisafe GmbH Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p>GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.	
D-9	 <p>PDV GmbH Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		S-Management Services GmbH Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		W. Kohlhammer Deutscher Gemeindeverlag GmbH Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgy@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtsicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2		rexx systems GmbH Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-3		NOLIS GmbH Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	E-Formulare
D-7		MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	E-Formulare
D-5		hallobtf! gmbh Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		CC e-gov GmbH Ansprechpartner: Kurt Hühnerfuß Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		STERNBERG Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS Sitzungsmanagement
D-5		more! software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	E-Formulare
D-2		ColocationIX GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

D-3		Net at Work GmbH Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		NCP engineering GmbH Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		DNS:NET Internet Service GmbH Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		goetel GmbH Tuchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		best practice consulting AG Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-0		Lecos GmbH Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		procilon GmbH Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCL, EGVP, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		GISA GmbH Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1		Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 Fax: +49 (0) 30 / 1210012-99 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	MACH AG Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	GovConnect GmbH Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	ekom21 – KGRZ Hessen Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID. Magdeburg	KID Magdeburg GmbH Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	ab-data GmbH & Co. KG Kommunale Systemlösungen Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4	 Prosoz	PROSOZ Hertzen GmbH Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Hertzen hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	JCC Software Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	Nagarro ES Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband) Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit.nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		Kommunix GmbH Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 23 03 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 23 03 / 4 00 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		LORENZ Orga-Systeme GmbH Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		OrgaSoft Kommunal GmbH Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		ISGUS GmbH Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		Kolibri software & systems GmbH Ansprechpartner: Thomas Dietrich Rudolf-Diesel-Straße 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		adKOMM Software GmbH & Co. KG Ansprechpartner: Dennis Böttcher Stadtweg 14 D-85134 Stammham Telefon: +49 (0) 8405 / 9286-0 Fax: +49 (0) 8405 / 9286-100 E-Mail: poststelle@adkomm.de Internet: www.adkomm.de	adKOMM E-Government-Lösung – Ihre Softwarelösung für fach- und ämterübergreifende Informationen. Einheitliche Basis für Daten und Informationen – eine Adressdatei, ein Bürgerkonto und medienbruchfreie Aktenführung. Durchgängige, digitale Geschäftsprozesse und eine einheitliche Oberfläche. E-Government. Einfach. Praktikabel.
D-8		Axians Infoma GmbH Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		DATEV eG Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

Vorschau

Die nächste Ausgabe (12/2021) erscheint am 30.11.2021



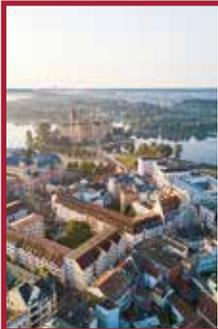
Folgen der Digitalisierung

Welche Auswirkungen hat das zusehends digitalere Arbeiten auf die Kommunalverwaltung? Eine aktuelle Studie untersucht, mit welchen organisatorischen und strukturellen Änderungen Führungskräfte und Beschäftigte rechnen müssen.



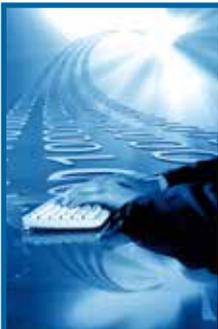
Digitale Schule

Die meisten Schulträger haben bereits in Endgeräte, WLAN und Präsentationstechnik investiert. Wenn allerdings Fachpersonal fehlt, reicht Geld alleine nicht. Was sollten die Schulen also tun, damit der digitale Unterricht gelingt?



IT-Schwerpunkte im Dezember

Im Schwerpunkt Informationstechnik berichten wir über die digitale Bauakte der Stadt Schwerin, mit der die Bearbeitungszeit eines Bauantrags halbiert wird. Außerdem geht es um die Themen Formular-Management und Lösungen für Kitas.



Open Data

In einem Thesenpapier beschreibt der IT-Dienstleister Dataport, wie die Datennutzung in der Verwaltung vorangetrieben werden kann. Ein Beispiel bietet Darmstadt: Die Wissenschaftsstadt verfolgt eine Open-Data-Strategie.

Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

AKDB2	Form-Solutions.....19	Prosoz Hertzen.....57
Axiens Infoma.....45	Haufe-Lexware9	regio iT13
BBV Deutschland.....55	HSH.....31	RISER ID Services.....U3
CC e-gov.....3	ITEBO21	S-Public Services.....49
cit15	Kommunix.....37, 39	Stadt Aalen41
comundus regisafe.....33	more! Software27	Wegweiser5
DATEV7	NolisU4	Branchenindex IT-Guide ... 58 - 65
ekom2135	Optimal Systems53	

Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770
Fax: +49 (0) 7071 / 855 - 6773
E-Mail: info@k21media.de
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff
Olgastraße 7
72074 Tübingen
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)
Verena Barth
Alexandra Braun (in Elternzeit)
Thomas Nolte (Volontär)
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heike Wolf
Olgastraße 7
72074 Tübingen
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6239
E-Mail: h.wolf@k21media.de

Seit dem 1.1.2021 gilt die Preisliste Nr. 21 der Media Information 2021.

Erscheinungsweise: monatlich
ISSN: 1618-2901
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)
Telefon: +49 (0) 7071 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,
BLZ 641 500 20
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG
Achterstraße 14
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2021 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Bildnachweis:

ab-data GmbH & Co. KG (56); Advantic (18); Anterovium/stock.adobe.com (14); Bayerisches Staatsministerium für Digitales (8); BBV Deutschland GmbH (42); brain-SCC (22); Consultix GmbH (40); fotomek/stock.adobe.com (Titel, 24); FrankBoston/stock.adobe.com (28); Frank Mittnacht (42); Gemeinde Hüttenberg (52); Gemeinde Kropp (20); goodluz/stock.adobe.com (66); gustavofrazao/stock.adobe.com (48); Jürgen Altmann (3); lekky-justdoit/stock.adobe.com (46); MACH AG (10); Matussek (44); Melanie Röper, Stadt Ettlingen (54); mnirat/stock.adobe.com (36); SEB - www.sebphoto.de/stock.adobe.com (66); Senatskanzlei Hamburg/Magunia (10); Seventyfour/stock.adobe.com (66); Stadt Maulbronn (34); Stadt Wedel/Kamin (32); styleunited/stock.adobe.com (Titel); Travellaggio/stock.adobe.com (50); vegefox.com/adobe.stock.com (4, 16); WoGi/stock.adobe.com (12); yellowj/stock.adobe.com (66)



RISER

RISER ID Services GmbH

10. RISER-Konferenz

Zukunftsplattform Meldewesen

16. November 2021, digital

**Jetzt kostenfrei anmelden:
www.riserid.eu/konferenz**

Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



NOLIS | Rathausdirekt

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

www.nolis-rathausdirekt.de | info@nolis.de | 0 50 21 - 88 77 555

